

Deutsche und französische Energiepolitik im Vergleich

Eine identitätsgestützte Diskursanalyse am Beispiel des 3. Legislativpakets der Europäischen Kommission

Masterarbeit

vorgelegt von Zora Siebert

M.A. European Studies

Matrikelnummer: 56 34 7

bei Prof. Dr. Bernhard Stahl

Lehrprofessur für Internationale Politik

Universität Passau

Neustadt, 23. Januar 2012

Danksagungen

Ich bedanke mich sehr herzlich bei meinem Gutachter, Herrn Prof. Dr. Bernhard Stahl, für die freundliche Betreuung und Unterstützung beim Schreiben dieser Arbeit.

Mein Dank gilt auch dem Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg für die Gewährung von zwei Reisestipendien und den Mitarbeitern der Frankreich-Bibliothek des Instituts für Ihre Hilfe.

Ich bedanke mich herzlich bei meinen Eltern und Freunden für alle Unterstützung.

Einleitung	3
1. Forschungsinteresse	3
2. Fragestellung	5
3. Auswahl des Analyserahmens	6
4. Aufbau der Arbeit	7
5. Ergebnisse	8
Teil I Forschungsdesign	8
I.1 Forschungsstand	8
I.2 Diskursgestützter Identitätsansatz	10
I.3 Vorgehensweise und Verständnis der Diskursanalyse	13
I.4 Vergleich zum energiepolitischen Selbstverständnis - Warum und wie wird verglichen?	15
Teil II - Vorstudien	17
II.1 Deutsche Energiepolitik - Beobachtungen und Klassifikation der Identitätselemente	17
II.1.1 Industrielle Strukturen, der Einfluss der Regierung und externe Faktoren	17
II.1.2 Die Rolle der Eliten und Kooperationszusammenhänge	19
II.1.3 Das Thema der Energiepolitik während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	21
II.1.4 Eigentumsrechtliche Entflechtung und staatlicher Einfluss	22
II.1.5 Klassifikation deutscher Identitätselemente und Argumentationsmuster	23
II.2 Französische Energiepolitik - Beobachtungen und Klassifikation der Identitätselemente	23
II.2.1 Industrielle Strukturen	23
II.2.2 Der staatliche Einfluss und Kooperationszusammenhänge	25
II.2.3 Die Rolle der Eliten	27
II.2.4 Das Thema der Energiepolitik während der französischen EU- Ratspräsidentschaft	28
II.2.5 Kulturelle Erklärungsfaktoren	28
II.2.6 Eigentumsrechtliche Entflechtung	29
II.2.7 Klassifikation französischer Identitätselemente und Argumentationsmuster	30
	1

II.3 Vergleichende Analyse deutscher und französischer Identitätselemente und Argumentationsmuster	31
II.3.1 Kulturelle und politische Erklärungsfaktoren	31
II.3.2 Unterschiedliche Ressourcenaufteilung und Strukturgegensätze	32
II.3.3 Zwischenfazit	32
Teil III Gegenstand und Diskursanalyse	33
III.1 Hintergrund	33
III.2 Verhandlungen zum dritten Energiebinnenmarktpaket: Zankapfel „eigentumsrechtliche Entflechtung“	34
III.3 Deutscher Diskurs zur eigentumsrechtlichen Entflechtung	37
III.3.1 Positive bis neutrale Koalition für mehr Regulierung	38
III.3.1.1 Zwischenfazit positive bis neutrale Koalition für starke Regulierung	42
III.3.2 Gegen-Koalition für weniger Regulierung und den „dritten Weg“	43
III.3.2.1 Zwischenfazit Gegen-Koalition für weniger Regulierung und den „dritten Weg“	47
III.4 Französischer Diskurs zur „séparation patrimoniale“	47
III.4.1 Verfechter der eigentumsrechtlichen Entflechtung	48
III.4.1.1 Zwischenfazit Verfechter der eigentumsrechtlichen Entflechtung	50
III.4.2 Gegen-Koalition	50
III.4.2.2 Zwischenfazit Gegen-Koalition	56
III.4.3 Akteure ohne klare Positionierung	57
III.5 Vergleichende Analyse zum deutschen und französischen Diskurs	58
Schluss - Wir haben keine Energie. Aber haben wir dafür Ideen?	59
Anhang	62
Literatur und Quellen	63
Primärquellen	63
Sekundärquellen	71

Einleitung

1. Forschungsinteresse

„Die westlichen Regierungen haben viel Macht aus der Hand gegeben. Aber eines steht ihnen dennoch frei: Sie können die EU-Kommission und das Kartellamt dabei unterstützen, die Macht der Privatmonopole auf dem europäischen Energiemarkt zu begrenzen, also auch Produktion und Netze zu trennen. Der beste Weg aus der Gasfalle führt jedoch über die Abstinenz. Je weniger Gas ein Land braucht, desto besser für seine Bürger.“

Zitat von Michael Thumann aus seinem Artikel „Machiavelli für Gas und Öl“ vom 3. Januar 2008 in „Die Zeit“.

Dieses Zitat von Michael Thumann macht klar: Energiepolitik ist nie nur Energiepolitik, denn Energie ist ein strategisch und volkswirtschaftlich wichtiges Gut. Im Gegensatz zu anderen Gütern lassen sich die Gesetze des Marktes auf Energie nur bedingt anwenden. So ist beispielsweise Elektrizität nicht lagerbar und die Ausbeutung von Energie erfordert auch nicht zwangsläufig den Wettbewerb. Sie hat vielmehr zur Gründung von Oligopolen geführt.¹ Den Energieversorgern wurde in Europa seit den 1990er Jahren außerdem faktisch die Versorgungssicherheit überlassen.²

Lange galt die Energiepolitik als Bastion des europäischen Nationalstaats, zunehmend gewinnt sie aber auch im europäischen Rahmen an Bedeutung. Eine primärrechtliche Grundlage wurde explizit im Vertrag von Lissabon geschaffen. Artikel 194 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bestimmt die Ziele und Kompetenzen der Europäischen Union auf diesem wichtigen Politikfeld.

Die Relevanz des Themas lässt sich auch auf aktuelle Ereignisse zurückführen: Spätestens seit dem russisch-ukrainischen Gasstreit von 2005/2006 besteht in der EU ein allgemeiner Konsens darüber, dass ein gemeinsames Handeln im Bereich der Energiepolitik mehr nutzt als mittlerweile 27 einzelne Energiepolitiken. Unter der Gasblockade 2005/2006 litten vor allem südosteuropäische Länder wie Bulgarien, die Slowakei, Serbien und Moldawien. Die

¹ Vgl. Maillard, Sébastien (2007): Ein strategisches Gut - Die Energieversorgung ist die große Herausforderung für Europa, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.84.

² Vgl. Kleinwächter, Lutz (2007): Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.15.

Versorgungssicherheit dieser Länder konnte nicht garantiert werden. Hilfe von unmittelbaren Nachbarn aus der EU war kaum möglich, weil die bisherige Infrastruktur eine Lieferung von Gas oder Strom nicht ausreichend gewährleistete. Seit der Gaskrise lässt sich eine verstärkte Kooperation im Politikfeld der Energie auf europäischer Ebene feststellen. Sichtbar wird diese z.B. in den Schlussfolgerungen des Rates vom März 2006, die von einer neuen „Energiepolitik für Europa“ sprechen.³ Auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso sieht die Situation nach dem Gasstreit als Ausgangspunkt für einen Politikwandel:

„Recent events, however, have done a lot to focus minds, and a quiet revolution has been taking place: the development of broad support across Europe for the idea of a common energy policy.“

José Manuel Barroso in einer Rede vom 9. Februar 2006 an der Georgetown University in Washington, DC: „Speaking with a common voice: Energy policy in the 21st century“

Auch in der Bevölkerung erhält eine gemeinsame über nationale Grenzen hinausgehende Energiepolitik breite Zustimmung: 60 % der Europäer finden, dass sie durch koordinierte Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik besser geschützt würden.⁴ Um Krisen, wie die von 2005/2006 zukünftig zu vermeiden, bemüht sich die EU nunmehr verstärkt um eine gemeinsame Energiepolitik. Vorbild dafür ist der offiziell seit 1993 existierende Binnenmarkt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, „die vielleicht wichtigste Triebfeder des europäischen Integrationsprozesses“⁵. Beim Handel mit leitungsgebundenen Energieträgern, wie Strom und Gas, verhindert die einzelstaatliche Politikgestaltung der verschiedenen EU-Mitglieder allerdings die vollständige Integration eines gemeinsamen Marktes. Betrachtet man die Beispiele Deutschland und Frankreich, erkennt man, dass die Liberalisierung des europäischen Energiesektors auf dem Papier zwar existiert, die Realität allerdings eine andere ist. Aufgrund der notwendigen hohen Investitionen in Infrastrukturen ist der Energiemarkt in vielen Mitgliedstaaten durch natürliche Monopole gekennzeichnet. Ein natürliches Monopol ist eine Marktkonstellation, in der ein Marktteilnehmer, z.B. auf Grund besonderer technischer Einrichtungen oder Anlagen, ein Gut zu niedrigeren Kosten produzieren kann als

³ Zit. Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S.4.

⁴ Zit. Parlemeter January 2011, European Parliament Eurobarometer (Standard EB 74.3 on Energy), The Europeans and energy, 31. Januar 2011.

⁵ Zit. Fischer, Severin (2009): Energie- und Klimapolitik im Vertrag von Lissabon : Legitimationserweiterung für wachsende Herausforderungen, In: Integration (Baden-Baden), S. 50.

zwei oder mehr Marktteilnehmer.⁶ Die Europäische Kommission möchte diese Monopole aufbrechen und setzt sich für eine Liberalisierung der nationalen Energiemärkte mit dem Ziel eines gemeinsamen Energiebinnenmarktes ein. Die Kommission verspricht sich von der Marktöffnung neuen Wettbewerb, der den Sektor zu Produktionsgewinnen animieren und letztendlich auch den Verbrauchern bessere und günstigere Dienstleistungen bringen soll.⁷ Ein funktionierender Energiebinnenmarkt wird zwar auch von den Mitgliedstaaten angestrebt, seine Schaffung ist aber noch lange nicht gelungen. Dies mag an der geringen Verknüpfung der nationalen Energiemärkte untereinander liegen, ist aber auch Konsequenz der sehr unterschiedlichen nationalen Energiepolitiken. Herausforderungen wie der Klimawandel, steigende Energiepreise oder die Energieimportabhängigkeit haben unmittelbare Auswirkungen auf alle Mitgliedstaaten der EU. Die Union hat erkannt, dass sie in einem energiepolitischen Spannungsfeld zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit steht.⁸ Die Europäische Kommission strebt daher nach einer gemeinsamen Lösung für diese Herausforderungen und somit nach einer Vergemeinschaftung des Politikfelds durch einen Binnenmarkt für Energie.⁹

2. Fragestellung

Die Integration eines gemeinsamen Marktes im Bereich Energie hängt allein von den Mitgliedstaaten der Union ab. Daher soll in dieser Masterarbeit die Rolle Deutschlands und Frankreichs, als zwei der wichtigsten Mitgliedstaaten der EU, in der Diskussion über den Wandel zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik vergleichend untersucht werden. Waren die beiden Staaten bei der Schaffung der Montanunion und der Europäischen Atomgemeinschaft in enger Zusammenarbeit noch Vorreiter europäischer Projekte, so nehmen sie bei jüngeren Verhandlungen zum Energiebinnenmarkt eine blockierende Rolle ein. Die Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik könnten auf beiden Seiten des Rheins nicht unterschiedlicher sein und doch besteht in einem Punkt Einigkeit: weder Deutschland noch Frankreich möchten sich von der Europäischen Kommission zur Liberalisierung ihrer

⁶ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 12.

⁷ Vgl. Maillard, Sébastien (2007): Ein strategisches Gut - Die Energieversorgung ist die große Herausforderung für Europa, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.84.

⁸ Vgl. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/54/EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (von der Kommission vorgelegt), 19.09.2007, S.2.

⁹ Vgl. Steinvorth, Daniel (2005): Deutsch-französische Energiepolitik im europäischen Kontext. In: Frankreich - Info Nr. 3, Friedrich-Ebert-Stiftung. S.2.

Energiemärkte zwingen lassen. Sind die bekannten Bezeichnungen wie „Motor, Tandem, Paar [...] nur Euphemismen, geeignet für Sonntagsreden und vielleicht zutreffend für die Gemeinschaft alten Stils“, aber nicht mehr passend für das Europa von heute?¹⁰

Es soll analysiert werden, inwieweit das bisherige Nichtzustandekommen einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik von den starken nationalen energiepolitischen Selbstverständnis einzelner Mitgliedsstaaten wie Deutschland und Frankreich abhängt. Dabei wird davon ausgegangen, dass Deutschland, Frankreich und selbstverständlich auch die anderen Mitgliedstaaten über eine starke „energiepolitische Identität“ verfügen. Je mehr diese nationalen „energiepolitischen Identitäten“ sich voneinander unterscheiden, desto schwieriger wird die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Je größer die ‚Schnittmengen‘ bei den jeweiligen nationalen Identitäten im Bereich der Energiepolitik geraten, um so wahrscheinlicher ist auch ein gemeinsames Handeln der EU in diesem Politikfeld.¹¹ Das bedeutet aber nicht, dass nationale Identitäten Kausalzusammenhänge für energiepolitisches Handeln auf europäischer Ebene erklären können. Sie können hingegen Motiv für bestimmte Handlungsweisen sein.¹² Die sich aus dem Vergleich deutscher und französischer Energiepolitik ergebende zentrale Fragestellung lautet daher:

Wie konstituiert sich eine gemeinsame europäische Energiepolitik und was fördert bzw. hemmt sie?

3. Auswahl des Analyserahmens

Im Rahmen dieser Arbeit soll das Verhalten der EU-Mitgliedstaaten, Deutschland und Frankreich, in Bezug auf eine gemeinsame europäische Energiepolitik transparent gemacht werden. Um die Untersuchung einzugrenzen, wird der Diskurs am Beispiel des dritten Legislativpakets der Europäischen Kommission zum Energie-Binnenmarkt rekonstruiert. Der Untersuchungszeitraum beginnt am 19. September 2007 mit der ersten Fassung des Legislativpakets und endet mit seiner Verabschiedung in veränderter Form im Juli 2009. Untersucht wird der öffentliche Diskurs in den beiden Mitgliedstaaten. Die Analyse geschieht

¹⁰ Vgl. Zieburg, Gilbert (1994): Anfang vom Ende der Europäischen Union?, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 12/1994, S.1105.

¹¹ Vgl. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 10.

¹² Vgl. Joerißen, Britta & Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster, S.4.

anhand des Vergleichs deutscher und französischer überregionaler Tageszeitungen in ihren Print- und Onlineversionen. Durch die Auswahl der Zeitungen „Die Zeit“, „Die Tageszeitung“, „Der „Tagesspiegel“, „Handelsblatt“, „Financial Times Deutschland“, „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Welt“, bzw. „Libération“, „l’Humanité“, „Les Echos“, „La Tribune“, „La Croix“, „Le Figaro“ und „Le Monde“ soll ein möglichst weites politisches Spektrum der Diskurs-Arena abgedeckt werden. Die Auswertung dieser Publikationen ist besonders ergiebig, weil die genannten Qualitätszeitungen von politischen Entscheidungsträgern, die in besonderem Maße auf die Legitimierung ihrer Handlungen angewiesen sind, stark genutzt und rezipiert werden. Durch diese Publikationsorgane werden das Standing der Akteure im Diskurs sowie die von ihnen repräsentierten Positionen und verwendeten Deutungsmuster deutlich. Diskurs wird in dieser Arbeit als Medium verstanden. Eine Prämisse ist, dass sich Identität im Diskurs äußert. Mithilfe des diskursgestützten Identitätsansatzes soll sichtbar gemacht werden, dass es nicht auf ein konkretes Politikergebnis, sondern vielmehr auf die Darstellung von „Möglichkeitsräumen“ ankommt.

4. Aufbau der Arbeit

Die Arbeit besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil wird das Forschungsdesign der Arbeit erläutert und das zugrunde liegende Konzept des Identitätsansatzes vorgestellt. Im zweiten Teil werden relevante Merkmale der deutschen bzw. französischen „energiepolitischen Identität“ in zwei Vorstudien vergleichend herausgearbeitet. Mithilfe länderspezifischer Sekundärliteratur werden die Handlungsweisen und Argumentationsmuster im Feld der Energiepolitik begreifbar gemacht und ein allgemeines energiepolitisches Profil erstellt. Im dritten Teil der Arbeit werden der Hintergrund der Entstehung des 3. Legislativpakets zum Energiebinnenmarkt und seiner strittigsten Frage der eigentumsrechtlichen Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen dargestellt. Mit dieser inhaltlichen Unterfütterung und den zuvor im zweiten Teil herausgearbeiteten energiepolitischen Profilen soll der Zusammenhang zwischen Verhalten und dem nationalen energiepolitischen Selbstverständnis deutlich gemacht werden. Als methodisches Tool wird bei der Untersuchung im dritten Teil eine Diskursanalyse eingesetzt. Das Schlusskapitel der Arbeit fasst die Ergebnisse zusammen und stellt den Anspruch an eine gemeinsame europäische Energiepolitik der Wirklichkeit gegenüber.

5. Ergebnisse

Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass das unterschiedliche Selbstverständnis, das die energiepolitische Identität von Deutschland und Frankreich ausmacht, ihre jeweiligen Positionen im Feld der Energiepolitik auf europäischer Ebene maßgeblich beeinflusst. Die Unterschiede zwischen den beiden Ländern, die sowohl in Bezug auf Präferenzen und Werte als auch auf industrielle und institutionelle Strukturen bestehen, illustrieren die Größenordnung der notwendigen Kompromisse, um energiepolitische Unterschiede innerhalb der Europäischen Union zu überbrücken. Im Hinblick auf die eigentumsrechtliche Entflechtung auf europäischer Ebene ist es Deutschland und Frankreich gelungen, einen Kompromiss nach ihren Vorstellungen zu schmieden. Der „deutsch-französische Motor“ hat zwar das Potential, eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer europäischen Energiepolitik zu spielen, allerdings solange nationale Vorrechte z.B. in Bezug auf technologische Entscheidungen nicht betroffen sind. Darüberhinaus wird aber auch deutlich, dass die Energiepolitik der beiden Länder nicht nur von ihren Regierungen bestimmt wird, sondern dass auch die Unternehmen der Branche einen beachtlichen Einfluss ausüben.¹³

Teil I Forschungsdesign

I.1 Forschungsstand

Dem Thema der deutschen und französischen Energiepolitik wird in der Fachliteratur viel Aufmerksamkeit geschenkt. Eine vergleichende Analyse neueren Datums von französischer Seite findet sich z.B. in „La politique énergétique et climatique : entre défis communs et préservation des intérêts nationaux“ von Aurélien Evrard und Raphael Sauter¹⁴. Auch politische Stiftungen haben die Rolle Deutschlands und Frankreichs im Bereich der europäischen Energiepolitik thematisiert. So z.B. Susanne Nies 2010 für die Konrad Adenauer Stiftung in „Deutschland-Frankreich: fünf Visionen für Europa“ mit ihrem Beitrag „Energiepolitik: eine deutsch-französische Herausforderung?“.

Auf Seiten der Think Tanks ist das Institut français des relations internationales (IFRI) zu nennen, das 2008 mit „Les relations franco-allemandes dans le secteur de l'énergie“ den deutsch-französischen Einfluss bilanziert. Das deutsche Institut für Europäische Politik (IEP)

¹³ Vgl. Evrard, Aurélien/ Sauter, Raphael (2010): La politique énergétique et climatique : entre défis communs et préservation des intérêts nationaux, In: La France et l'Allemagne face aux crises européennes / sous la dir. de Claire Demesmay [u.a.]. - Pessac : Presses Univ. de Bordeaux. S. 184 ff.

¹⁴ Erschienen 2010 in „La France et l'Allemagne face aux crises européennes“.

hat unter Leitung von Severin Fischer das sehr umfassende Web-Projekt „EU Energy Policy Monitoring“ ins Leben gerufen und begleitete und evaluierte den Prozess der Umsetzung der durch den Energieaktionsplan 2007-2009 formulierten Aufgaben. Die Entwicklung des 3. Legislativpakets zum Energiebinnenmarkt und die Debatte um die eigentumsrechtliche Entflechtung im Energiebereich lässt sich anhand des „EU Energy Policy Monitoring“ sehr gut nachvollziehen. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist auch die im Jahr 2010 erschienene Dissertation „Die Eigentumsrechtliche Entflechtung der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union“ von Norbert Wechtel. Er vergleicht in seiner Arbeit mögliche Ausgestaltungen der eigentumsrechtlichen Entflechtung am Beispiel bestehender Bestimmungen in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU.

Die Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog „Dokumente“ widmet in der Ausgabe 6/07 ein ganzes Dossier dem Thema „Energie – ein strategisches Gut“. Vor allem die Beiträge „Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU“ von Hartmut Grewe und „Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland“ von Michel Deshaies geben Aufschluss über die jeweilige „energiepolitische Identität“ in Deutschland und Frankreich und waren bei der Erstellung der energiepolitischen Profile hilfreich.

Die theoretische Verortung der vorliegenden Arbeit folgt der Argumentation zum Identitätsansatz des Forschungsteams um Henning Boeckle, Jörg Nadoll und Bernhard Stahl mit seinem PAFE-Arbeitspapier¹⁵: „Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise“ aus dem Jahr 2000. Darüberhinaus stützt sich diese Arbeit auch auf das Kapitel „Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung“ von Bernhard Stahl und Sebastian Harnisch.¹⁶ Desweiteren berücksichtigt diese Arbeit auch den Band „Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden“¹⁷ herausgegeben von Britta Joerißen und Bernhard Stahl. Sowohl methodisch als auch praktisch leitend für die vorliegende Arbeit war zudem Stefan Seidendorfs Dissertation von 2007: „Europäisierung nationaler

¹⁵ Project on the Comparative Analysis of Foreign Policies in Europe.

¹⁶ Erschienen 2009 in „Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008“.

¹⁷ Erschienen 2003 in Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster.

Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien“ und Reiner Kellers Einführungswerk in die Diskursforschung.¹⁸

I.2 Diskursgestützter Identitätsansatz

Unter **Identität** versteht man im Allgemeinen die spezifischen Eigentümlichkeiten, die eine Person kennzeichnen und von anderen Menschen unterscheiden.¹⁹ Identität erklärt sich also in Abgrenzung zu anderen. Nationale Identität ist von den Wertvorstellungen und Normen der jeweiligen Gesellschaft geprägt und kann von politischen Akteuren als Rechtfertigung für ihr Handeln eingesetzt werden.²⁰ Stefan Seidendorf beschreibt Identität als ein „soziales Phänomen, das nur im Austausch und in Auseinandersetzung konstruiert werden kann“.²¹ In seiner Dissertation bezieht sich Seidendorf auf Thomas Risse und erläutert **soziale Identitäten** folgendermaßen: „[Sie] enthalten beschreibende und kategorisierende Ideen, die die Mitgliedschaft eines Individuums in einer sozialen Gruppe begründen.“²² Eine soziale Gruppe unterscheidet sich von anderen sozialen Gruppen durch ihre kennzeichnende **kollektive Identität**.²³ Kollektive Identität wird als „die zeit- und generationsübergreifende Beständigkeit von Institutionen, Symbolen, Werthaltungen und Zielen einer Gruppe oder staatlich verfassten Gesellschaft“²⁴ beschrieben. Sie ist das Ergebnis eines kommunikativen Prozesses.²⁵ Als besondere Form von kollektiver Identität gilt die **nationale Identität**. Diese beruht auf der Selbstdefinition des Kollektivs als Nation. Die Masterarbeit folgt dem

¹⁸ Keller, Reiner (2004): Diskursforschung . Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

¹⁹ Vgl. Boeckle, Henning / Nadoll, Jörg (2003): Teil 2 Identität und Diskurs, 1 Zum Stand der Identitätsforschung, In: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 159.

²⁰ Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S.31.

²¹ Zit. Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.26.

²² Zit. Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.17.

²³ Vgl. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 13.

²⁴ Zit. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 13.

²⁵ Zit. Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.26.

sozialkonstruktivistischen Verständnis von nationaler Identität, wonach „Identitäten nicht als feststehende, ‚organische‘ Größen verstanden werden, sondern als das Ergebnis eines permanenten Rekonstruktionsprozesses, [...] der auf bestimmte gesellschaftliche und politische Bedürfnisse reagiert.“²⁶

Die Konstruktion kollektiver Identität manifestiert sich durch Kommunikation innerhalb eines gesellschaftlichen Austauschs - also in Form von Diskurs. Identität wirkt als „Grundlage für Begründungen und Empfehlungen“ auf politisches Verhalten ein.²⁷ Sprache bzw. **Diskurs** wird in dieser Arbeit als Medium verstanden, „durch welches Identität in einer konkreten Situation mit Bedeutung versehen wird.“²⁸ EU-Politik z.B. entsteht nicht im luftleeren Raum, sondern in einer Arena, in der die EU-Institutionen und einzelne Mitgliedsstaaten ihre Präferenzen kommunizieren. Mithilfe von Diskursen können spezifische Identitätselemente und Handlungspräferenzen verbunden werden. Diskurse machen es möglich, innerhalb einer „gesellschaftlich akzeptierten Angemessenheitslogik“²⁹ ein bestimmtes Verhalten als „identitär“ übereinstimmend erscheinen zu lassen.³⁰

Der Argumentation Thomas Risses folgend, vermag „nationale Identität als kollektives und soziales Phänomen auf der gesellschaftlichen Ebene zwar nicht direkt, politische Entscheidungen zu bestimmen, sie formt aber Interessen und Präferenzen des jeweiligen Landes.“³¹ Durch text- und diskursanalytische Methoden kann bei konstruktivistischen Ansätzen nachvollziehbar gemacht werden, „wie und im Rahmen welcher Prozesse [soziale]

²⁶ Zit. Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.20.

²⁷ Zit. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 42.

²⁸ Zit. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 29.

²⁹ Zit. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 30.

³⁰ Vgl. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 33.

³¹ Zit. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 35.

Konstruktionen erzeugt werden.“³² Es soll also der Zusammenhang zwischen sozialen Konstruktionen und den damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten³³ aufgezeigt werden. Durch den diskursgestützten Identitätsansatz kann sichtbar gemacht werden, inwieweit sich nationale Selbstvorstellungen auf die Präferenz- bzw. Interessenbildung auswirken und somit politisches Handeln beeinflussen. Politische Diskurse rekonstruieren Identität dadurch, dass sie Erklärungsfunktionen innerhalb der Gesellschaft übernehmen: sie formen die Diskussion, rechtfertigen bestimmte Handlungen und interpretieren Erinnerung. Die Analyse von Diskursen legt offen, welche Optionen in einer bestimmten Situation von der Gesellschaft als „angemessen“ empfunden werden.³⁴ Durch die Untersuchung dieser „diskursiven Möglichkeitsräume“ lässt sich erkennen, ob gemeinsames europäisches Handeln wahrscheinlich ist oder nicht.³⁵ Der hier geplante Vergleich verschiedener nationaler Identitäten unter dem Aspekt einer gemeinsamen EU-Energiepolitik zeigt die „Schnittmengen des Möglichen“ für die Union als gemeinschaftlichen Akteur.³⁶ Je größer die Schnittmengen bei den jeweiligen nationalen Identitäten im Bereich der Energiepolitik geraten, um so wahrscheinlicher ist auch ein gemeinsames Handeln der EU in diesem Politikfeld.³⁷

Es werden in dieser Arbeit drei Grundannahmen von Jennifer Milliken zum Diskurs übernommen:³⁸

- I) Diskurse sind Bedeutungssysteme: Sie konstruieren soziale Realitäten.

³² Vgl. Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik - theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, VS Verlag für Sozialwissenschaften /GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.10.

³³ Vgl. Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik - theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, VS Verlag für Sozialwissenschaften /GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.12.

³⁴ Vgl. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 43.

³⁵ Vgl. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, In: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S.33.

³⁶ Vgl. Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S.48.

³⁷ Vgl. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 10.

³⁸ Vgl. Jennifer Milliken (1999): The Study of Discourse in International Relations: : A Critique of Research and Methods, European Journal of International Relations 5, S.229, ff.

- II) Diskurse sind produktiv: Sie operationalisieren ein bestimmtes „Wahrheitsregime“, während andere mögliche Handlungs- und Identitätsmodi dabei ausgeschlossen werden. Sie definieren, wer spricht und wer handelt und produzieren die Öffentlichkeit bzw. das Publikum für die Akteure.
- III) Dominierende oder hegemoniale Diskurse, die verständlich und legitimiert sind, bilden „grids of intelligibility“ (Netze der Verständlichkeit). Diese Netze sind instabil und müssen immer wieder artikuliert und re-artikuliert werden, um bestimmte „Wahrheitsregime“ aufrechtzuerhalten.

I.3 Vorgehensweise und Verständnis der Diskursanalyse

In Teil III wird der öffentliche Diskurs zur eigentumsrechtlichen Entflechtung im Rahmen des dritten Legislativpakets der Europäischen Kommission zum Energie-Binnenmarkt analysiert. Bei dieser Untersuchung geht es um die „Analyse institutioneller Regulierungen von Aussagepraktiken und deren performative, wirklichkeitskonstituierende Macht.“³⁹ Es wird Aufschluss über die diskursiven Möglichkeitsräume in diesem speziellen Bereich der Energiepolitik gegeben und gezeigt, wie sich das Thema der eigentumsrechtlichen Entflechtung in der deutschen und französischen Gesellschaft darstellt. Dabei gilt es herauszufinden, ob ein spezieller Diskurs dominiert.

In Teil II soll bereits erkennbar gemacht werden, wie sich Argumentationsmuster auf einzelne Identitätselemente beziehen und damit einen bestimmten Diskurs legitimieren.⁴⁰ Die zuvor herausgearbeiteten Identitätselemente und Argumentationsmuster im Bereich der Energiepolitik fließen in die Diskursanalyse mit ein und geben Aufschluss über die deutschen und französischen Handlungspräferenzen.

Der hier weitergeführte Vergleich prüft an dem Beispiel der eigentumsrechtlichen Entflechtung die These, ob größere Schnittmengen bei den jeweiligen nationalen Identitäten im Bereich der Energiepolitik ein gemeinsames Handeln der EU in diesem Politikfeld wahrscheinlicher machen oder nicht.⁴¹

³⁹ Keller, Reiner (2004): Diskursforschung . Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 8.

⁴⁰ Zit. Joerißen, Britta & Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster, S. 165.

⁴¹ Vgl. Boeckle, Henning, Nadoll, Jörg, Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 10.

Diskursanalyse ist in ihrer Umsetzung immer ein Interpretationsprozess, also Textauslegung. Zudem ist Sprache in einem gewissen Maß immer bedeutungsoffen und hat häufig konkurrierende Verständnisse. Um die Interpretation nachvollziehbar zu machen, muss daher methodische Systematik eingehalten werden. Aus diesem Grund stützt sich der folgende Ansatz auf Leitfragen nach Reiner Keller⁴² und Stefan Seidendorf:

- Was ist das Thema eines Textes und welche Unterthemen werden als relevant eingeführt?
- In welchen Kategorien, Argumenten, Klassifikationen usw. wird es behandelt?
- Gibt es exemplarische Beispiele, Aussage- und Begriffswiederholungen?
- Welche Bedeutung kommt dem benutzten Vokabular im Unterschied zu anderen, im entsprechenden diskursiven Feld eingesetzten Begriffen zu?
- Wer hat häufiger oder seltener eine Stimme im Diskurs bzw. gibt es Personen, die den Diskurs dominieren?
- Gibt es konkurrierende Diskurse?

Bestimmte Themen, Kategorien und Deutungsmuster des Diskurses müssen also identifiziert und interpretiert werden. Die Beziehung zwischen Text und Interaktion muss untersucht werden. Diese Vorgehensweise hilft bei der Erstellung eines Musters, das die Grundlage interpretierender Hypothesenbildung ist und Aufschluss über die Gehalte, Funktionsweisen und Wirkungen des Diskurses geben kann.⁴³

Der Datenkorpus der Analyse umfasst 68 Artikel auf deutscher und 50 Artikel auf französischer Seite (Siehe Diagramm 1 und 2 im Anhang). Die Zusammenstellung der Daten erfolgte im Rückgriff auf das Pressearchiv des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg und die Datenbank LexisNexis. Um der Vergleichbarkeit der Daten Rechnung zu tragen, erfolgte die Auswahl der Artikel anhand einer vorher definierten Suchwortliste zu den Schlagwörtern „eigentumsrechtliche Entflechtung“, „Energiebinnenmarkt“, „Dritter Weg“ bzw. deren französischer Entsprechung „séparation patrimoniale“, „marché de l'énergie“ und „troisième voie“.

⁴² Vgl. Keller, Reiner (2004): Diskursforschung . Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 98.

⁴³ Vgl. Keller, Reiner (2004): Diskursforschung . Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S. 97.

I.4 Vergleich zum energiepolitischen Selbstverständnis - Warum und wie wird verglichen?

„Vergleiche ‚hinken‘ oder, wie Goethe gesagt haben soll, ‚nur Dummköpfe vergleichen.‘“⁴⁴ Diese Skepsis ist angebracht, denn, wenn ein Vergleich nicht auf „einem soliden methodischen Konzept“ beruht, sind seine Resultate häufig nutzlos. Erkenntnistheoretisch argumentiert, ergibt sich unsere gesamte Vorstellungswelt durch Vergleichen. Dieser Zusammenhang lässt sich sehr gut auf das Konzept der Identität anwenden, weil sich Identität in Abgrenzung zum anderen und somit durch den Vergleich selbst definiert.⁴⁵ Damit ein Vergleich nicht ‚hinkt‘, muss er „strukturiert“ sein, d.h. dass er einem einheitlichen Fragen- und Kriterienkatalog unterliegen muss. Darüberhinaus muss der Vergleich auch „fokussiert“ sein, also sich auf die relevanten Aspekte der vergleichenden Fälle beschränken.⁴⁶ Um diesen Bedingungen gerecht zu werden, wird wie folgt vorgegangen: Es folgen zwei Vorstudien, die die energiepolitische Identität in Deutschland und Frankreich nachvollziehbar machen sollen. Die Vorstudien orientieren sich dabei an vier geschichtlichen Phasen der europäischen Energiepolitik⁴⁷:

I) 1950-70: Wiederaufbau und Grundsicherung

II) 1970-86: Abhängigkeit

III) 1991-97: Deregulierung

IV) 2001-11: Bedarfssicherung

Unter Heranziehung von Sekundärliteratur sollen die spezifischen Charakteristika der jeweiligen nationalen Identität im Politikfeld der Energie beleuchtet werden. Für diese Skizzierung sind folgende Kriterien von Bedeutung:

- Industrielle Strukturen
- Der staatliche Einfluss
- Die Rolle der Eliten

⁴⁴ Vgl. Aarebrot, Frank H. & Bakka, Paul (1987): Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft, In: Vergleichende Politikwissenschaft, (Hrsg.) Berg-Schlossen, D. & Müller-Rommel, F., UTB Leske + Budrich, Opladen, S. 45.

⁴⁵ Vgl. Aarebrot, Frank H. & Bakka, Paul (1987): Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft, In: Vergleichende Politikwissenschaft, (Hrsg.) Berg-Schlossen, D. & Müller-Rommel, F., UTB Leske + Budrich, Opladen, S. 45.

⁴⁶ Vgl. Joerißen, Britta & Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster, S. 12.

⁴⁷ In Anlehnung an Johannes Pollaks Beitrag: Die europäische Energiepolitik: ein magisches Dreieck? bei den Europagesprächen des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim vom 17.01.2011 in Wien.

- Geostrategische Lage und Kooperationszusammenhänge
- Das Thema der Energiepolitik während der EU-Ratspräsidentschaft
- Kulturelle Erklärungsfaktoren
- Eigentumsrechtliche Entflechtung

Auch externe Faktoren sind bei der Betrachtung zu berücksichtigen. Beispielhaft wird das Verhalten nach der Ölkrise, der Wiedervereinigung, die als „Katalysator des Umbruchs in der Energiebranche“⁴⁸ angesehen wird, und nach Atomkatastrophen wie in Tschernobyl oder Fukushima betrachtet.

Später werden die jeweiligen energiepolitischen Identitätselemente zusammengefasst und bewertet, um ein allgemeines Klassifikationsschema für Deutschland und Frankreich zu entwerfen. Unter einem Identitätselement versteht man den „Teil der nationalen Identitätskonstruktion, der das ‚Eigene‘ mit einer herausragenden Eigenschaft belegt oder es in Beziehung zum ‚Anderen‘ setzt.“⁴⁹ Den wesentlichen Vergleich dieses Teils bildet die Gegenüberstellung der Identitätselemente und Argumentationsmuster unter II.2 und das daraus resultierende Verhalten. Das grundsätzliche Ziel dieses Vergleichs ist das Erkennbarmachen von Mustern in der nationalstaatlichen Energiepolitik. Im Speziellen ist der Erkenntniswert des vergleichenden Teils der Arbeit folgender: Die Vorstudien dienen zum Verständnis bestimmten Verhaltens in der Energiepolitik und sind wichtig für die in Teil III nachfolgende Diskursanalyse. Diskurs kann nämlich nicht isoliert, sondern nur in seinem jeweiligen institutionellen Kontext verstanden werden.⁵⁰ Die Vorstudien machen sichtbar, „wie das beobachtete Verhalten argumentativ vorbereitet und legitimiert wird.“⁵¹ In der Diskursanalyse wird Aufschluss über die diskursiven Möglichkeitsräume im Bereich der Energiepolitik gegeben, indem gezeigt wird, wie sich das Thema der eigentumsrechtlichen Entflechtung in der deutschen und französischen Gesellschaft darstellt. Die Vorstudien sind

⁴⁸ Zit. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.70.

⁴⁹ Vgl. Nadoll, Jörg (2003): 2 Forschungsdesign - Nationale Identität und Diskursanalyse, Das Verständnis von Identität, In: Joerißen, Britta & Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster, S. 179.

⁵⁰ Vgl. Schmidt, Vivien A. & Radaelli, Claudio M. (2004): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues, Western European Politics, Vol. 27, No.2, S. 197.

⁵¹ Zit. Joerißen, Britta & Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster, S. 14.

Grundlage für die Beantwortung der Fragestellung und helfen dabei den Gegenstandsbereich der Energiepolitik und der eigentumsrechtlichen Entflechtung präziser zu erfassen.

Teil II - Vorstudien

II.1 Deutsche Energiepolitik - Beobachtungen und Klassifikation der Identitätselemente

II.1.1 Industrielle Strukturen, der Einfluss der Regierung und externe Faktoren

In der Nachkriegszeit stieg der Energiebedarf beim Wiederaufbau. Energiepolitik bedeutete damals vor allem Kohlepolitik. Oberstes Ziel der Energiepolitik war die Erhöhung der Fördermenge von Kohle zur Überwindung von Versorgungsengpässen. Der zunehmende Import billigerer Kohle aus Übersee rückte die Protektion heimischer Kohle in den Mittelpunkt deutscher Energiepolitik. Die deutsche Steinkohle aus den Ruhr- und Saar-Zechen wurde Ende der 1950er Jahre immer weniger wettbewerbsfähig, wodurch es zu einer dramatischen Veränderung der Ziele deutscher Kohlepolitik innerhalb weniger Jahre kam. Die erste Kohlekrise 1957 zerstörte den Glauben an den nachhaltigen Beitrag des deutschen Steinkohlebergbaus zur Energiesicherung.⁵² Kohle spielte in Deutschland schon immer eine bedeutendere Rolle als in Frankreich, wo 2004 die letzte Zeche geschlossen wurde.⁵³

Die beiden deutschen Staaten, wie auch andere Industrieländer, waren stark von Erdölimporten abhängig. Erdöl setzte sich als Brennstoff zunehmend durch und machte dem heimischen Energieträger Kohle starke Konkurrenz. Für die Politik bestand die Herausforderung darin, die Steinkohleförderung zu drosseln und gleichzeitig den sozialen Folgen des sich daraus ergebenden Strukturwandels entgegenzuwirken. Zwischen 1970-86 und vor allem während der Ölkrise wurde die Abhängigkeit von Erdölimporten zunehmend spürbar. Deutschland konnte im Vergleich zu anderen europäischen Ländern aber noch auf heimische Energieträger zurückgreifen: Braun- und Steinkohle deckten 1985 die Hälfte des Stromverbrauchs in der Bundesrepublik ab.⁵⁴

⁵² Quelle: <http://www.rwe.com/web/cms/de/257730/rwe/rwe-konzern/ueber-rwe/rwe-geschichte/im-wandel-energiepolitik/>.

⁵³ Vgl. Grewe, Hartmut (2007): Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.80.

⁵⁴ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.56.

Auch die Wiedervereinigung hatte einen wesentlichen Einfluss auf die deutsche Energiepolitik.⁵⁵ Der in der DDR zentralisierte Energiesektor wurde mit der Wiedervereinigung vollkommen umstrukturiert und an die dezentrale Wirtschaftsorganisation der Bundesrepublik angepasst. Der Zusammenbruch der Industrie in den neuen Bundesländern führte zu einer drastischen Reduzierung der Braunkohleproduktion im Beitrittsgebiet. Darüberhinaus stieg mit der Wiedervereinigung auch der Verbrauch an Erdöl. Dieser Zusammenhang führte zu einer höheren Abhängigkeit von Energieimporten, die 2007 62 % betrug.⁵⁶

Der Abhängigkeit von Erdölimporten sollte nach den Ölkrisen unter der Regierung Schmidt mit einem ehrgeizigen Ausbau der Kernenergie entgegengewirkt werden. Das Kernenergieprogramm wurde in den 1980er Jahren allerdings durch die neue und ständig erstarkende ökologische Bewegung gebremst.⁵⁷ Externe Faktoren wie die Atomkatastrophe 1986 in Tschernobyl stärkten den Einfluss der Kernkraftgegner. Mit Regierungsübernahme der rot-grünen Koalition 1998 kam es schließlich zu einer ersten Energiewende. Im Jahr 2000 kam es zwischen der damaligen Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen zu einer Vereinbarung, die den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2030 vorsah, und die durch die Novellierung des Atomgesetzes 2002 rechtlich abgesichert wurde.⁵⁸ Vor allem unter der rot-grünen Regierung entwickelte sich Deutschland zunehmend zum Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energien, was sich am deutlichsten im verstärkten Ausbau der Windkraft seit den 1990er Jahren zeigt. Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, dass über ein Drittel der weltweiten Windenergie allein in Deutschland produziert wird. Auch der Ausbau der Energieerzeugung durch Sonnenkollektoren hat sich in den letzten Jahren rasant erhöht, allein zwischen 2001 und 2006 stieg er um das 20fache.⁵⁹ Der hier skizzierte Ausbau erneuerbarer Energien, der durch umweltpolitische Argumente

⁵⁵ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.57.

⁵⁶ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.58.

⁵⁷ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.56.

⁵⁸ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.55.

⁵⁹ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.61.

gerechtfertigt wird, kann den deutschen Energiebedarf aber längst noch nicht decken, sodass auch in Zukunft noch auf fossile Brennstoffe und Energieimporte gesetzt werden muss.⁶⁰

In puncto Kernkraft sind die politischen Parteien in Deutschland, anders als in Frankreich, uneinig. 2010 kam es unter der schwarz-gelben Koalition zu einer neuen Vereinbarung über die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Das zentrale Anliegen des Atomausstiegs der vorherigen rot-grünen Koalition wurde dadurch in die fernere Zukunft verschoben. Der Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima im Jahr 2011, bewirkte einen erneuten Umschwung der deutschen Energiepolitik mit dem Ergebnis, dass die nur einige Monate zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht wurde, und nunmehr ein Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 angestrebt wird.

II.1.2 Die Rolle der Eliten und Kooperationszusammenhänge

In Deutschland haben Eliten großen Einfluss auf die Energiepolitik. Darin besteht die Gefahr, dass bestimmte Verflechtungen zwischen Positionen in der Energiewirtschaft, Politik und Verwaltung zu gravierenden Interessenkonflikten und zu Missbrauch von öffentlicher oder privatwirtschaftlicher Macht führen. Aber was sind Eliten überhaupt? Der Begriff „Elite“ hat seine etymologische Wurzel im lateinischen Wort „eligere“ und bedeutet „auslesen“. Im 18. Jahrhundert wurde der Begriff „Elite“ in die deutsche Sprache übernommen. In der französischen Sprache ist er seit dem 17. Jahrhundert geläufig. Mit Elite wird eine führende Minderheit bezeichnet.⁶¹ Sie ist durch „hohe Qualifikationsmerkmale sowie durch eine besondere Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft beziehungsweise durch besonderen Wert oder Leistung ausgezeichnet und zudem bestimmt sie die gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich.“⁶²

Einige Beispiele der Verflechtungen zwischen Politik- und Wirtschaftseliten im Bereich der Energie sollen im Folgenden beleuchtet werden. Eines der bekanntesten Beispiele gibt der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der seit 2006 Aufsichtsratsvorsitzender der Nordeuropäischen Gas-Pipeline-Gesellschaft (NEPGC) ist. NEPGC baute die im November 2011 eingeweihte Pipeline „Nord Stream“, die Gas von Russland durch die Ostsee, ohne die Territorien von Transitländern zu berühren, nach Deutschland transportiert. Die Gesellschafter

⁶⁰ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.64.

⁶¹ Siehe dazu „Elite“ in Meyers großes Taschenlexikon, 8. Auflage, Band 6, B.I. Taschenbuchverlag, S. 38.

⁶² Zit. Philipp Fahr (2007): Eliterekrutierung in Deutschland, URL: <http://anstageslicht.wordpress.com/dossier-energie/>.

der NEPGC sind der russische Konzern Gazprom und die deutschen Konzerne BASF und E.ON.. Kritisiert wird u.a., dass Schröder das Projekt schon als Bundeskanzler aktiv mitgestaltete und seine guten Kontakte zum Kreml nutzte.⁶³ Ihn wird zum Vorwurf gemacht, seine in der Politik erworbenen Kenntnisse und Beziehungen nach Beendigung seiner politischen Karriere für sich persönlich nutzbar gemacht zu haben. Ohne dies abschließend bewerten zu wollen, wird aber gleichzeitig deutlich, dass Deutschland -im Gegensatz zu Frankreich- auf direkte Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Versorgungssicherheit setzt. Nord Stream verstärkt diese Partnerschaft noch weiter. Sicherlich sind die guten Beziehungen von Altbundeskanzler Gerhard Schröder zur russischen Elite in dieser Hinsicht förderlich, allerdings war Deutschland auch schon früher größter Abnehmer von russischem Erdöl und Erdgas.⁶⁴ Die Fixierung Deutschlands und anderer EU-Staaten östlich von Deutschland auf Russland erklärt sich vor allen Dingen aus der Pipeline-Infrastruktur aus den 1970er und 1980er Jahren, die die größte Versorgungsinfrastruktur der Welt darstellt. Diese Infrastruktur muss genutzt werden, weil zwischen deutschen Importeuren und Gazprom sehr langfristige Verträge bestehen.⁶⁵

Ein anderes Beispiel von Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft gibt Werner Müller. Müller war von 1998 bis 2002 Wirtschaftsminister unter Schröder und bezog gleichwohl auch während dieser Zeit Rentenzahlungen von E.ON., wo er zwischen 1973 bis 1980 beschäftigt war.⁶⁶ Daraus ergaben sich für seine Kritiker Zweifel an seiner Unabhängigkeit und Unbefangenheit.

Ein weiteres Beispiel der Vermischung politischer und wirtschaftlicher Interessen ist Rezzo Schlauch, ein ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. Schlauch, ein Mitglied von Bündnis 90 / Die Grünen, hatte einen Posten als Beirat beim Stromversorger und größten Kernkraftwerksbetreiber EnBW. Nach Einschätzung der Gruppe LobbyControl war Rezzo Schlauchs Arbeit dort folgendermaßen zu bewerten: „Wer Schlauchs Statement, er wolle sich für regenerative Energien bei EnBW einsetzen, glaube, sei naiv, da die Atomenergie zum Kerngeschäft von EnBW gehöre. Was der

⁶³ Siehe dazu z.B.: Alexander Schwabe / Carsten Volkery, 12. Dezember 2005: Neuer Job -Schröder verrubelt seinen Ruf, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,389956,00.html>.

⁶⁴ Götz, Roland (2006): Deutsch-russische Energiebeziehungen . auf einem Sonderweg oder auf europäischer Spur?, Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland / GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik. S. 1.

⁶⁵ Vgl. Debatte mit Yves Cochet und Friedemann Müller, ARTE Themenabend Gas Monopoly, 10.01.2012 20.15 UHR, ARTE.

⁶⁶ Siehe dazu: RAG-Chef Werner Müller bezog als Minister EON-Rente, 18. Januar 2005, URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/politiker-nebeneinkuenfte-rag-chef-werner-mueller-bezog-als-minister-eon-rente-535287.html>.

Konzern mit Rezzo Schlauch betreibe, sei so genanntes Greenwash: Ein Grünen-Politiker in einem Energiekonzern vermittelt leicht den Eindruck, dass umweltfreundlich gewirtschaftet werde.“⁶⁷

Finanzielle Vorteile genoss auch Laurenz Meyer, der als CDU-Generalsekretär neben seinem Mandat von seinem vormaligen Arbeitgeber Gehaltszahlungen und Strom zum Mitarbeiterarif erhielt.⁶⁸

Diese wenigen Beispiele belegen, dass durch die Parteien hindurch personelle Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft bestehen, die Zweifel an der Unabhängigkeit von Mandatsträgern begründen können.

II.1.3 Das Thema der Energiepolitik während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird im Bereich der Energie- und Klimapolitik insgesamt positiv bewertet, weil es u.a. zur verbindlichen Festlegung von Klimaschutzziele kam. Auch die Verankerung des Klimaschutzes sowie der Energiesolidarität ins europäische Primärrecht wurden unter deutschem Ratsvorsitz beschlossen.⁶⁹ Die Bundesregierung machte das Thema Energie zu einer ihrer Prioritäten und stellte klar, dass Klimaschutz und Energieversorgung nur im Zusammenhang begriffen werden können und daher verknüpft werden müssen.

Unter deutschem Ratsvorsitz wurde auch deutlich, dass Berlin seine eigenen Interessen durchsetzen wollte. Das zeigte sich z.B. bei der umstrittenen Entflechtung vertikal integrierter Energiekonzerne. Schon Mitte der 1990er Jahre hat die Kommission die Liberalisierung der europäischen Gas- und Strommärkte angestoßen und das Thema der Entflechtung der Energieversorger als eine Maßnahme zur Beschleunigung der Marktliberalisierung auf die Agenda gebracht. In Sorge um die Spitzenpositionen der eigenen Energiegroßunternehmen im europäischen Energiemarkt lehnte Deutschland die eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Vertrieb ab.⁷⁰ Fazit der deutschen Ratspräsidentschaft war, dass sie die Dringlichkeit der

⁶⁷ Siehe dazu: <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2006/03/rezzo-schlauch-neu-im-enbw-beirat/>.

⁶⁸ Siehe dazu: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-38546620.html>.

⁶⁹ Vgl. Baumann, Florian / Notz, Kristina (2007): Erfolgreiche Zusammenarbeit zur (Fort-)Entwicklung einer Europäischen Energie- und Klimapolitik, In: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) , Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, S. 21.

⁷⁰ Vgl. Baumann, Florian / Notz, Kristina (2007): Erfolgreiche Zusammenarbeit zur (Fort-)Entwicklung einer Europäischen Energie- und Klimapolitik, In: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) , Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, S. 23.

Energie- und Klimapolitik auf europäischer Ebene erkannt und sich zum Ziel gesetzt hat, die „Europäische Union in Klimaschutzfragen zum weltweiten Vorreiter und Vorbild zu machen.“

II.1.4 Eigentumsrechtliche Entflechtung und staatlicher Einfluss

Der heute in Deutschland vorherrschende Typ des vollständig integrierten Energiekonzerns, bei dem also Produktion und Netz in einer Hand sind, entstand bereits Anfang des 20. Jahrhunderts.⁷¹ Erste Weichen zur Legitimation von Energiemonopolen wurden schon in der Weimarer Republik gestellt, indem die Energiebranche von der Kartellgesetzgebung ausgenommen wurde. Der Grundstein für die Aufteilung Deutschlands in Versorgungsgebiete wurde 1927 im so genannten „Elektrofrieden“ gelegt. „Demarkations- und Konzessionsverträge, gemeinsame Infrastrukturprojekte und gegenseitige Beteiligungen zwischen Privatkonzernen, Länderbesitzungen und kommunaler Infrastruktur führten zur finanziellen Verzahnung der Energiewirtschaft.“⁷² Personelle Verflechtungen zwischen der Energiewirtschaft und der Politik gaben dem System Stabilität, weil z.B. Investitionsentscheidungen mit politischen Interessen abgestimmt wurden. Bis in die 1980er Jahre konnte dieses System aufrechterhalten werden. Zur Verbesserung der Haushaltslage verkauften Ende der 1980er Jahre mehr und mehr Länder und Kommunen in Deutschland ihre Anteile an den Energieunternehmen. Die staatliche Kontrolle an den großen Energieunternehmen nahm dadurch ab.⁷³ Die europäische Kommission trat 1988 als neuer Akteur in der Energiepolitik auf. Sie wurde mit dem Mandat ausgestattet, Vorschriften zur Schaffung eines „Binnenmarktes für Energie“ zu erlassen und begann, an der Liberalisierung des Stromsektors zu arbeiten.⁷⁴ In der Phase der Deregulierung von 1991-97 hielt die Europäische Kommission an ihrem Ziel der „Zerlegung der bisher integrierten

⁷¹ Vgl. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.66.

⁷² Zit. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.67.

⁷³ Vgl. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.71.

⁷⁴ Vgl. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.71. und Vgl. Steinvorth, Daniel (2005): Deutsch-französische Energiepolitik im europäischen Kontext. In: Frankreich - Info Nr. 3, Friedrich-Ebert-Stiftung. S.2.

Wertschöpfungskette“⁷⁵ fest. Im Zuge dieser Entwicklung öffnete Deutschland 1998 seine Energiemärkte. Heute ergibt sich in Deutschland folgendes Bild: Die vier großen Energieversorgungsunternehmen RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON teilen den deutschen Markt unter sich auf, kontrollieren mehr als 80 % der Erzeugerkapazitäten und das gesamte Strom- und Gasnetz.

II.1.5 Klassifikation deutscher Identitätselemente und Argumentationsmuster

Die folgende stichpunktartige Auflistung gibt einen Überblick über die wichtigsten Identitätselemente deutscher Energiepolitik:

- Deutsche Energiepolitik ist nicht stringent, sondern durch „Brüche“ gekennzeichnet.
- Aufgrund einer starken ökologischen Bewegung ist Deutschland zum Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energien geworden.
- Strukturelle Gegebenheiten in der deutschen Energiewirtschaft haben zu Energiemonopolen geführt und Verflechtungen zwischen der Energiewirtschaft und der Politik haben das System lange stabil gehalten.
- Anstatt auf Energieunabhängigkeit zu setzen, stützt sich Deutschland auf enge partnerschaftliche Beziehungen zu Energieexporteuren wie z.B. Russland.

II.2 Französische Energiepolitik - Beobachtungen und

Klassifikation der Identitätselemente

II.2.1 Industrielle Strukturen

Kein anderes Land setzt so konsequent auf Kernenergie wie Frankreich. Kennzeichnend dafür ist der französische und mit 53 Anlagen weltweit größte Park an Atomkraftwerken, der ca. 74,1 % der französischen Stromproduktion ausmacht.⁷⁶ Im Vergleich dazu beträgt der deutsche Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie nur 23 %.

Die Kernkraft wird in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland auch kaum in Frage gestellt, und es gibt nur geringen gesellschaftlichen Widerstand. Weder externe Faktoren wie der Reaktorunfall 1986 im ukrainischen Tschernobyl noch die japanische Atomkatastrophe in Fukushima aus dem letzten Jahr haben in Frankreich das Vertrauen in die Kernenergie

⁷⁵ Zit. Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, S.72.

⁷⁶ Vgl. Schild, Joachim (2007): Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, In: Integration 3/2007, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.246 .

spürbar erschüttert. Atomkraft gilt links des Rheins als sichere, umweltfreundliche und kostengünstige Energiequelle.⁷⁷ Dies ergibt sich aus politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Nachkriegsjahre. Auch die typischen gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge erklären den hohen Grad der Akzeptanz von Kernenergie in Frankreich, was aus deutscher Perspektive beinahe „unkritisch“ erscheint.

In der Phase zwischen 1950 und 1970 ging es in der französischen Energiepolitik vor allem um Wiederaufbau und Grundsicherung. Ende der 1940er und in den 1950er Jahren betrachtete man in Frankreich die Atomenergie vorrangig unter militärischen Aspekten. Das Land verfügt als eines der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Atombombe. Im politischen Selbstverständnis Frankreichs ist dieser Zusammenhang von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil mit dem Aufbau einer eigenen nuklearen Streitmacht der ehemaligen Großmacht Frankreich auch in Zukunft eine entscheidende Rolle auf der internationalen Bühne zukommen würde. Aus diesem Grund wurde die Nuklearindustrie in den Nachkriegsjahren in Frankreich stark gefördert. Die sich daraus ergebende militärische Unabhängigkeit erweiterte sich zunehmend auch zur Unabhängigkeit im Bereich der Energie. Ende der 1950er Jahre ergibt sich in Frankreich folgendes Bild: Die Atomindustrie wird vom Staatsmonopolisten EDF („Electricité de France“) beherrscht und EDF ist gleichzeitig Großkunde der Framatome („Franco-Américaine des Constructions Atomiques“), die die Reaktoren baut. Überwacht und koordiniert wird der Sektor von der staatlichen Behörde CEA („Commissariat à l'énergie atomique“).⁷⁸

In einer zweiten Phase der Energiepolitik (1970 bis 1986) wächst die Wirtschaft stark. Der Anteil von Erdöl in der französischen Energiebilanz beträgt trotz des verstärkten Ausbaus der Kernenergie 1973 noch 67,5 %. Der erste Erdölchock machte die Verletzlichkeit der von Energieimporten abhängigen französischen Volkswirtschaft deutlich. Die Franzosen reagieren darauf mit dem heute geflügelten Wort: „Wir haben zwar kein Öl, aber dafür haben wir Ideen.“⁷⁹ Die EDF stellte infolgedessen ihre Energieerzeugung beinahe komplett auf Kernkraft um.

Der Ausbau der Kernenergie galt in Frankreich als einzige Lösung für energiepolitische Unabhängigkeit und wurde daher seit den Ölkrisen der 1970er Jahre verstärkt betrieben. Kennzeichnend dafür steht der „Messmer-Plan“, benannt nach dem damaligen

⁷⁷ Vgl. Schlierer, Hans-Jörg (2007): Atomkraft - Ja, bitte! Der unbeschwerte Umgang Frankreichs mit der Kernenergie, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.72.

⁷⁸ Seit März 2010 „Commissariat à l'énergie atomique et aux énergies alternatives“.

⁷⁹ Unbekannt (2008): Quelle Europe de l'énergie ?, In: La Tribune, 18.06.2008, S.31.

Premierminister Pierre Messmer, in dessen Erfüllung jährlich sechs Reaktoren à 900 Megawatt gebaut wurden. Damit ließ sich der Grad der Energieunabhängigkeit Frankreichs von Erdöl- und Erdgasimporten beachtlich steigern. Überkapazitäten an Strom exportierte Frankreich nach Europa.⁸⁰ Wegen dieser Überkapazitäten hatte Frankreich auch ein starkes Interesse daran, seinen im Inland nicht benötigten Strom zu verkaufen. In diesem Zusammenhang versteht sich auch Frankreichs Initiative einer ersten EG-Richtlinie von 1990 zur Übertragung von Elektrizität über nationale Grenzen hinweg. Unerwähnt darf dabei aber nicht bleiben, dass die französische Energieunabhängigkeit nur eine scheinbare Unabhängigkeit ist. Denn auch das zum Betreiben der Atomkraftwerke benötigte Uran ist ein endlicher Rohstoff, der zudem zu großen Teilen importiert werden muss. Frankreich schloss 2001 die letzte Uran-Mine auf eigenem Territorium und importiert seitdem Uran aus Ländern wie Kanada, dem Niger, Namibia, Südafrika oder Kasachstan.⁸¹ Damit ist Frankreich völlig abhängig von ausländischen Lieferanten.

II.2.2 Der staatliche Einfluss und Kooperationszusammenhänge

Die staatliche Politik hat in Frankreich einen viel größeren Einfluss auf den Energiesektor als in Deutschland, weil der Staat hier selbst als Unternehmer tätig wird und die Regeln setzt. Die Energieversorgung wird (genauso wie das Postwesen, die Eisenbahn und die Wasserversorgung) als eine „dem staatlichen Verwaltungsmonopol unterworfenen Daseinsvorsorge angesehen.“⁸² Die etatistische Wirtschaftslenkung zeigt sich z.B. bei der Verstaatlichung von Elektrizität, Gas und Kohle. In diesem Sinne wurden 1946 die 800 privaten Unternehmen im Elektrizitäts- und die 600 privaten Unternehmen im Gasbereich nationalisiert. Es entstanden Anstalten öffentlichen Rechts wie EDF („Electricité de France“), GDF („Gaz de France“) und CDF („Charbon de France“) als „öffentliche Industrie- und Wirtschaftseinrichtungen“. Der in den 1990er Jahren beginnende europäische Deregulierungsprozess führte bei einigen französischen öffentlichen Unternehmen zu einer teilweisen Privatisierung. Der Anteil des Staates an den großen Energieunternehmen, wie etwa der EDF, ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern aber weiterhin hoch. Trotz Deregulierung gehören dem französischen Staat seit 2005 noch 85 % von EDF, dem nach

⁸⁰ Vgl. Percebois, Jacques (2008): Französische Energiepolitik von der Unabhängigkeit zur Interdependenz, DGAP Analyse Frankreich, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, S.6.

⁸¹ Criad (2007): Les conditions d'exploitation de l'uranium par les filiales d'AREVA... et les normes ISO, Quelle: <http://www.mondialisation.ca/index.php?context=va&aid=5476>.

⁸² Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 45.

E.ON zweitgrößten Energieversorger in Europa. An GDF-Suez, dem weltweit drittgrößten Energieversorger, ist der französische Staat mit 35 % beteiligt. Die französische Regierung will durch die hohe Beteiligung an den genannten Unternehmen sicherstellen, dass die Aufgaben der öffentlichen Versorgung zuverlässig erfüllt werden und Frankreich in der Wahl der Energieträger unabhängig bleibt. Die Kehrseite des so verstandenen Versorgungsauftrages ist, dass Konzerne wie EDF und GDF-Suez eine den Deregulierungsbestrebungen der Kommission entgegenstehende Monopolstellung inne haben.⁸³

Die Fusion von GDF und Suez hat das Gewicht des Unternehmens GDF-Suez in der Europäischen Union vergrößert. Das angesprochene Schutzverhältnis bzw. die Idee, einzelne Unternehmen staatlich besonders zu fördern, auch bezeichnet als „Politik der nationalen Champions“, soll der Wirtschaft nutzen und dazu führen, dass nationale Unternehmen wie GDF-Suez weltweit an Marktmacht gewinnen. Ein weiteres Beispiel für diese Politik ist der französische Industrie-Konzern AREVA, der Energieerzeugungsanlagen herstellt und Weltmarktführer in der Nukleartechnik ist. Der französische Staat ist an AREVA mit über 90 % beteiligt. 2009 hat AREVA seine Stromtransportsparte T&D (Transmission & Distribution) an ausschließlich französische Käufer abgegeben. Dieser Verkauf wird von ausländischen Interessenten kritisch als Protektionismus bewertet. Französische Analysten sehen derartige Transaktionen allerdings positiv: "Der Staat zieht es vor, eher den Vorwurf des wirtschaftlichen Patriotismus hinzunehmen als den, französische Interessen zu verramschen."⁸⁴

Die französische Firma Total ist das viertgrößte Mineralölunternehmen der Welt. Frankreichs Öllieferanten sind Saudi-Arabien, Russland, Kasachstan und der Iran. Beim Erdgas ist das französische Portfolio an Lieferanten eines der diversifiziertesten ganz Europas.⁸⁵ Frankreich setzt auf Lieferverträge mit Norwegen, seiner ehemaligen Kolonie Algerien und als eines der wenigen Länder der EU auch auf verflüssigtes Gas aus Katar.⁸⁶

Die geografische Diversifizierung der Öl- und Gasimporte unterstreicht den französischen Willen, sich nicht zu stark von einzelnen Energielieferanten abhängig zu machen und ist eine noch immer gültige Priorität französischer Energiepolitik. Generell lässt sich feststellen, dass

⁸³ Grewe, Hartmut (2007): Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.78.

⁸⁴ Quelle: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/noch-mehr-nationale-champions-in-frankreich/3319438.html?p3319438=all>.

⁸⁵ 15,9 % kommen aus Russland, 28,8 % aus Norwegen, 18,9 % aus den Niederlanden, 16 % aus Algerien, 5 % aus Ägypten, 9,3 % aus Nigeria und 5,7% aus kurzzeitigen Verträgen.

⁸⁶ Vgl. Debatte mit Yves Cochet und Friedemann Müller, ARTE Themenabend Gas Monopoly, 10.01.2012 20.15 UHR, ARTE.

die französischen Energieunternehmen in allen Bereichen, ob im Gas-, Strom-, Kernenergie- oder Erdölsektor, Konzerne internationaler Größenordnung sind.

II.2.3 Die Rolle der Eliten

Im Zuge der Entwicklung der französischen Nuklearindustrie „explodierte“ die „Franco-Américaine des Constructions Atomiques“ (Framatome), die sich bekanntlich mit dem Bau von Reaktoren beschäftigt, förmlich: arbeiteten 1969 nur 25 Ingenieure für das Unternehmen, so waren es 1973 bereits 400 und 1982 5000 Ingenieure.⁸⁷ Die Framatome entwickelte sich zu einem Hort technologiebegeisterter Ingenieure und rekrutierte sich aus den Elitehochschulen Frankreichs. Diese für Frankreich typische Kultur der Elite-Institutionen führt auch heute noch zu einer starken Verflechtung von Politik und Wirtschaft. Nicht nur in den Energieunternehmen, sondern auch in den Ministerien und Behörden finden sich daher Ingenieure aus renommierten Hochschulen. Der Einfluss des Staates auf die Energiepolitik ist in Frankreich auch deshalb sehr groß. Auch in der Forschungsliteratur herrscht die Meinung, dass politische Akteure in Frankreich in Bezug auf den Liberalisierungsprozess des Energiesektors eine dirigistische Industriepolitik verfolgen und dabei staatliche Unternehmen und den eigenen Markt protegieren.⁸⁸ Die dem europäischen Projekt entgegenstehende „neomerkantilistische Strategie“ der nationalen Branchengewinner wie EDF und GDF-Suez, wird vor allem durch die engen personellen Verknüpfungen zwischen technokratischer Wirtschaftselite und gewählten Politikern gefördert.⁸⁹ Hans-Jörg Schlierer, der an der Ecole de Management Lyon Business Systems („Wirtschaftssystemvergleich“) und Interkulturelles Management unterrichtet, schließt daher: „Das Festhalten an der Nuklearpolitik erklärt sich aus der Konzentration der Eliten. [...] private Unternehmen brauchen keine Atomlobby [...] Befürworter der Atomenergie brauchen keinen Druck auszuüben - sie sitzen selber an den Schalthebeln der Macht.“

⁸⁷ Vgl. Schlierer, Hans-Jörg (2007): Atomkraft - Ja, bitte! Der unbeschwerte Umgang Frankreichs mit der Kernenergie, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.74.

⁸⁸ Vgl. Bauby, Pierre & Varone Frédéric (2007): Europeanization of the French electricity policy: four paradoxes, Journal of European Public Policy, 14:7, S. 1049.

⁸⁹ Vgl. Bauby, Pierre & Varone Frédéric (2007): Europeanization of the French electricity policy: four paradoxes, Journal of European Public Policy, 14:7, S. 1049.

II.2.4 Das Thema der Energiepolitik während der französischen EU-Ratspräsidentschaft⁹⁰

Die französische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 begann in einem für die europäische Energie- und Klimapolitik wichtigen Moment, als es darum ging ein gemeinschaftliches Vorgehen in den Energie- und Klimafragen zu erreichen. Die hohe Relevanz von Energie- und Klimaschutzfragen war von Seiten der EU durch das Initiieren des Energie- bzw. Klimapakets der Kommission deutlich unterstrichen worden. Frankreich nahm für sich in Anspruch, vor allem in Bezug auf den Klimaschutz innerhalb der EU eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dieser Anspruch erwuchs vor allem aus der Tatsache, dass Frankreich dank seiner zu fast 80% aus Kernenergie gespeisten Stromproduktion die CO₂-Reduzierungsziele des Kyoto-Protokolls leicht erfüllen konnte.⁹¹ Aus der eigenen Führungsrolle leitete sich ein weiterer Anspruch ab, nämlich dass auch die EU im Klimaschutz im globalen Kontext eine Führungsrolle einnehmen müsse und, dass dabei die Atomenergie eine tragende Rolle spielen solle.⁹²

Das Streben der französischen Ratspräsidentschaft, die EU mit einer gemeinsamen Strategie zu einer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit zu führen⁹³, stieß allerdings an ihre Grenzen, sobald elementare französische Interessen berührt wurden. In diesem Zusammenhang ist nochmals Nicolas Sarkozys Eintreten für eine Fusion der beiden französischen Energieversorger GDF und Suez zu nennen, was den Absichten der Kommission, den Energiemarkt der EU weiter zu liberalisieren, vollkommen entgegensteht.

II.2.5 Kulturelle Erklärungsfaktoren

Da Frankreich stark von der Aufklärung geprägt ist, hat der Rationalismus einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Das spiegelt sich beispielsweise in der französischen Begeisterung für Technik wider. Man denke an die Romane von Jules Verne oder französische Ingenieurleistungen wie die Concorde oder den TGV. Auch im Bildungssystem lässt sich die Bedeutung des Rationalismus ablesen. So werden Mathematik und Naturwissenschaften

⁹⁰ Der folgende Teil bezieht sich v.a. auf die Arbeit „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – Zwischen europäischen und französischen Interessen“ von Pablo Wittenbrink, Bachelorarbeit im Bachelor-Studiengang Europäische Studien der Universität Osnabrück, vorgelegt am: 24.07.2009.

⁹¹ Vgl. Schild, Joachim (2007): Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, In: Integration 3/2007, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.246 .

⁹² Vgl. Stark, Hans (2008): Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung, In: Integration, Juli 2008; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.239.

⁹³ Vgl. Maillard, Sébastien (2007): Ein strategisches Gut - Die Energieversorgung ist die große Herausforderung für Europa, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.84.

besondere Bedeutung beigemessen. Mit einem Verweis auf die Rolle der Eliten in Frankreich, bilden die Naturwissenschaften auch „die wichtigsten Selektionskriterien für den Zugang zu den besten Ausbildungsinstituten.“⁹⁴ Konsequenz davon ist der französische Glaube an die Beherrschbarkeit von Technik und Natur. Aus diesem Grund ist beispielsweise auch die Entsorgung und Endlagerung von Atommüll aus französischer Sicht „nur“ ein geringes Problem, das in Zukunft durch technischen Fortschritt geregelt werden könne.⁹⁵

II.2.6 Eigentumsrechtliche Entflechtung

In Umsetzung der Binnenmarkttrichtlinien 96/92/EG beziehungsweise 98/30/EG wurde 2000 das „Gesetz zur Modernisierung und Entwicklung der öffentlichen Aufgabe der Energieversorgung“ erlassen, welches es industriellen Großkunden ermöglicht, ihren Energielieferanten selbst zu wählen.⁹⁶ Das „Gesetz zur Strom- und Gaswirtschaft vom 9. August 2004“, war ein weiterer Schritt der Liberalisierung des französischen Energiesektors. EDF und GDF wurden nach diesem Gesetz und einem weiteren „Gesetz vom 7. Dezember 2006“ in Aktiengesellschaften umgewandelt, also privatisiert, wenngleich der Staat bei EDF mit 85 % noch immer Hauptanteilseigner ist. Der französische Gas- und Strommarkt wurde erst am 1. Juli 2007 geöffnet, was im Vergleich zu Deutschland relativ spät ist.⁹⁷

In Frankreich ist die heutige GDF-Suez im Bereich Erdgas Marktführerin. Derartige vertikal integrierte Unternehmen, die gleichzeitig an der Energiegewinnung und Verteilung an die Verbraucher beteiligt sind, sind der europäischen Kommission ein Dorn im Auge. Die Kommission meint nämlich günstigere Verbraucherpreise nur durch die Zerlegung integrierter Wertschöpfungsketten erreichen zu können.

Auf Seiten der Gasfernleitungsnetze gibt es seit November 2004 zwei rechtlich entflochtene Betreibergesellschaften, nämlich „Grand Réseau Gaz de France“ (GRTgaz) als Teil des Konzernverbundes von GDF und „Total Infrastructures Gaz de France“ (TIGF), eine Tochtergesellschaft von Total. Überwiegend wird die Gasverteilung in Frankreich von der

⁹⁴ Zit. Schlierer, Hans-Jörg (2007): Atomkraft - Ja, bitte! Der unbeschwerte Umgang Frankreichs mit der Kernenergie, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.76.

⁹⁵ Vgl. Schlierer, Hans-Jörg (2007): Atomkraft - Ja, bitte! Der unbeschwerte Umgang Frankreichs mit der Kernenergie, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.76.

⁹⁶ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 46.

⁹⁷ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 47.

„Gaz de France Réseau Distribution“ (GrDF) betrieben. Daneben gibt es in geringem Umfang auch kommunale Verteilnetze, wie etwa in Straßburg oder Bordeaux.⁹⁸

Im Stromsektor in Frankreich zeigt sich ein vergleichbares Bild. Das Hochspannungsnetz wird allein durch die rechtlich entflochtene „RTE EDF Transport“ betrieben. Im Bereich der Stromverteilernetze agieren neben dem ganz überwiegenden Marktbeherrscher „Electricité Réseau Distribution France“ (ERDF) viele kommunale Verteilerunternehmen, die jedoch zusammen nur etwa 5% Prozent des Marktes ausmachen.⁹⁹

II.2.7 Klassifikation französischer Identitätselemente und Argumentationsmuster

Die folgende stichpunktartige Auflistung gibt einen Überblick über die wichtigsten Identitätselemente französischer Energiepolitik:

- Unabhängigkeit im Bereich der Energie hat oberste Priorität.
- Energieunabhängigkeit kann durch Atomkraft erreicht werden. Diese gilt als sichere, umweltfreundliche und kostengünstige Energiequelle, was sich aus dem französischen Glauben an die Beherrschbarkeit von Natur und Technik erklärt.
- Energieversorgung wird als öffentliche Aufgabe angesehen. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich eine etatistische Wirtschaftslenkung.
- Die starke Verflechtung von Politik und Wirtschaft ergibt sich aus der Konzentration der Eliten in französischen Führungspositionen.
- Frankreich nimmt eine Vorreiterrolle bei der „Politik der nationalen Champions“ ein.
- Als ehemalige Großmacht möchte Frankreich auch weiterhin international Vorreiterrolle spielen.

⁹⁸ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 47.

⁹⁹ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 48.

II.3 Vergleichende Analyse deutscher und französischer Identitätselemente und Argumentationsmuster

II.3.1 Kulturelle und politische Erklärungsfaktoren

Hindernis für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist u.a. die unterschiedliche Haltung gegenüber der Atomkraft, die hier am Beispiel Deutschlands und Frankreichs verdeutlicht wurde. Die unterschiedlichen Einstellungen der deutschen und französischen Regierungen zur Kernenergie sind geistesgeschichtlich tief verwurzelt und erklären sich z.B. aus dem Verhältnis zur Natur. Im französischen Verständnis wird die Natur vor allem als „Bedrohung“ erfasst. Verkürzt lässt sich schließen, dass die Natur diesem Verständnis folgend durch den Menschen „gezähmt“, „beherrscht“ und ihr der „kartesische Geist auferlegt“ werden muss. In der deutschen Geistesgeschichte wird die Natur stärker idealisiert, man denke an die Naturpoesie der Romantik -“die Natur wird als etwas Göttliches, Erhabenes, über dem Menschen Stehendes wahrgenommen“.¹⁰⁰ Aus diesen unterschiedlichen Zusammenhängen ergeben sich einerseits die pragmatische französische Einstellung und andererseits die vorsichtige deutsche Einstellung zur Atomkraft.

Darüberhinaus halten in Frankreich die politischen Parteien beinahe geschlossen an der Kernenergie fest. Einzige Ausnahme bilden die Grünen. In Deutschland hingegen sind die Parteien, was Kernenergie angeht, uneinig. Es wurde festgestellt, dass die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der französischen Energiepolitik zu keinem grundlegenden Umdenken geführt hat, wie etwa in Deutschland und ganz besonders in Italien. Im Lichte des Identitätselements der „energiepolitischen Unabhängigkeit“ ist der starke französische Fokus auf Atomkraft kennzeichnend. Der Wert der Unabhängigkeit und damit auch der „energiepolitischen Unabhängigkeit“ ergibt sich in Frankreich aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Geschichte hingegen erfuhr im 20. Jahrhundert mehrere Brüche, was dazu führt, dass hier andere Prioritäten gesetzt wurden.¹⁰¹

¹⁰⁰ Lutz, Felix (2011): Eine französische Energiewende? Nach dem deutschen Atomausstieg, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 03/11.

¹⁰¹ Vgl. Linkohr, Rolf (2007): EnBW und EDF - Strategische Zusammenarbeit mit Hindernissen, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/07, S. 70.

II.3.2 Unterschiedliche Ressourcenaufteilung und Strukturgegensätze

Wem die hier nur angedeuteten kulturellen und politischen Erklärungsfaktoren für die Unterschiede in der deutschen und französischen Energiepolitik zu kurz greifen, findet weitere Erklärungen in der unterschiedlichen Ressourcenaufteilung und den Strukturgegensätzen in den beiden Ländern. Zum Beispiel bestehen in Bezug auf die eigentumsrechtliche Entflechtung in Deutschland und Frankreich große Unterschiede. Die Übertragungsnetze gehören in Deutschland den privaten Energieversorgungsunternehmen wie E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall. In Frankreich hingegen gehört das Verbundunternehmen RTE, das die Netze verwaltet, der mehrheitlich staatlichen EDF. Der starke Einfluss des französischen Staats wird auch dadurch deutlich, dass die Vorstandsvorsitzenden der RTE und der EDF vom französischen Wirtschaftsminister ernannt werden. Links des Rheins wurde also eine staatliche Lösung gefunden, während Rechts des Rheins ein privatwirtschaftlicher Ansatz entwickelt wurde.¹⁰² Gemeinsam haben beide Länder, dass politische Eliten einen starken Einfluss auf die Energiebranche haben. Dabei ist der staatliche Einfluss in Frankreich ungleich stärker als in Deutschland, was mit der zentralstaatlichen Politik Frankreichs einerseits und den föderalen Strukturen in Deutschland andererseits korrespondiert.¹⁰³ Gemeinsam haben Deutschland und Frankreich, dass sie beide nur über wenige heimische Ressourcen an fossilen Brennstoffen verfügen. Im Lichte des Identitätselements der „energiepolitischen Unabhängigkeit“ ist die wirtschaftsprotektionistische Haltung Frankreichs kennzeichnend. Mit der Fusion von Gaz de France und Suez hat Frankreich das Übernahmeangebot des italienischen Energieerzeugers Enel durchkreuzt und damit auf eine Politik nationaler französischer Champions anstatt auf eine europäische Lösung gesetzt. Gerechtfertigt wird das damit, dass die nationalen französischen Champions ein Gegengewicht zum russischen Energieriesen Gazprom schaffen sollen.

II.3.3 Zwischenfazit

Die Vorstellung eines ökologischen Deutschlands als Vorreiter der erneuerbaren Energien im Gegensatz zu einem wenig umweltbewussten Frankreich lässt sich angesichts der komplexen Beziehungen zwischen Energie, Umwelt und Wirtschaft allerdings nur schwer

¹⁰² Vgl. Linkohr, Rolf (2007): EnBW und EDF - Strategische Zusammenarbeit mit Hindernissen, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/07, S. 67 ff.

¹⁰³ Vgl. Steinvorth, Daniel (2005): Deutsch-französische Energiepolitik im europäischen Kontext. In: Frankreich - Info Nr. 3, Friedrich-Ebert-Stiftung. S.4.

aufrechterhalten.¹⁰⁴ Denn die Kernenergie wird in Frankreich als saubere Technologie verstanden, dank derer Frankreich stets die aus Klimaschutzgründen festgelegten CO₂-Emissionen unterbieten kann.

Krisen der Versorgungssicherheit haben in den letzten Jahren die Rufe nach einer gemeinsamen Europäischen Energiepolitik lauter werden lassen. Der Vergleich deutscher und französischer Energiepolitiken hat deutlich gemacht, dass die stark divergierenden „energiepolitischen Identitäten“ der Mitgliedstaaten nicht in die gleiche Richtung zielen. Die noch zu geringen Schnittmengen bei den energiepolitischen Identitäten, hier am Beispiel Deutschlands und Frankreichs demonstriert, stellen ein großes Hindernis bei der Realisierung des Energiebinnenmarktes und einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik dar.

Die vollständige Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte stößt sowohl in Deutschland als auch in Frankreich auf heftigen Widerstand, weil die Liberalisierung „zu einer Relativierung der nationalen Souveränität in energiepolitischen Fragestellungen führen würde.“¹⁰⁵ Bei einem europäischen Energiebinnenmarkt mit diskriminierungsfreiem Zugang, könnten die einzelnen Mitgliedstaaten zwar beeinflussen, wie sich die Energieproduktion in ihrem Land gestaltet, hätten allerdings weniger Einfluss darauf, auf welche Energieträger sich der heimische Verbrauch stützt. Bestehende nationale Wettbewerbsvorteile würden dadurch verringert und politische Entscheidungen wie der deutsche Atomausstieg konterkariert, weil der Zukauf von Atomstrom aus anderen Ländern gefördert würde.

Teil III Gegenstand und Diskursanalyse

III.1 Hintergrund

Energiepolitik ist heute für die EU und ihre Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung. Dies war auf europäischer Ebene allerdings nicht immer so. Das Thema unterliegt seit den 1950er Jahren bzw. der Frühphase der europäischen Integration „starken Wellen der Aufmerksamkeit“.¹⁰⁶ Energiepolitische Themen und die Marktintegration in diesem Bereich standen bereits am Anfang des europäischen Integrationsprozesses auf der Agenda wie z.B.

¹⁰⁴ Vgl. Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/07, S. 55.

¹⁰⁵ Zit. Bogensperger, Johann Alexander (2007): Die Zukunftsperspektiven einer gemeinschaftlichen Europäischen Energiepolitik - Warum besitzt die gemeinsame Europäische Energiestrategie aktuell nur eine geringe Realisierungschance?, GRIN - Verlag für akademische Texte, München, S. 20.

¹⁰⁶ Kurze, Kristina 2009: Europas fragile Energiesicherheit: Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Berlin, LIT Verlag Dr. W. Hopf. S.14.

bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 oder der Europäischen Atomgemeinschaft 1957.

Danach verlor die Energiepolitik auf der europäischen Handlungsebene an Priorität.¹⁰⁷ Erst in den 1990er Jahren -im Rahmen der Entwicklung des Binnenmarkts- leitete die Europäische Kommission die Öffnung der Energiemärkte für Strom und Gas in die Wege. Die Kommission erließ verschiedene Richtlinien zur Liberalisierung des Energiemarkts. Anstatt des von der Kommission erwarteten zunehmenden internationalen Wettbewerbs der europäischen Energieanbieter und sinkender Energiepreise stellte sich allerdings ein gegenteiliger Effekt ein: Unternehmen fusionierten und die Preise für Strom und Gas stiegen.¹⁰⁸ Die Liberalisierung nationaler Energiemärkte innerhalb der Union konnte weder durch ein erstes Legislativpaket 1996 bzw. 1998 noch durch ein zweites Legislativpaket, das 2003 in Kraft trat, umgesetzt werden.¹⁰⁹ Die Entwicklungen zum dritten Energiebinnenmarktpaket werden im nächsten Abschnitt vorgestellt, um den diskursiven Kontext und die relevanten diskursiven Ereignisse für die darauf folgende Analyse zu verdeutlichen.

III.2 Verhandlungen zum dritten Energiebinnenmarktpaket: Zankapfel

„eigentumsrechtliche Entflechtung“

Das dritte und bisher umfangreichste Energiebinnenmarktpaket wurde am 17. September 2007 von der Europäischen Kommission vorgelegt. Mit ihm soll die Vollendung des Binnenmarkts in den Bereichen Strom und Gas erreicht werden. Es besteht aus zwei Richtlinien zu gemeinsamen Vorschriften auf den Erdgas- und Elektrizitätsmärkten, zwei Verordnungen zum grenzüberschreitenden Handel mit Strom und Gas und einer Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der nationalen Regulierungsbehörden.¹¹⁰ Im Vorfeld des 3. Legislativpakets stellte die Europäische Kommission im Rahmen wettbewerbsrechtlicher Untersuchungen in den Mitgliedstaaten fest, dass Übertragungs- und Verteilnetzbetreiber nur unzureichend entflochten sind, eine Diskriminierung beim

¹⁰⁷ Vgl. Grewe, Hartmut (2007): Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.77.

¹⁰⁸ Grewe, Hartmut (2007): Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.77.

¹⁰⁹ IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_analyse.php.

¹¹⁰ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_analyse.php.

Netzzugang für Dritte vorherrscht, und der Ausbau grenzüberschreitender Übertragungskapazitäten nur unzureichend vollzogen ist.¹¹¹

Es zeigte sich im Laufe der Verhandlungen, dass der strittigste Punkt des 3. Legislativpakets die „**eigentumsrechtliche Entflechtung**“ ist. „Eigentumsrechtliche Entflechtung“ bzw. das oft synonym verwendete „**Ownership Unbundling**“ sind als Begriffe nicht einheitlich definiert und in den verschiedenen Mitgliedstaaten oft unterschiedlich umgesetzt.¹¹² Da es sich bei den Märkten für leitungsgebundene Energieträger um **natürliche Monopole** handelt,¹¹³ haben Energieversorgungsunternehmen ein Interesse daran, ihre Marktmacht auszunutzen. Die Mehrzahl der europäischen Energieversorgungsunternehmen sind vertikal integrierte Unternehmen. Das bedeutet, dass ein und demselben Unternehmen die Energienetze gehören, und es gleichzeitig an der Energiegewinnung und Verteilung beteiligt ist. In dieser Konstellation haben Energieversorgungsunternehmen ein Interesse daran, anderen Marktteilnehmern den Zugang zu ihren Netzen zu erschweren. Die „eigentumsrechtliche Entflechtung“ solcher Unternehmen soll diesen Zugangsbehinderungen entgegenwirken. Norbert Wechtel beschreibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Umsetzung des Ownership Unbundling in einem vertikal integrierten Unternehmen erfolgen kann:

- „die bloße Heraustrennung des Eigentums am Netz aus dem integrierten Unternehmen;
- die Ausgliederung des Netzbetriebs unter Verbleib des Netzeigentums im integrierten Unternehmen;
- sowie eine Kombination daraus.“¹¹⁴

Die Europäische Kommission sieht u.a. in der bisher unzureichenden Trennung des Netzbereiches von Erzeugung und Versorgung den Grund für die schleppende Entwicklung eines gut funktionierenden Binnenmarkts.¹¹⁵ Die Kommission hat sich deshalb in ihrem Richtlinienvorschlag von Anfang an für das Ownership Unbundling ausgesprochen. Gleichzeitig hat sie den Mitgliedstaaten mit der Schaffung eines „**Independent System**

¹¹¹ Vgl. Ruhbaum, Charlotte (2011): Eine Netz AG für Deutschland? Die Debatte um die Neuordnung der Stromübertragungsnetze, Freie Universität Berlin, S. 14.

¹¹² Vgl. Wechtel, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 14.

¹¹³ Vgl. Wechtel, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 12.

¹¹⁴ Zit. Wechtel, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 7.

¹¹⁵ Vgl. Erwägungsgrund 7 und 9 der RL 2009/72/EG bzw. Erwägungsgrund 5 der RL 2009/73/EG und Erwägungsgrund 6 der RL/2009/73/EG.

Operator“ (kurz „ISO“) eine Alternative angeboten.¹¹⁶ Diese „zweitbeste Lösung“¹¹⁷ macht es den vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen möglich, Eigentümer der Netze zu bleiben. Voraussetzung ist, dass das Netz von einem unabhängigen Netzbetreiber -also dem Independent System Operator- verwaltet wird, und dieser völlig vom Unternehmen getrennt und unabhängig ist. Das Institut für Europäische Politik schätzt ein, dass die Lösung des ISO allerdings keine echte Alternative ist, weil die Vorgaben der Kommission so streng seien, dass kaum ein Mitgliedstaat diesen alternativen Vorschlag umsetzen werde: „Die Alternative erscheint somit nur als solche, ist in Wirklichkeit aber eine unmissverständliche Aufforderung zur eigentumsrechtlichen Entflechtung“.¹¹⁸

Die beiden von der Kommission vorgeschlagenen Optionen werden von einer Gruppe von acht Mitgliedstaaten¹¹⁹ -insbesondere Frankreich und Deutschland- abgelehnt, weil sie darin eine Verletzung der Eigentumsrechte sehen und an der Effizienz des Ownership Unbundlings zweifeln.¹²⁰ Am 29. Januar 2008 unterbreiteten die Energieminister dieser acht Mitgliedstaaten der Kommission und dem Europäischen Parlament einen dritten alternativen Lösungsweg: den des **„Independent Transmission Operator’s“** (kurz ITO).¹²¹ Das Modell des ITO ist in seiner Wirkung schwächer als das des ISO.¹²² ITO sieht eine klare rechtliche Trennung von vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber vor, ohne jedoch „den eigentumsrechtlichen Zustand des Unternehmens zu verändern.“¹²³ Im Unterschied zum Ownership Unbundling wird die eigentumsrechtliche Beziehung zwischen dem Energieversorgungsunternehmen, dem Netz und dem Netzbetreiber nicht gelöst. Im Gegensatz zum Modell des ISO verbleibt der ITO innerhalb des Konzernverbundes. Es kommt unter Anwendung des ITO-Modells daher nicht zur eigentumsrechtlichen

¹¹⁶ Vgl. Ruhbaum, Charlotte (2011): Eine Netz AG für Deutschland? Die Debatte um die Neuordnung der Stromübertragungsnetze, Freie Universität Berlin, S. 14.

¹¹⁷ Zit. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 146.

¹¹⁸ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_analyse.php.

¹¹⁹ Frankreich, Deutschland, Österreich, Bulgarien, Griechenland, Luxemburg, Lettland und die Slowakei.

¹²⁰ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_entwicklung1.php.

¹²¹ Vgl. Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 146.

¹²² Vgl. Ruhbaum, Charlotte (2011): Eine Netz AG für Deutschland? Die Debatte um die Neuordnung der Stromübertragungsnetze, Freie Universität Berlin, S. 15.

¹²³ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_entwicklung1.php.

Zerschlagung des Energieversorgungsunternehmens.¹²⁴ Ein etwaiges Abhängigkeitsverhältnis soll durch einen Aufsichtsrat verhindert werden. Investitionen in Netze sollen durch Zehnjahrespläne national festgelegt werden. Nationale Regulierungsbehörden, wie in Deutschland das Bundeskartellamt, werden gestärkt, um Diskriminierung auf dem Energiemarkt vorzubeugen.¹²⁵ Der unter Federführung Deutschlands und Frankreichs entstandene „Dritte Weg“ wurde in die Debatten im Europäischen Parlament und im Rat miteinbezogen und am 12. Januar 2009 durch die Europäische Kommission als „akzeptable Möglichkeit“ zur Durchsetzung des Legislativpakets anerkannt.¹²⁶

Nach schleppenden Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission kam es dann am 22. April 2009 zu einer Einigung über die Richtlinien für den Energiebinnenmarkt: Danach ist das vom Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission bevorzugte Ownership Unbundling nur eine von mehreren Möglichkeiten bei der Gestaltung der nationalen Energiemärkte. Die Möglichkeit des ISO, bei der der Netzbetrieb einem unabhängigen Treuhänder überlassen wird, bleibt bestehen. Auch das ITO-Modell fließt in das Binnenmarktpaket mit ein.

III.3 Deutscher Diskurs zur eigentumsrechtlichen Entflechtung

Wie im vorherigen Abschnitt sichtbar geworden ist, handelt es sich beim Thema der eigentumsrechtlichen Entflechtung unverkennbar um eine Kontroverse. Es haben sich in Deutschland zwei **Diskurskoalitionen** herausgebildet. Die Koalition, die der eigentumsrechtlichen Entflechtung positiv bis neutral gegenübersteht, setzt auf eine stärkere Regulierung zur Schaffung von mehr Wettbewerb. In dieser Analyse wird sie durch die Publikationen „Die Tageszeitung“, „Der Tagesspiegel“, „Die Zeit“, „Financial Times Deutschland“ und „Süddeutsche Zeitung“ vertreten. Diese Koalition schlägt für den Betrieb und Ausbau der Netze eine staatliche Lösung vor, durch die das gesellschaftliche Interesse sichergestellt werde. Festzustellen ist, dass diese Koalition mit insgesamt 23 von insgesamt 68 Artikeln den Diskurs und damit die öffentliche Meinungsbildung weniger beeinflusst hat, als die Gegen-Koalition.

¹²⁴ Vgl. Wechtel, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 155.

¹²⁵ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_entwicklung1.php.

¹²⁶ Vgl. IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_entwicklung1.php.

Die Gegen-Koalition, hier durch liberale und konservative Publikationen wie „Handelsblatt“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Welt“ repräsentiert, spricht sich anfangs klar gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung aus. Mit einer deutlich höheren Anzahl von 45 Artikeln zum Thema hat die Gegen-Koalition den Diskurs stärker geprägt. Teil dieser Gegen-Koalition ist die Gruppe der Energieversorgungsunternehmen, E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW. Am Anfang wurde die Diskussion von den Gegnern der eigentumsrechtlichen Entflechtung klar bestimmt. Im Laufe der Verhandlungen kam es allerdings auf deren Seite zu einer überraschenden Wendung. Mit dem Beschluss ihre Netze zu verkaufen, rückten die Energieversorgungsunternehmen im Laufe des Untersuchungszeitraums von einer starren Position gegen das Ownership Unbundling ab.

III.3.1 Positive bis neutrale Koalition für mehr Regulierung

„Der Tagesspiegel“

„Der Tagesspiegel“ steht der eigentumsrechtlichen Entflechtung neutral gegenüber und erkennt die Schwierigkeiten ihrer Umsetzung. In seiner Berichterstattung beschreibt er die Situation in unterschiedlichen Mitgliedstaaten der EU und macht deutlich, dass eigentumsrechtliche Entflechtung nicht zwangsläufig unkontrollierte Liberalisierung bedeuten muss: „Unter den 27 EU Staaten gibt es elf, in denen die Stromerzeugung von der Stromverteilung getrennt ist. In sieben dieser Fälle ist das Netz in staatlicher Hand.“¹²⁷

Alternativ zum Staat könnten auch Banken, Versicherungen oder Fonds die Netze übernehmen. Die Energieexpertin und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Claudia Kemfert, urteilt im „Tagesspiegel“, dass es sich bei den Netzen um ein „unattraktives Investment“ mit „miserablen Renditen“ handelt, weil die Renditen von der Politik reguliert und die Netzentgelte vorgeschrieben werden. Ob die Trennung von Erzeugung und Netz auch zu günstigeren Preisen führt, wird im „Tagesspiegel“ bezweifelt: „Wettbewerb ist gut, aber kein Garant für niedrige Preise.“¹²⁸ Darüberhinaus sieht „Der Tagesspiegel“ die Realisierung eines europäischen Markts für Energie weniger in der Unternehmensstruktur als im Ausbau grenzüberschreitender Netze gewährleistet. Bereits im Dezember 2007 schätzt „Der Tagesspiegel“ ein, dass sich

¹²⁷ Frese, Alfons (2007): Ohne Netz, mit doppeltem Boden; Die EU-Kommission will, dass sich die Energiekonzerne von ihren Strom- und Gasnetzen trennen. Was würde das den Verbrauchern bringen?, In: Der „Tagesspiegel“, 21.09.2007, S.2.

¹²⁸ Frese, Alfons (2007): Ohne Netz, mit doppeltem Boden; Die EU-Kommission will, dass sich die Energiekonzerne von ihren Strom- und Gasnetzen trennen. Was würde das den Verbrauchern bringen?, In: Der „Tagesspiegel“, 21.09.2007, S.2.

Ownership Unbundling nicht durchsetzen wird: „[...] wichtige Mitgliedstaaten wie Deutschland sind jedoch dagegen, so dass es zu derartigen Eingriffen in Eigentumsrechte wohl nicht kommen wird.“¹²⁹ Gerne zitierte „Der Tagesspiegel“ auch den damaligen Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), um gleichzeitig dessen Politik zu hinterfragen. Beispielhaft steht dafür die im Sommer 2007 beschlossene Kraftwerksnetzanschlussverordnung (KraftNAV), die Kraftwerksprojekte von neuen Anbietern kostenmäßig entlasten und einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen gewähren soll. Die Wirksamkeit der KraftNAV schätzt „Der Tagesspiegel“ als gering ein: „Ob Dritte dazu veranlasst werden, Kraftwerke zu bauen, ist indes zweifelhaft: Von zehn aktuellen Kraftwerksneubauten in Deutschland entfallen acht auf die vier [großen] Konzerne.“¹³⁰ In dem Artikel „Wem das Netz gehört; Besser regulieren“ vom 22. Januar 2008 macht „Der Tagesspiegel“ seine Position sehr deutlich: Für die Verbraucher sei nicht die eigentumsrechtliche Trennung, sondern die Regulierung der Netznutzungsgebühren ausschlaggebend. Hohe Netznutzungsgebühren führten zu höheren Preisen. Darüberhinaus habe die eigentumsrechtliche Trennung in den Ländern, wo sie schon bestehe, sogar zu einem Anstieg der Energiepreise geführt. Für das eigentliche Ziel eines gemeinsamen Energiebinnenmarkts sei sie auch nicht ausschlaggebend: „Auch die Grenzübertragungskapazitäten seien unabhängig von der Frage des Netzeigentums.“¹³¹

„Die Tageszeitung“

Mit dem Artikel vom Juni 2008 „EU zerschlägt die Energiekonzerne nur ein wenig“ nutzt „Die Tageszeitung“ die Gelegenheit, um über die Situation zu spotten. Den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Option des ITO-Modells im Strom- und Gasmarkt bezeichnet sie als „Entflechtung light“. Mit ironischem Unterton schließt „Die Tageszeitung“, dass der „eigenmächtig“ angekündigte Verkauf der Gas- und Stromnetze von E.ON und RWE nur natürlich sei, weil für die Energieversorger die Renditen im Netzgeschäft aufgrund der Politik der Bundesregierung zu stark gesunken seien. Kurz schildert der Artikel die drei möglichen Optionen der Trennung von Netz und Erzeugern, um zu schließen: „Der Gründung staatlicher Infrastrukturgesellschaften steht damit seitens der EU nichts entgegen.“¹³² Genau wie „Der

¹²⁹ Frese, Alfons (2007): Die Politik greift ein, In: Der „Tagesspiegel“, 29.12.2007, S.17.

¹³⁰ Frese, Alfons (2007): Die Politik greift ein, In: „Der Tagesspiegel“, 29.12.2007, S.17.

¹³¹ Frese, Alfons (2007): Wem das Netz gehört; Besser regulieren, In: Der „Tagesspiegel“, 22.01.2008, S.16.

¹³² Janzing, Bernward (2008): EU zerschlägt Energiekonzerne nur ein wenig; Unternehmen müssen die Kontrolle über ihre Netze nicht abgeben - aber Produktion und Übertragung stärker trennen, In: Die Tageszeitung, 09.06.2008, S.7.

Tagesspiegel” bevorzugt „Die Tageszeitung” eine staatliche Regulierung zur Erreichung des Energiebinnenmarkts. Noch klarer wird diese Position in dem Artikel „Stromnetze in Deutschland“ vom Dezember 2008. Dieser berichtet von einer Unterschriftenaktion, mit der an die Bundesregierung appelliert wird, die „Hochspannungsnetze komplett zu verstaatlichen.“¹³³ Laut „Die Tageszeitung“ ist diese Forderung berechtigt, denn „das Image der deutschen Stromkonzerne [sei] am Boden, ausgelöst durch ihre Preiserhöhungspolitik bei zugleich gigantischen Gewinnen sowie durch ihre permanenten Versuche, den gesetzlich festgeschriebenen Atomausstieg zu hintertreiben.“¹³⁴ „Die Tageszeitung” schätzt zu diesem Zeitpunkt ein, dass der Kauf des Stromnetzes sehr wohl eine attraktive Investition sein könne, weil garantierte Einnahmen und „krisensichere Erträge“ erzielt werden könnten.

„Die Zeit”

Im September 2007 bringt „Die Zeit” ein Interview mit Stephan Kohler dem Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur (dena). Die dena bezeichnet sich selbst als Kompetenzzentrum für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme.¹³⁵ Mehr als 50 % der laufenden Mittel der dena werden aus der Energiewirtschaft, also überwiegend von den vier großen Energieversorgungsunternehmen gezahlt.¹³⁶ Kohler schätzt das von der Kommission vorgeschlagene Ownership Unbundling als „völlig kontraproduktiv“ ein und weist gleichzeitig darauf hin, dass der Wettbewerb im Stromnetz funktioniere. Durch die Ausweitung erneuerbarer Energien müsse es zu einem Ausbau des Netzes kommen, dieser könne durch den Verkauf der Netze gefährdet werden. Auch im Bereich der Kuppelstellen „also der Grenzübergänge der Stromnetze“ sieht Kohler Handlungsbedarf. „Bislang sind die Netze viel zu stark auf nationale Bedürfnisse abgestellt.“¹³⁷ Im Februar 2008 kommentiert „Die Zeit” kurz die neuen Entwicklungen und den Stimmungswandel in der Industrie: „86% der Führungskräfte in der Branche [rechnen] damit, dass Stromnetze und Energievertrieb eigentumsrechtlich getrennt werden.“¹³⁸

¹³³ Janzing, Bernward (2008): Stromnetze in Deutschland, In: Die Tageszeitung, 12.12.2008, S. 13.

¹³⁴ Janzing, Bernward (2008): Stromnetze in Deutschland, In: Die Tageszeitung, 12.12.2008, S. 13.

¹³⁵ Siehe dazu: <http://www.dena.de/services/ueber-uns/>.

¹³⁶ Uken, Marlies (2007): Abschied vom billigen Strom, Zeit Online, 19.09.2007.

¹³⁷ Uken, Marlies (2007): Abschied vom billigen Strom, Zeit Online, 19.09.2007.

¹³⁸ Unbekannt (2008): Strombranche: Unsicher, In: Die Zeit, 21.02.2008, S.30.

„Financial Times Deutschland“

Die Bestrebungen französischer Konzerne, ihre Machtstellung im Europäischen Energiesektor auszubauen, sind ein vorherrschendes Thema der Berichterstattung der „Financial Times Deutschland“. Der damalige deutsche Energiestaatssekretär Joachim Wuermeling ist ein „privileged storyteller“, also ein Sprecher, der sich im Diskurs um die europäische Energiepolitik sehr häufig Gehör verschafft. In „Barrosos letzter Wurf“, einem Artikel vom September 2007, erklärt die „Financial Times Deutschland“ das Energiepaket zu einem riskanten Machtkampf zwischen dem Kommissionspräsidenten und den „Status-quo-Verfechtern“ Deutschland und Frankreich. In einem Artikel vom Mai 2008 bezieht die „Financial Times Deutschland“ klar Stellung gegen die Politik der Bundesregierung: „Deutschland und Frankreich versuchen, die alten Monopole zu schützen - das ist ein Fehler.“¹³⁹ In diesem Sinne kann die „Financial Times Deutschland“ auch dem deutsch-französischen Alternativvorschlag zur eigentumsrechtlichen Entflechtung nichts Gutes abgewinnen. Auch das ITO-Modell sei ihrer Meinung nach „ein Monster.“¹⁴⁰ Die „Financial Times Deutschland“ spricht sich eindeutig für das Ownership Unbundling aus und sieht in einer „klaren eigentumsrechtlichen Trennung zwischen Netzbetreibern und Versorgungsunternehmen schlicht die wirksamste und stabilste Lösung.“¹⁴¹ Die Zeitung kommt zu der Einschätzung, dass das Ownership Unbundling die grenzüberschreitende Zusammenarbeit europäischer Netzbetreiber erleichtern und somit zu einer erhöhten Versorgungssicherheit beitragen werde. Zur Vermeidung zu großer Einflussnahme einzelner Investoren sei laut „Financial Times Deutschland“ eine starke Regulierung erforderlich.¹⁴²

„Süddeutsche Zeitung“

Dass die Liberalisierung des europäischen Energiesektors kein einfaches Unterfangen ist, macht die „Süddeutsche Zeitung“ mit ihrem Artikel „Energischer Kampf“ vom September 2007 deutlich. Sie schätzt das Handeln der europäischen Kommission als drastisch ein, sichtbar an Formulierungen wie: „die EU-Kommission holt wieder die Keule hervor [...], [sie will] den Versorgern entweder einen Teil ihrer Gewinne wegnehmen, oder droht ihre Zerschlagung an.“¹⁴³ Dennoch sei die Kommission auf „dem richtigen Weg [und der] heißt

¹³⁹ Hoenighaus, Reinhard (2008): Zeit für die Kapitulation, In: Financial Times Deutschland, 21.05.2008, S.27.

¹⁴⁰ Hoenighaus, Reinhard (2008): Zeit für die Kapitulation, In: Financial Times Deutschland, 21.05.2008, S.27.

¹⁴¹ Hoenighaus, Reinhard (2008): Zeit für die Kapitulation, In: Financial Times Deutschland, 21.05.2008, S.27.

¹⁴² Hoenighaus, Reinhard (2008): Zeit für die Kapitulation, In: Financial Times Deutschland, 21.05.2008, S.27.

¹⁴³ bü (2007): Energischer Kampf, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.4.

Entflechtung“.¹⁴⁴ Die „Süddeutsche Zeitung“ erkennt den Vorwurf der Energieversorger an, dass es sich bei der eigentumsrechtlichen Entflechtung „letztendlich um eine Enteignung“¹⁴⁵ handle, „das allgemeine Wohl [sei aber] höher zu bewerten als die Interessen von Aktionären.“¹⁴⁶ In „Auf dem dritten Weg zu billigem Strom“ beschreibt auch die „Süddeutsche Zeitung“ den deutsch-französischen Alternativvorschlag. Sie gibt sich in ihrer Berichterstattung bezüglich des neuen Vorschlags zunächst neutral. Am Ende des Artikels wird allerdings deutlich, dass eine klare eigentumsrechtliche Trennung ihrer Meinung nach die bevorzugte Lösung sei: „Der Preistrend [...] zeige in Ländern, die den Stromkonzernen die Netze weggenommen hätten, deutlich nach unten.“¹⁴⁷

III.3.1.1 Zwischenfazit positive bis neutrale Koalition für starke Regulierung

Vorherrschendes Thema der erfassten Artikel ist die eigentumsrechtliche Entflechtung. Als relevantestes Unterthema wird in den Artikeln deutlich, dass nur durch eine starke Regulierungsbehörde fairer Wettbewerb entstehen könne. Darüberhinaus wird postuliert, dass ein europäischer Energiebinnenmarkt nur dann entstehen könne, wenn mehr in die grenzübertragenden Kuppelstellen investiert werde.

Häufig wird aus der Verbraucherperspektive heraus argumentiert, die insbesondere die Preisbildung im Blick hat. Exemplarisch wird in diesem Zusammenhang oft Großbritannien angeführt, wo „die Preise um 31% unter den deutschen“¹⁴⁸ liegen, die Vertriebsunternehmen von den Netzen getrennt sind und eine starke Regulierungsbehörde die Aufsicht hat. Skeptisch wird in dieser Diskurskoalition das Streben Frankreichs nach einer führenden Rolle auf dem europäischen Energiemarkt beurteilt.

Eine gewichtige Stimme im Diskurs hat die Europäische Kommission, die als sehr dominant beschrieben wird. So präferiert die Kommission bei der Entflechtung „klar die härtere Version.“¹⁴⁹ Neelie Kroes, die damalige Kommissarin für Wettbewerb galt deshalb auch „nicht unbedingt als die gute Freundin der großen Energieversorger“. Sie wollte letztere

¹⁴⁴ bü (2007): Energischer Kampf, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.4.

¹⁴⁵ Hagelüken, Alexander/ Bauchmüller, Michael (2007): EU will Preise für Strom drücken, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.1.

¹⁴⁶ bü (2007): Energischer Kampf, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.4.

¹⁴⁷ Bolesch, Cornelia (2008): Auf dem dritten Weg zu billigem Strom, In: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2008, S. 19.

¹⁴⁸ Liw (2007): Aufspaltung; Entweder Netz oder Produktion, In: Der „Tagesspiegel“, 11.11.2007, S.22.

¹⁴⁹ Frese, Alfons (2007): Ohne Netz, mit doppeltem Boden; Die EU-Kommission will, dass sich die Energiekonzerne von ihren Strom- und Gasnetzen trennen. Was würde das den Verbrauchern bringen?, In: Der „Tagesspiegel“, 21.09.2007, S.2.

nämlich „zwingen“, ihre Netze abzugeben. In diesem diskursiven Feld ist auch von „Zerschlagung“ der Konzerne die Rede.¹⁵⁰ Auch deutsche Politiker äußerten sich im Diskurs der zitierten Publikationsorgane. Ähnlich wie die Kommission, wollte z.B. Hessens damaliger Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) die vier großen deutschen Konzerne „zwingen“ Marktmacht aufzugeben.¹⁵¹

III.3.2 Gegen-Koalition für weniger Regulierung und den „dritten Weg“

„*Handelsblatt*“

„Privileged storytellers“ sind im „Handelsblatt“ vor allem die Energieversorgungsunternehmen selbst. In einem Artikel vom September 2007 kritisieren der damalige E.ON-Chef Wulf Bernotat und der damalige RWE Vertriebsvorstand Berthold Bonekamp „die steigende Zahl staatlich kontrollierter Konzerne im europäischen Wettbewerb.“¹⁵² In Bezug auf neue gesetzliche Regelungen, die dem Bundeskartellamt mehr Möglichkeiten zu einer strengeren Kontrolle bei den Strompreisen geben, zitiert das „Handelsblatt“ Vertreter der Branche der Energieversorgungsunternehmen, die diese verschärfte Aufsicht als „planwirtschaftliche Reglementierung“¹⁵³ kritisieren. Die Sprecher, die im „Handelsblatt“ zu Wort kommen, bevorzugen im Gegensatz zur neutralen Diskurskoalition ein möglichst geringes Maß an staatlicher Regulierung.

Oft wird im „Handelsblatt“ auch die Einschätzung des damaligen Chefs des Bundeskartellamtes Bernhard Heitzers herangezogen. Dieser positioniert sich gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung, die seiner Einschätzung nach zwar die „sauberste Lösung“ sei, um den Wettbewerb zu stärken, „in der Praxis aber eine Reihe von verfassungsrechtlichen Fragen aufwerfe [...] und daher nur Ultima Ratio“ sein könne.¹⁵⁴ Der Alternativvorschlag Deutschlands zur eigentumsrechtlichen Entflechtung gibt dem „Handelsblatt“ Anlass, in einem Artikel vom Januar 2008 selbst klar Position gegen das Ownership Unbundling zu beziehen. Das negativ besetzte Vokabular bei der Beschreibung des Standpunkts der Europäischen Kommission macht dies deutlich: „Die EU-Kommission propagiert dagegen die eigentumsrechtliche Entflechtung.“¹⁵⁵ In seiner Berichterstattung gegenüber dem „dritten

¹⁵⁰ Liw (2007): Aufspaltung; Entweder Netz oder Produktion, In: Der „Tagesspiegel“, 11.11.2007, S.22.

¹⁵¹ Frese, Alfons (2007): Die Politik greift ein, In: Der „Tagesspiegel“, 29.12.2007, S.17.

¹⁵² Juf (2007): Eon-Chef kritisiert Fusion von GDF und Suez, In: Handelsblatt, 12.09.2007. S.14.

¹⁵³ Stratmann, Klaus (2007): Kartellamt macht Stromriesen Druck, Handelsblatt Online, 19.11.2007.

¹⁵⁴ Stratmann, Klaus (2007): Kartellamt macht Stromriesen Druck, Handelsblatt Online, 19.11.2007.

¹⁵⁵ Stratmann, Klaus (2008): Berlin sucht den „dritten Weg“, Handelsblatt Online, 16.01.2008.

Weg“ spricht sich das „Handelsblatt“ positiv aus.¹⁵⁶ In „Ein Bären dienst für die Branche“ kommentiert das „Handelsblatt“ Ende Februar 2008 den Meinungsumschwung bei E.ON, sich von seinem Hochspannungsnetz zu trennen. Dieser wird im „Handelsblatt“ mit der sinkenden Attraktivität des Netzbetriebs begründet, der sich aus der steigenden staatlichen Regulierung ergebe.¹⁵⁷ In diesem Zusammenhang werden weitere Branchenvertreter mit dem Argument zitiert: „Wer jederzeit damit rechnen müsse, ohne konkreten Anlass zur Kapazitätsabgabe gezwungen zu werden, verliere außerdem den Anreiz zu investieren.“¹⁵⁸ In einem Artikel vom Mai 2008 kommentiert das „Handelsblatt“ die Politik der Europäischen Kommission folgendermaßen: „Die Europäische Kommission hat am Donnerstag ein Kartellverfahren gegen den französischen Versorger Gaz de France eröffnet [...] Damit erhöht die EU mitten im Streit um die Reform des Energiemarktes den Druck auf die Konzerne.“¹⁵⁹ Mit einem letzten Artikel vom Juni 2008 schließt die Berichterstattung im „Handelsblatt“ zum Thema. Deutlich zufrieden mit dem Ergebnis der Verhandlungen kommentiert die Zeitung: „Energiekonzerne dürfen ihre Netze behalten, [...] Aufatmen bei Deutschlands Energiekonzernen, [...] Der Kompromiss ist ein Erfolg für die Bundesregierung.“¹⁶⁰

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“

Skeptisch sieht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die von der Politik künstlich niedrig gehaltenen Energiepreise in Frankreich. Der Strompreis in Frankreich sei ein politischer und kein Marktpreis. Er werde von der Regierung aus politischen Gründen festgesetzt und liege 20 - 30 % unter dem europäischen Durchschnittspreis.¹⁶¹

Die eigentumsrechtliche Entflechtung lehnt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ab. In „Die Entflechtung ist kein Allheilmittel“ zitiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, wie auch schon andere hier besprochene Beiträge, die Energieexpertin Claudia Kemfert und spricht sich gegen die Abtrennung der Netze aus. In einem Artikel vom November 2007 beruft sich die Zeitung auf die Kritik des Bundeskartellamts und der Monopolkommission und stellt fest, dass es in Deutschland keinen „funktionsfähigen Wettbewerb“¹⁶² gebe.

¹⁵⁶ Siehe dazu z.B. die Artikel von Helmut Hauschild: Barroso düpiert Merkel im Netzstreit, Handelsblatt, 12.03.2008 oder Barroso bleibt gegenüber Merkel hart, Handelsblatt, 12.03.2008.

¹⁵⁷ Vgl. Flauger, Jürgen (2008): „Ein Bären dienst für die Branche“, Handelsblatt 29.02.2008.

¹⁵⁸ Hauschild, Helmut (2008): EU sucht Kompromiss im Netzstreit, Handelsblatt, 15.05.2008

¹⁵⁹ Unbekannt (2008): Gaz de France im Visier der EU-Kommission, Handelsblatt, 22.05.2008.

¹⁶⁰ Hauschild, Helmut (2008): Energiekonzerne dürfen ihre Netze behalten, Handelsblatt, 09.06.2008.

¹⁶¹ Chs (2008): Frankreich manipuliert Preise, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.12.2008. S.14.

¹⁶² FAZ.NET (2007): „Kein funktionsfähiger Wettbewerb“ bei Strom und Gas, faz.net, 06.11.2007

In ihrer Berichterstattung zum „dritten Weg“ zeigt sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ wenig zuversichtlich und sieht dessen Risiken: „Da außerdem nach dem Vorschlag de facto nur private Konzerne von der Entflechtung betroffen wären, fürchtet die deutsche Seite, dass Deutschland und Österreich am Ende allein dastehen könnten. Frankreich könnte die Entflechtung seiner staatlich kontrollierten Konzerne leicht umgehen, indem es die Produktion in einem Ministerium und den Netzbetrieb in einem anderen Ministerium ansiedelt.“¹⁶³ Positiv bewertet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die durch den Verkauf der Netze von E.ON entstandene Dynamik in der Debatte zum Energiebinnenmarkt: „In einem zusammenwachsenden europäischen Markt für Energie will Eon die Rolle des Schrittmachers übernehmen.“¹⁶⁴ In einem Interview mit dem damaligen RWE-Chef Jürgen Großmann vom Juni 2008 bezeichnet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den angekündigten Verkauf der Gasnetze von RWE als „zweiten Rückschlag“¹⁶⁵ für die Bundesregierung.

Vergleichbar hart, wie auch schon in anderen hier besprochenen Beiträgen, wird in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ die Rolle der Europäischen Kommission beschrieben: „Die EU-Kommission will hart bleiben und dem deutsch-französischen Alternativmodell beim Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs keine Chance geben.“¹⁶⁶ Deutlich erleichtert ist die Berichterstattung am 7. Juni 2008, denn „eine Zerschlagung aller Energiekonzerne in der EU ist nach den Verhandlungen der zuständigen Minister in Luxemburg endgültig vom Tisch.“¹⁶⁷ Der „dritte Weg“, also eine klare rechtliche Trennung von vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreibern, aber ohne eigentumsrechtliche Veränderung des Zustands des Unternehmens, wird als die „behutsamere“ und „gleichberechtigte“ Option neben der eigentumsrechtlichen Entflechtung beschrieben, die einem „Zwangsverkauf“ gleichkäme.¹⁶⁸

¹⁶³ Kafsack, Hendrik (2008): Ein dritter Weg zur Energiemarktreform, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.01.2008, S.11.

¹⁶⁴ Koch, Brigitte (2008): Die Reise von Eon, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.03.2008, S.24.

¹⁶⁵ Steltzner, Holger / Sturbeck, Werner (2008): F.A.Z.-Gespräch mit RWE-Chef zum Wettbewerbsverfahren, 02.06.2008,

¹⁶⁶ FAZ.NET (2008): Barroso will hart bleiben, faz.net, 13.03.2008.

¹⁶⁷ FAZ.NET mit Dow Jones (2008): Rat einig über Grundsätze der Energieentflechtung, 07.06.2008

¹⁶⁸ FAZ.NET mit Dow Jones (2008): Rat einig über Grundsätze der Energieentflechtung, 07.06.2008

„Die Welt“

„Die Welt“ gibt in einem ersten Beitrag im untersuchten Zeitraum E.ON Chef Wulf Bernotat das Wort, der die Vorstellungen der Europäischen Kommission zum ownership unbundling als „Enteignung“, „trügerisch“ und „unsinnig“ bezeichnet.¹⁶⁹ Weiter in diesem Sinne sagt Bernotat in einem anderen Artikel er halte „die EU-Kommission für eine größere Gefahr für Europas Energiekonzerne als Russland.“¹⁷⁰

Wie andere Publikationen zieht auch „Die Welt“ Experten des Bundeskartellamtes zu Rate und zitiert deren Urteil, dass es in Deutschland „keinen funktionsfähigen Wettbewerb“¹⁷¹ gebe. In der Welt plädieren die Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie die Handwerkskammer (HwK) für den Verkauf der Netze der Energiekonzerne an private Investoren. Eine staatliche Regulierung lehnen die Kammern allerdings ab: „Eine staatliche Preiskontrolle ist marktfremd und öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor.“¹⁷² Dass das gesellschaftliche Interesse über dem der Energiekonzerne stehe, bekräftigen die beiden Kammern: „Das Eigentum ist in diesem Land nicht absolut geschützt, es besteht immer auch eine Sozialpflichtigkeit.“¹⁷³ Den Verkauf der Stromnetze von E.ON kommentiert die Welt im Februar 2008 als „Überraschende Wende“.¹⁷⁴ Bundeskanzlerin Angela Merkel, die im gleichen Artikel zitiert wird, unterstütze „den Zwangsverkauf von Netzen nicht“. Dieser sei nämlich „kein Garant für Wettbewerb.“¹⁷⁵ Zum Alternativvorschlag Deutschlands und Frankreichs nimmt „Die Welt“ nur kurz Stellung¹⁷⁶, eine klare Positionierung lässt sich nicht ablesen. In einem Artikel vom Juli 2008 zitiert „Die Welt“ den Experten und neuen Vorsitzenden der Monopolkommission Justus Haucap, der gegen die „Enteignung der Stromnetze“ ist. Seiner Auffassung nach müsse neuen Produzenten der Eintritt in den Markt erleichtert werden, damit nicht nur wenige Energiekonzerne die Kontrolle hätten. Eine Enteignung gefährde aber den Aufbau von Kuppelstellen, weil dann keiner bereit sein werde,

¹⁶⁹ Müller-Thederan, Dirk (2007): E.on-Chef greif EU-Kommission frontal an; Wulf Bernotat: Behörde rechnet mit falschen Zahlen, In: Die Welt 232, 05.10.2007, S.12.

¹⁷⁰ Dpa/Reuters/dma (2007): E.on fürchtet EU mehr als Russland, Welt Online, 12.11.2007.

¹⁷¹ Schraven, David (2007): Energiekonzerne am Pranger, Welt Online, 07.11.2007.

¹⁷² Doll, Nikolaus (2007): IHK Berlin will Energiekonzerne enteignen; Abgabe von Kraftwerken und Netzen - Drastischer Forderungskatalog, In: Die Welt 286, 07.12.2007, S. 12.

¹⁷³ Doll, Nikolaus (2007): IHK Berlin will Energiekonzerne enteignen; Abgabe von Kraftwerken und Netzen - Drastischer Forderungskatalog, In: Die Welt 286, 07.12.2007, S. 12.

¹⁷⁴ Müller-Thederan, Dirk/ Wetzels, Daniel (2008): Verbraucherschützer wollen Netz verstaatlichen, Welt Online, 28.02.2008.

¹⁷⁵ Müller-Thederan, Dirk/ Wetzels, Daniel (2008): Verbraucherschützer wollen Netz verstaatlichen, Welt Online, 28.02.2008.

¹⁷⁶ AFP (2008): EU-Minister beraten über Abtrennung der Stromnetze, In: Die Welt, 51, 29.02.2008, S.11.

das dafür notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen. Haucap betont, dass „nur ein europaweiter Markt mit grenzüberschreitenden Netzkapazitäten für Wettbewerb sorgen“¹⁷⁷ könne. „Die Welt“ kommentiert den geplanten Verkauf¹⁷⁸ des Hochspannungsnetzes des drittgrößten deutschen Energieversorgers Vattenfall in einem Artikel vom Juli 2008. Sie bemerkt kritisch: „Ob der Wettbewerb dadurch tatsächlich zunimmt, ist fraglich.“¹⁷⁹

III.3.2.1 Zwischenfazit Gegen-Koalition für weniger Regulierung und den „dritten Weg“

Vorherrschendes Thema ist auch bei dieser Koalition die eigentumsrechtliche Entflechtung. „Privileged storytellers“ sind in dieser Koalition vor allem die Energieversorgungsunternehmen selbst, die ein vitales Interesse daran haben, dass ihr Netzbetrieb Profit abwirft. Werde dieser durch staatliche Regulierung beschränkt, verringere sich die Attraktivität des Netzbetriebs mit der Folge, dass die Unternehmen eher bereit seien, ihre Netze zu verkaufen. Darauf, dass ein drohendes Kartellrechtsverfahren z.B. gegen E.ON auch eine Motivation für den Verkauf des Netzes ist, wird nur am Rande eingegangen. Die Gegen-Koalition argumentiert also aus der Unternehmensperspektive, weshalb auch die Stimmen der Unternehmen den Diskurs dominieren. Staatlicher Regulierung steht die Koalition äußerst skeptisch gegenüber und vertraut auf die Kräfte des Marktes, obwohl sie an mehreren Stellen selbst einräumen musste, dass es noch keinen funktionierenden Wettbewerb gibt.¹⁸⁰

Die Politik der Europäischen Kommission wird als drastisch und falsch eingeschätzt. Die „Gefahr“¹⁸¹, die von der Kommission ausgehe, wird mit negativ konnotiertem Vokabular unterstrichen: Sie „propagiert,“¹⁸² „will hart bleiben [und] gibt keine Chance.“¹⁸³

III.4 Französischer Diskurs zur „séparation patrimoniale“

Auch in der französischen Presse wird die eigentumsrechtliche Entflechtung kontrovers diskutiert. Als Verfechter des ownership unbundlings hat sich bei dieser Untersuchung die

¹⁷⁷ Schraven, David (2008): Experte gegen Enteignung der Stromnetze, Welt Online, 09.07.2008.

¹⁷⁸ Nach langen Verhandlungen kaufte das belgische Unternehmen Elia und der australische Fonds IFM das Netz von Vattenfall im März 2010. Siehe dazu Artikel auf Spiegel Online: URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,683157,00.html>, Stand: 16.01.2012, 11:11 Uhr.

¹⁷⁹ AFP/ddp//phj (2008): Vattenfall verkauft sein deutsches Stromnetz, Welt Online, 25.07.2008.

¹⁸⁰ FAZ.NET (2007): „Kein funktionsfähiger Wettbewerb“ bei Strom und Gas, faz.net, 06.11.2007 oder Schraven, David (2007): Energiekonzerne am Pranger, Welt Online, 07.11.2007.

¹⁸¹ Dpa/Reuters/dma (2007): E.on fürchtet EU mehr als Russland, Welt Online, 12.11.2007.

¹⁸² Stratmann, Klaus (2008): Berlin sucht den „dritten Weg“, Handelsblatt Online, 16.01.2008.

¹⁸³ FAZ.NET (2008): Barroso will hart bleiben, faz.net, 13.03.2008.

Tageszeitung „Le Monde“ herausgestellt. Mit neun von insgesamt 50 untersuchten Artikeln ist der Befürworter „Le Monde“ weniger stark vertreten als die Gegner der eigentumsrechtlichen Entflechtung, die mit 38 Beiträgen den Diskurs dominieren. Diese Gegen-Koalition bilden „Les Echos“, „La Tribune“, „Le Figaro“ und „l’Humanité“. Eine genaue Positionierung von „La Croix“ und „Libération“ ist aufgrund der geringen Anzahl von drei Artikeln bei diesen Publikationsorganen nicht ablesbar.

III.4.1 Verfechter der eigentumsrechtlichen Entflechtung

„Le Monde“

Die linksliberale Tageszeitung „Le Monde“ thematisiert im September 2007 das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene 3. Energiepaket und den von Anfang an bestehenden französischen Widerstand gegen das ownership unbundling.¹⁸⁴ Verschiedene französische Politiker und Politikerinnen wie Christine Lagarde, Jean-Pierre Jouyet oder François Fillon kommen in dem Artikel zu Wort und erläutern die Nachteile, die eine eigentumsrechtliche Entflechtung nach sich ziehen könne. Vor allem die Entflechtung der Gasnetze berge laut Jean-François Cirelli, dem Chef von GDF, große Risiken: „Eine Zerschlagung von GDF (oder anderen), würde Europa besonders gegenüber großen internationalen Produzenten schwächen‘ - russischen und algerischen heute, iranischen und katarischen [Produzenten] morgen.“¹⁸⁵ Die Europäische Kommission wiederum sieht im Verkauf der Hochspannungsleitungen und Gasnetze ein Mittel, Konkurrenz und damit Investitionen im Energiesektor zu erreichen.¹⁸⁶ Mit dem Artikel „Kampf in Brüssel um die Konkurrenz im Elektrizitätssektor“¹⁸⁷ vom März 2008 greift „Le Monde“ den Meinungsumschwung des deutschen Energieriesen E.ON auf, der sein Elektrizitätsnetz entgegen ursprünglichen Absichtserklärungen nun doch verkaufen will. Als Begründung führt „Le Monde“ das damalige Kartellrechtsverfahren gegen E.ON an, das der Energieversorger mit dem Verkauf der Netze beenden möchte. Der damalige Energiekommissar Andris Piebalgs heißt die Entscheidung von E.ON willkommen und schätzt ein, dass „sie einen

¹⁸⁴ Vgl. Bezat, Jean-Michel (2007): Ecofrictions, Séparation à l’européenne, In: Le Monde, 26.09.2007, S.32.

¹⁸⁵ Französischer Wortlaut: „Jean-François Cirelli affirme qu’un démantèlement de GDF (ou d’autres), affaiblirait surtout l’Europe face aux grands producteurs internationaux‘ - russes et algériens aujourd’hui et qataris demain.“ In: Bezat, Jean-Michel (2007): Ecofrictions, Séparation à l’européenne, In: Le Monde, 26.09.2007, S.32.

¹⁸⁶ Vgl. Bezat, Jean-Michel (2007): Ecofrictions, Séparation à l’européenne, In: Le Monde, 26.09.2007, S.32.

¹⁸⁷ Ricard, Philippe (2008): Énergie - La commission veut séparer distribution et production; Bataille à Bruxelles sur la concurrence dans le secteur de l’électricité, In: Le Monde, 01.03.2008, S.12.

enormen Einfluss auf die Debatte haben kann.“¹⁸⁸ Aufgrund dieser neuen Entwicklungen bei E.ON fragt „Le Monde“: Sind die Unternehmen noch nicht bereit, den im Januar 2008 von Deutschland und Frankreich vorgeschlagenen „dritten Weg“ zu gehen?¹⁸⁹ Im Juni 2008 schreibt die Zeitung „Es lebe die Konkurrenz - die Öffnung des Energiemarkts entspricht den aktuellen Herausforderungen am besten“¹⁹⁰ und bezieht damit klar Stellung für die eigentumsrechtliche Entflechtung. „Le Monde“ appelliert, dass Frankreich bei der Schaffung eines gemeinsamen Energiebinnenmarktes nicht mehr zögern dürfe und eine aktive Rolle spielen müsse. Dass die Entflechtung auch zu mehr Investitionen führen werde, veranschaulicht „Le Monde“ am Beispiel Großbritanniens. Die Dereglementierung habe dort innerhalb von weniger als zehn Jahren zu einer Steigerung von 20 % der Produktionskapazitäten geführt.¹⁹¹ „Le Monde“ schließt daraus: „Die Konkurrenz im Elektrizitätssektor wird daher unser Garant für die Versorgungssicherheit sein. [...] dieser aktuellen Fortschrittsfeindlichkeit und kurzfristigen Politik muss ein Ende gesetzt werden, denn sie begrenzt Innovationen und Investitionen. Die Konkurrenz muss gefördert werden.“¹⁹² „Le Monde“ gehört damit klar zu den Befürwortern des ownership unbundlings und folgt in seiner Berichterstattung den Argumenten der Europäischen Kommission. Auch im Mai 2009 räumt sie der Europäischen Kommission „narrative Autorität“ ein und interviewt Andris Piebalgs¹⁹³ im Rahmen eines Spezialbeitrags zum Thema Energie. Im Interview macht Piebalgs deutlich, dass es vor allem die Bürger seien, die vom 3. Energiepaket profitieren werden. Auch Philippe de Ladoucette, der Präsident der Commission de régulation de l'énergie, also der französischen Energieregulierungsbehörde, macht in diesem Spezial die Vorteile des 3. Energiepakets sichtbar: nicht nur Investitionen in die Infrastruktur würden

¹⁸⁸ Französischer Wortlaut: „[...] et peut avoir un énorme impact sur les débats.“, In: Ricard, Philippe (2008): *Énergie - La commission veut séparer distribution et production; Bataille à Bruxelles sur la concurrence dans le secteur de l'électricité*, In: *Le Monde*, 01.03.2008, S.12.

¹⁸⁹ Vgl. Ricard, Philippe (2008): *Énergie - La commission veut séparer distribution et production; Bataille à Bruxelles sur la concurrence dans le secteur de l'électricité*, In: *Le Monde*, 01.03.2008, S.12.

¹⁹⁰ Unbekannt (2008): *Vive la concurrence !*, In: *Le Monde*, 6. Juni 2008, S.21.

¹⁹¹ Vgl. Unbekannt (2008): *Vive la concurrence !*, In: *Le Monde*, 6. Juni 2008, S.21.

¹⁹² Französischer Wortlaut: „La concurrence dans le secteur de l'électricité sera donc le garant de notre sécurité d'approvisionnement. [...] Il faut donc rompre avec l'immobilisme actuel, cette politique à courte vue qui limite l'innovation et l'investissement, et encourager la concurrence.“, In: Unbekannt (2008): *Vive la concurrence !*, In: *Le Monde*, 6. Juni 2008, S.21.

¹⁹³ Toustou-Cheldize, Élodie (2009): *Les consommateurs, premiers destinataires du paquet énergie européen*, In: *Le Monde*, 28.05.2009, *Spécial Énergie*.

gefördert, sondern auch Kuppelstellen, die letztendlich zur europäischen Versorgungssicherheit führen, würden ausgebaut.¹⁹⁴

III.4.1.1 Zwischenfazit Verfechter der eigentumsrechtlichen Entflechtung

Bestimmendes Thema im Diskurs von „Le Monde“ ist der französische Widerstand gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung im Rahmen des 3. Energiebinnenmarktpakets. In seiner Berichterstattung macht „Le Monde“ die Vorteile des 3. Energiepakets sichtbar und hebt heraus, dass vor allem der Ausbau von Kuppelstellen maßgeblich zur europäischen Versorgungssicherheit führe und deshalb verstärkt betrieben werden müsse. Als relevantes Unterthema führt „Le Monde“ den Meinungsumschwung des deutschen Energieriesen E.ON an, sein Netz nun doch zu verkaufen.

„Le Monde“ zufolge sei die europäische Versorgungssicherheit und die Realisierung des Energiebinnenmarktes wichtiger als die Auseinandersetzung um die Entflechtung der Energieunternehmen. Auch „Le Monde“ führt exemplarisch Großbritannien und seinen liberalisierten Energiemarkt zur Untermauerung seiner Argumente an. Befürworter des ownership unbundlings und Verfechter des 3. Energiebinnenmarktpakets kommen in „Le Monde“ häufiger zu Wort.

III.4.2 Gegen-Koalition

„Les Echos“

Die französische Finanz-Zeitung „Les Echos“ hat mit 18 Artikeln zum 3. Energiepaket den französischen Diskurs maßgeblich beeinflusst. Vier davon veröffentlichte die Zeitung allein am 19. September 2007, also mit dem ersten Vorschlag der Kommission zum 3. Energiepaket. „Les Echos“ lässt die französischen Energieversorgungsunternehmen als „privileged storyteller“ auftreten, die den Liberalisierungsprojekten der Kommission einen „heftigen Diskurs der Feindseligkeit“¹⁹⁵ entgegensetzen: „Scheiß“, „Unsinn“, „Absurdität“, „strategischer Fehler“...¹⁹⁶ Auch dass die eigentumsrechtliche Entflechtung zu mehr Investitionen führen solle, überzeugt Unternehmer wie Gérard Mestrallet (Suez), Louis

¹⁹⁴ Vgl. Toustou-Cheldize, Élodie (2009): L'Europe de l'électricité et du gaz face à de nouveaux enjeux, In: Le Monde, 28.05.2009, Spécial Énergie.

¹⁹⁵ Französischer Wortlaut: „[...] discours d'hostilité virulente aux projets de la Commission européenne.“ In: Corbier, Marie-Christine (2007): La France vent debout contre les projets de Bruxelles, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.

¹⁹⁶ Französischer Wortlaut: „Connerie“, „non-sens“, „absurdité“, „erreur stratégique“ In: Corbier, Marie-Christine (2007): La France vent debout contre les projets de Bruxelles, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.

Mathias (EDF) oder Philippe Boisseau (Total) nicht. Laut „Les Echos“ erhalten die Unternehmen Unterstützung von der Regierung, die einschätzt, „dass das französische Modell funktioniert, selbst wenn es noch nicht perfekt ist.“¹⁹⁷ Interessante Hintergrundinformationen zur Situation der Energieversorgungsunternehmen in anderen Ländern wie Slowenien, Ungarn oder Tschechien gibt „Les Echos“ in dem Artikel „In Zentral- und Osteuropa vereinigen sich die Energieunternehmen, um zu überleben“.¹⁹⁸ Die Zeitung macht damit deutlich, dass das Streben nach „nationalen Champions“ kein allein französisches oder deutsches Phänomen ist. „Les Echos“ ist der Meinung, dass die Europäische Kommission mit „einem schweren Bündel an Maßnahmen zur Intensivierung der Konkurrenz“ „den Energieversorgern offen den Krieg“ erkläre.¹⁹⁹ Auch das Thema der Gegenseitigkeitsklausel und die Angst vor einer Übernahme des europäischen Energienetzes, z.B. durch die russische Gazprom werden angesprochen. Euroskeptisch sieht „Les Echos“ das Ergebnis der Verhandlungen, denn „die Vorschläge müssten nun erstmal durch die Mühle der beiden Gesetzgeber, der 27 Mitgliedstaaten und der europäischen Abgeordneten gedreht werden.“²⁰⁰ Nicht nur die Energieversorgungsunternehmen, sondern auch Andris Piebalgs, der damalige Kommissar für Energie, sind in „Les Echos“ „privileged storytellers“. Seine Sicht der Dinge stellt Piebalgs in „Europa der Energie: Vorrang für den Bürger“²⁰¹ dar. Die wichtigsten Ziele der Kommission fasst Piebalgs wie folgt zusammen: „die Freiheit der Wahl des Lieferanten der Bürger respektieren, niedrige Preise und den besten Service garantieren.“²⁰² Umfassend in seiner Berichterstattung verschafft „Les Echos“ auch Wirtschaftswissenschaftlern des Conseil d’analyse économique Gehör. In dem Beitrag „Europäische Energiegemeinschaft: unsere Teilungen überwinden“²⁰³ vom Oktober 2007 benennen diese

¹⁹⁷ Französischer Wortlaut: „[...] que le modèle français fonctionne, même s’il est ‚perfectible‘“ In: Corbier, Marie-Christine (2007): La France vent debout contre les projets de Bruxelles, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.

¹⁹⁸ Therin, Frédéric (2007) En Europe centrale et orientale, les compagnies énergétiques se marient pour survivre, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.

¹⁹⁹ Französischer Wortlaut: „La commission européenne leur déclare ouvertement la guerre aujourd’hui. Bruxelles doit adopter un très lourd ensemble de mesures visant tout à la fois à intensifier la concurrence [...]“, In: De Meyer, Karl (2007): Energie: la Commission européenne lance l’assaut contre les grands groupes intégrés, In: Les Echos, 19.09.2007, S. 21.

²⁰⁰ Französischer Wortlaut: „Reste à voir ce qui restera de toutes ces propositions, une fois passés à la moulinette des deux colégislateurs, les Vigt-Sept d’une part, et les eurodéputés, d’autre part.“ In: De Meyer, Karl (2007): Energie: la Commission européenne lance l’assaut contre les grands groupes intégrés, In: Les Echos, 19.09.2007, S. 21.

²⁰¹ Piebalgs, Andris (2007): Europe de l’énergie : priorité au citoyen, In: Les Echos, 20.09.2007, S.15.

²⁰² Französischer Wortlaut: „liberté de choix du fournisseur, bas prix, meilleur service.“ In: Piebalgs, Andris (2007): Europe de l’énergie : priorité au citoyen, In: Les Echos, 20.09.2007, S.15.

²⁰³ De Boissieu, Christian/ Cohen, Elie/ Chévalier, Jean-Marie/ Herzog, Philippe (2007): Communauté européenne de l’énergie : surmonter nos divisions, In: Les Echos, 10.10.2007, S.17.

Experten die größten Probleme der europäischen Energiepolitik, die sie in der „Wahl der Energiequellen und [der] Regulierung der Märkte“²⁰⁴ erkennen. Entgegen dem von der Kommission allgemein verbreiteten Argument, sei es nicht allein die Konkurrenz, die den Preis vorgebe, sondern zuerst die Wahl der Technologie im Energiesektor.²⁰⁵ Gegen die ihrer Meinung nach zu kurzgegriffenen Vorschläge der Kommission appellieren die Experten: „Eine Wettbewerbspolitik, die nicht an die Besonderheiten von Elektrizität und Gas angepasst ist, kann weder ein Ziel an sich, noch ein Wundermittel“ für die Schaffung eines europäischen Energiemarkts sein.²⁰⁶ Im Dezember 2007, im Anschluss an ein Gipfeltreffen der europäischen Energieminister, urteilt „Les Echos“, dass die Liberalisierungsprojekte der Kommission vor dem Aus stünden. Eine starke Blockademinderheit, angeführt von Deutschland und Frankreich, bilde eine „Front der Ablehnung“.²⁰⁷ „Nein heißt nein.“²⁰⁸ so zitiert „Les Echos“ im Januar 2008 einen Brief der acht europäischen Mitgliedstaaten an Andris Piebalgs. Die Staaten plädieren darin für eine „wirksame und effiziente Trennung“, die sie dem Ownership Unbundling entgegenstellen. Den Verkauf des Netzes von E.ON schätzt „Les Echos“ als eine „beträchtliche Schwächung der deutsch-französischen Position“²⁰⁹ in der Debatte um den europäischen Energiemarkt ein.

„La Tribune“

Mit dreizehn Artikeln im Untersuchungszeitraum hat auch die Wirtschaftszeitung „La Tribune“ den französischen Diskurs zum Energiebinnenmarkt wesentlich geprägt. Christine Lagarde, die damalige französische Wirtschafts- und Finanzministerin, wird am 20. September 2007 zitiert²¹⁰ und weißt den Vorschlag der eigentumsrechtlichen Entflechtung

²⁰⁴ Französischer Wortlaut: „Le choix des sources d'énergie et la régulation des marchés.“ In: De Boissieu, Christian/ Cohen, Elie/ Chévalier, Jean-Marie/ Herzog, Philippe (2007): Communauté européenne de l'énergie : surmonter nos divisions, In: Les Echos, 10.10.2007, S.17.

²⁰⁵ Vgl: De Boissieu, Christian/ Cohen, Elie/ Chévalier, Jean-Marie/ Herzog, Philippe (2007): Communauté européenne de l'énergie : surmonter nos divisions, In: Les Echos, 10.10.2007, S.17.

²⁰⁶ Französischer Wortlaut: „Une politique de la concurrence, inadaptée aux spécificités de l'électricité et du gaz, n'est pour ce la ni une fin en soi ni un moyen miracle.“ In: De Boissieu, Christian/ Cohen, Elie/ Chévalier, Jean-Marie/ Herzog, Philippe (2007): Communauté européenne de l'énergie : surmonter nos divisions, In: Les Echos, 10.10.2007, S.17.

²⁰⁷ Französischer Wortlaut: „Mené par la France et l'Allemagne, le front du refus [...]“, In: De Meyer, Karl (2007): Energie: Paris et Berlin imposent une troisième voie à Bruxelles, In: Les Echos, 04.12.2007, S.25.

²⁰⁸ Corbier, Marie-Christine (2008): Énergie: Paris et Berlin proposent une „troisième voie“, In: Les Echos, 31.01.2008, S.17.

²⁰⁹ Französischer Wortlaut: „affaiblit considérablement la position franco-allemande“, In: De Meyer, Karl (2008): Energie: E.ON lance une bombe dans le débat en vendant ses réseaux, In: Les Echos, 29.02.2008, S. 18.

²¹⁰ Paoloni, Marc/ Lacour, Jean-Philippe (2007): Paris et Berlin déterminés à s'opposer à la scission des groupes énergétiques, In: La Tribune, 20.09.2007, S.12.

entschieden zurück. Dass Frankreich mit dieser ablehnenden Haltung nicht alleine dasteht, zeigt sich schon im Titel des Beitrags: „Paris und Berlin sind entschlossen, sich gegen die Spaltung der Energieunternehmen zu widersetzen.“²¹¹ Erwähnenswert ist, dass zu diesem Zeitpunkt in Frankreich schon die Frage nach der Beteiligung von Drittstaaten am Versorgungsnetz gestellt wird, denn auch „Gazprom hat sich entschieden, seiner Stimme Gehör zu verschaffen.“²¹² Der Artikel „Paris wirft die Frage nach einem ‚Schengen für Energie‘ auf“²¹³ macht die Sorge Frankreichs in Bezug auf die geplante Liberalisierung sichtbar: Das Eintreten von Akteuren von außerhalb der EU. Bereits im Oktober 2007 deutet „La Tribune“ an, dass Frankreich im Hinblick auf die französische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 seine starre Position gegen die Trennung von Produktion und Netz im Energiesektor aufzugeben scheine.²¹⁴ Der Artikel bezieht sich auf einen Bericht des Conseil d’analyse économique, wonach stärker zwischen dem unbundling im Strom- und im Gassektor differenziert werden müsse. Im Bereich Gas verhalte es sich nämlich so, dass „der Betreiber den größten Teil seiner Einnahmen aus dem Übertragungsnetz gewinnt. Eine derart brutale Trennung würde ihm seine wesentlichen Vermögenswerte nehmen.“²¹⁵

In dem Beitrag „Paris und Berlin suchen nach einem Kompromiss im Bereich Energie“- greift „La Tribune“ voraus, dass es sich beim deutsch-französischen Alternativvorschlag zur eigentumsrechtlichen Entflechtung um eine „funktionale Trennung“ von Netz und Produktion handeln werde, obwohl die „Konturen des Vorschlags noch unscharf sind“.²¹⁶ Deutlich lehnt „La Tribune“ die Liberalisierungsvorschläge der Kommission ab und überschreibt ihren Artikel „Liberalisierung der Energie: eine vermeintlich gute Idee!“²¹⁷ „La Tribune“ urteilt, dass „die vorgeschlagenen Maßnahmen [der Kommission] sowohl schlecht gezielt, als auch nicht ausreichend und zu unsicher [seien], um diese Situation äußerster Dringlichkeit zu

²¹¹ Paoloni, Marc/ Lacour, Jean-Philippe (2007): Paris et Berlin déterminés à s’opposer à la scission des groupes énergétiques, In: La Tribune, 20.09.2007, S.12.

²¹² Französischer Wortlaut: „Gazprom décidé à faire entendre sa voix.“ In: Paoloni, Marc/ Lacour, Jean-Philippe (2007): Paris et Berlin déterminés à s’opposer à la scission des groupes énergétiques, In: La Tribune, 20.09.2007, S.12.

²¹³ Unbekannt (2007): Paris s’interroge sur un “Schengen de l’énergie“, In: La Tribune, 26.10.2007, S.7.

²¹⁴ Vgl. Unbekannt (2007): Paris s’interroge sur un “Schengen de l’énergie“, In: La Tribune, 26.10.2007, S.7.

²¹⁵ Französischer Wortlaut: „Dans le gaz, insiste le rapport, l’opérateur tire l’essentiel de ses revenus de son réseau de transport. Une séparation aussi brutale lui enlèverait-elle de ses principaux actifs.“ In: Unbekannt (2007): Paris s’interroge sur un “Schengen de l’énergie“, In: La Tribune, 26.10.2007, S.7.

²¹⁶ Vgl. Paoloni, Marc (2007): Paris et Berlin cherchent un compromis sur l’énergie, In: La Tribune, 04.12.2007, S.7.

²¹⁷ Unbekannt (2007): Libéralisation de l’énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S.23.

korrigieren.“²¹⁸ Auf die Frage, ob die eigentumsrechtliche Trennung DIE Lösung sei, antwortet „La Tribune“ klar und deutlich mit einem „Nein.“²¹⁹ Außerdem ruft „La Tribune“ in Erinnerung, dass es bei RTE, dem französischen Stromnetzbetreiber, noch nie Marktbehinderungen der Konkurrenten von EDF gegeben habe. Darüberhinaus führt „La Tribune“ an, dass durch das 3. Energiepaket die Preise steigen würden und es zu einem einheitlichen Großhandelspreis für Elektrizität komme, der im Vergleich zum französischen viel höher liege. Untermuert wird dieser Standpunkt mit Beispielen wie Kanada oder den USA, die zwar ihre Märkte liberalisiert aber keinen Einheitspreis verordnet hätten.²²⁰ Es wird deutlich, dass „La Tribune“ den Liberalisierungsbemühungen der Kommission, die die Situation „korrigieren und nicht schlimmer machen sollen,“²²¹ nichts Gutes abgewinnen kann. In diesem Ton schreibt „La Tribune“ auch in ihrem Beitrag „Lügen-Poker im Europa der Elektrizität“²²² vom März 2008 weiter und bezieht sich auf den Verkauf des Netzes von E.ON. Sie sieht hierin einen Sieg der Kommission, legt das Argument aber für die Gegner des unbundlings aus und fragt spöttisch: „Sollte die Kommission nicht lieber die Perspektive von Groucho Marx annehmen, der sagte, er würde nie einem Club beitreten, der so anspruchslos sei, ihn als Mitglied zu akzeptieren.“²²³ Sie wirft der Kommission vor, mit der eigentumsrechtlichen Entflechtung einen „politischen Kreuzzug“²²⁴ zu führen. In Bezug auf die Metapher von Adam Smith fragt „La Tribune“ suggestiv: Kann das Zusammenspiel der ‚unsichtbaren Hand‘ des Marktes und ‚der sichtbaren Hand‘ der staatlichen Führung, in Europa nicht mehr als erfolgreicher Ansatz gelten?²²⁵ Die Zeitung appelliert, dass der Staat sich dieses letzten „Hebels“ nicht entäußern sollte.²²⁶

²¹⁸ Französischer Wortlaut: „Les remèdes proposés sont à la fois mal ciblés, insuffisants et à un horizon trop incertain pour corriger une situation d’extreme urgence.“ In: Unbekannt (2007): Libéralisation de l’énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S.23.

²¹⁹ Französischer Wortlaut: „La séparation patrimoniale entre fournisseurs et transporteur d’énergie est-elle LA solution? Non. In: Unbekannt (2007): Libéralisation de l’énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S.23.

²²⁰ Vgl. Unbekannt (2007): Libéralisation de l’énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S. 23.

²²¹ Französischer Wortlaut: „corriger et non aggraver.“ In: Vgl. Unbekannt (2007): Libéralisation de l’énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S.23.

²²² Unbekannt (2008): Poker menteur dans l’Europe de l’électricité, In: La Tribune, 14.03.2008, S.32.

²²³ Französischer Wortlaut: „[...] la commission devrait adopter le point de vue de Groucho Marx disant qu’il ne voudrait jamais appartenir à un club assez peu exigeant pour l’accepter comme membre.“ In: Unbekannt (2008): Poker menteur dans l’Europe de l’électricité, In: La Tribune, 14.03.2008, S.32.

²²⁴ Unbekannt (2008): Poker menteur dans l’Europe de l’électricité, In: La Tribune, 14.03.2008, S.32.

²²⁵ Unbekannt (2008): Quelle Europe de l’énergie ?, In: La Tribune, 18.06.2008, S.31.

²²⁶ Unbekannt (2008): Quelle Europe de l’énergie ?, In: La Tribune, 18.06.2008, S.31.

„Le Figaro“

Der konservative „Le Figaro“ legt in einem ersten Beitrag vom November 2007 die Argumentation der Kommission und ihrer Gegner dar. Wie andere französische Tageszeitungen hat auch „Le Figaro“ im November 2007 bereits die französische Ratspräsidentschaft (im zweiten Halbjahr 2008) im Auge und schätzt ein, dass eine Lösung in dieser „kniffligen Angelegenheit“ vielleicht unter französischer Ägide gefunden werden könne.²²⁷ In der gleichen Ausgabe interviewt „Le Figaro“ Dominique Maillard, den Direktor des französischen Stromnetzverwalters RTE. Maillard ist mit der aktuellen Situation vollkommen zufrieden und sieht in der eigentumsrechtlichen Entflechtung keine zwingend notwendige Maßnahme.²²⁸ Maßgebend sei nicht der „juristische Status“ der Unternehmen, sondern vielmehr der politische Wille zur Zusammenarbeit bei der Schaffung eines gemeinsamen Energiemarkts.²²⁹ Im Januar 2008 kommentiert „Le Figaro“ das „deutsch-französische Gegenprojekt“ zu den Vorschlägen der Kommission. Deutschland und Frankreich wollten einen Konsens bei diesem „entscheidenden Text“ erreichen. „Le Figaro“ schätzt ein, dass sich die Kommission ihrer „kontroversen Vorschläge“ bewusst sei. Die „Rebellen-Gruppe“ um Deutschland und Frankreich habe ihre Kräfte vervielfacht, um ein „Gegen-Projekt“ auszuarbeiten. „Le Figaro“ merkt an, dass dieses „Gegen-Projekt“ sich sehr am Ist-Zustand des französischen Systems orientiere.²³⁰ Im Februar 2008 berichtet „Le Figaro“ darüber, wie sehr der Verkauf der Netze von E.ON „Paris und Berlin erschüttere“.²³¹ Der Meinungsumschwung bei E.ON sei in Regierungskreisen „alles andere als willkommen.“²³² Zu diesem Zeitpunkt sei über die potentiellen Käufer des Netzes von E.ON noch nichts bekannt gewesen, allerdings habe der russische Energieriese Gazprom schon mehrmals sein Interesse für den deutschen Markt deutlich gemacht. Erleichtert schreibt „Le

²²⁷ Vgl. De Monicault, Frédéric (2007): Le projet de Bruxelles qui inquiète Paris, In: Le Figaro, 15.11.2007, S. 18.

²²⁸ Französischer Wortlaut: „Le statut actuel de RTE est donc tout à fait satisfaisant au regard de ces exigences légitimes. La séparation patrimoniale n’est donc pas un passage obligé vers l’indépendance.“ In: De Monicault, Frédéric (2007): Dominique de Maillard: “La séparation patrimoniale n’est pas obligatoire“, In: Le Figaro, 15.11.2007, S.22.

²²⁹ Französischer Wortlaut: „Le statut juridique est loin d’être déterminant lorsque la volonté politique de travailler ensemble existe bien.“ In: De Monicault, Frédéric (2007): Dominique de Maillard: “La séparation patrimoniale n’est pas obligatoire“, In: Le Figaro, 15.11.2007, S.22.

²³⁰ Vgl. Avril, Pierre/ De Monicault, Frédéric (2008): Énergie: le plan de Paris et Berlin pour ne pas séparer les réseaux, In: Le Figaro, 25.01.2008, S.22.

²³¹ Bocev, Pierre/ Avril, Pierre (2008): Le géant de l’électricité E.ON bouscule Berlin et Paris, In: Le Figaro, 29.02.2008, S.24.

²³² Französischer Wortlaut: „Cette volte-face, expliquée par des ‘considérations économiques’ est tout sauf bienvenue.“ In: Bocev, Pierre/ Avril, Pierre (2008): Le géant de l’électricité E.ON bouscule Berlin et Paris, In: Le Figaro, 29.02.2008, S.24.

Figaro“ im Juni 2008, dass die zwei nationalen Champions EDF und GDF dem Verkauf ihrer Netze gerade noch hätten entwischen können.²³³ Man sei dem „Schreckgespenst“ der eigentumsrechtlichen Entflechtung entkommen.²³⁴

„l'Humanité“

Auch „l'Humanité“ kommentiert die Debatte mit nur einem Beitrag im Untersuchungszeitraum. Die Tageszeitung der französischen Kommunisten, die sich mittlerweile auch anderen Anhängern der Linken geöffnet hat und sich zu ihrer anti-liberalen Orientierung bekennt, bezieht klar Stellung gegen die Liberalisierung des Energiesektors und das 3. Energiepaket. Dies wird z.B. deutlich an Formulierungen wie „unter dem Deckmantel der Begünstigung der Konsumenten die Konkurrenz anheizen“²³⁵. Der Artikel zeichnet die letzte Abstimmung im Europäischen Parlament und die Debatte bei der letzten Sitzung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs nach. Da die Frage der Energiesicherheit von „strategischer“ Bedeutung sei, könnten es sich die Staaten nicht erlauben, so mächtige Instrumente [Energieversorgungsunternehmen] zu „zersplittern.“²³⁶ Außerdem, schließt „l'Humanité“, würde eine vollständige Liberalisierung auch auf Seiten der Arbeitnehmer des Energiesektors auf heftigen Widerstand stoßen.²³⁷

III.4.2.2 Zwischenfazit Gegen-Koalition

Auch in den Publikationen der Gegen-Koalition dominiert das Thema der eigentumsrechtlichen Entflechtung den Diskurs. Allerdings solle in der Debatte um das 3. Energiepaket nicht der „juristische Status“ der Energieversorgungsunternehmen stehen, sondern der politische Wille zur Zusammenarbeit. Die eventuelle Beteiligung von Drittstaaten am Versorgungsnetz, der Verkauf des Netzes von E.ON und eine notwendige stärkere Differenzierung beim unbundling im Strom- und Gassektor sind wichtige Punkte, die in den Diskurs der Gegen-Koalition eingehen. Das eingesetzte Vokabular ist wie an vielen Stellen

²³³ Avril, Pierre (2008): EDF et GDF échappent à la vente de leurs réseaux de distribution, In: Le Figaro, 07.06.2008, S23.

²³⁴ Französischer Wortlaut: „La France mais plus encore l'Allemagne préféreraient éloigner définitivement le spectre de la séparation patrimoniale.“ In: Avril, Pierre (2008): EDF et GDF échappent à la vente de leurs réseaux de distribution, In: Le Figaro, 07.06.2008, S23.

²³⁵ Französischer Wortlaut: [...] qui incite la concurrence sous couvert de ‚favoriser les consommateurs‘ In: De Santis, Gaël (2009): Les eurodéputés pour la libéralisation de l'énergie, In: l'Humanité, 23.04.2009, S.7.

²³⁶ Französischer Wortlaut: „La question de la sécurité énergétique étant stratégique, les États ne peuvent pas se permettre de pulvériser des outils performants.“ In: De Santis, Gaël (2009): Les eurodéputés pour la libéralisation de l'énergie, In: l'Humanité, 23.04.2009, S.7.

²³⁷ De Santis, Gaël (2009): Les eurodéputés pour la libéralisation de l'énergie, In: l'Humanité, 23.04.2009, S.7.

sichtbar wurde, deutlich negativer und generell euroskeptischer als bei „Le Monde“, dem einzigen Verfechter der Liberalisierung. In den beiden liberalen Tageszeitungen wie „Les Echos“ und „La Tribune“ dominieren vor allem die Energieversorger selbst als „privileged storytellers“. Im Unterschied zu „La Tribune“ kommen in „Les Echos“ auch die Befürworter des unbundlings zu Wort, sodass in dieser Tageszeitung von einer Konkurrenz der Diskurse gesprochen werden kann.

III.4.3 Akteure ohne klare Positionierung

„La Croix“

Am 19. September 2007 bringt die katholische Tageszeitung „La Croix“ einen ersten Beitrag zur Diskussion über das 3. Energiepaket und die eigentumsrechtliche Entflechtung. Nach der „buchhalterischen, funktionalen und juristischen Trennung der Transportinfrastrukturen sei die ‚eigentumsrechtliche Entflechtung‘ laut Kommission die einzige Lösung, den europäischen Energiemarkt in der Praxis funktionieren zu lassen.“²³⁸ „La Croix“ macht deutlich, dass besonders Deutschland und Frankreich aufgrund ihrer starken Energieunternehmen gegen eine „erzwungene Entflechtung“²³⁹ seien. In Deutschland, wo die Energieversorger in privater Hand seien, könne das Unbundling als ein „unverhältnismäßiger Angriff auf das Privateigentum“ ausgelegt werden. In Frankreich hingegen sei die Situation anders: der Netzverwalter RTE würde trotz einer eigentumsrechtlichen Entflechtung von EDF unter staatlicher Kontrolle bleiben. Auch „La Croix“ befasst sich mit der „Gefahr für die zum Verkauf ausgesetzten Infrastrukturen, die von einer möglichen Beherrschung durch souveräne ausländische Fonds oder Akteure wie der russischen Gazprom ausgehe.“ Aus diesem Grund appelliert „La Croix“ schon im September 2007, dass die Europäische Kommission eine Gegenseitigkeitsklausel in das Energiepaket aufnehmen solle, um derartige Übernahmen zu vermeiden. Eine eindeutige Positionierung zum Thema ist aufgrund der wenigen Beiträge nicht ablesbar.

²³⁸ Französischer Wortlaut: „[...] après la séparation comptable, fonctionnelle et juridique des infrastructures de transport, d’aboutir à leur ‚séparation patrimoniale‘, seule capable, seule capable [...] de permettre au marché de l’énergie de fonctionner en pratique.“ In: Maillard, Sébastien (2007): Bruxelles veut davantage de concurrence sur les marchés de l’énergie, In: La Croix, 19.09.2007, S.12.

²³⁹ Französischer Wortlaut: „séparation forcée serait une atteinte à la propriété privée, mesure jugée disproportionnée.“ In: Maillard, Sébastien (2007): Bruxelles veut davantage de concurrence sur les marchés de l’énergie, In: La Croix, 19.09.2007, S.12.

„Libération“

Die linke Tageszeitung „Libération“ bringt im untersuchten Zeitraum nur einen Beitrag²⁴⁰ zum Thema. In ihrem Artikel vom 29. Februar 2008 wirft sie die Frage auf, ob EDF und GDF nun doch vor einer Zerschlagung durch die Union geschützt seien und fasst der Stand der derzeitigen Diskussion zusammen. „Libération“ positioniert sich damit zum Thema nicht.

III.5 Vergleichende Analyse zum deutschen und französischen Diskurs

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in beiden Mitgliedstaaten das 3. Energiepaket der Europäischen Kommission eine heftige Kontroverse ausgelöst hat. Der Aspekt der eigentumsrechtlichen Entflechtung hat sich dabei als der strittigste Punkt herausgestellt und die Berichterstattung in beiden Ländern dominiert.

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich haben sich Lager von „Verfechtern“ und „Gegnern“ der Liberalisierungsvorschläge der Kommission gebildet. Bei der Lagerbildung in Deutschland haben sich in Bezug auf die untersuchten Medien, zwei unterschiedliche Diskurskoalitionen entwickelt. In Frankreich hat sich als namhafter Verfechter der eigentumsrechtlichen Entflechtung allein „Le Monde“ bekannt. Dagegen hat sich in Frankreich eine starke Koalition gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung gebildet. Die Gegen-Koalitionen in Deutschland und Frankreich weisen darüberhinaus deutliche Unterschiede auf: In Deutschland ist die Gegen-Koalition klar durch einen liberal-konservativen Diskurs geprägt, was auch der politischen Ausrichtung der Zeitungen der Gegen-Koalition entspricht. Die französische Gegen-Koalition ist in ihrer Zusammenstellung ungleichmäßiger und erfasst Zeitungen aus dem gesamten politischen Spektrum.

Beim französischen Diskurs ist besonders erkennbar geworden, wie sich Argumentationsmuster auf bestimmte Identitätselemente beziehen. Dass für Frankreich das Argument der Unabhängigkeit im Bereich der Energie sehr wichtig ist, hat auch diese Diskursanalyse belegt. So ist an auffallend vielen Stellen in der französischen Berichterstattung die Gegenseitigkeitsklausel thematisiert worden, die auf Hinwirken Frankreichs in das 3. Energiepaket eingegangen ist. Mit dieser Gegenseitigkeitsklausel soll verhindert werden, dass das europäische Energienetz von Unternehmen aus Drittstaaten, wie z.B. der russischen

²⁴⁰ J.M. (2008): EDF et GDF préservés du démantèlement par l'Union ? ; Coulisses, In: Libération, 29.02.2008, S.20.

Gazprom übernommen wird. Dagegen spielt die Gegenseitigkeitsklausel im deutschen Diskurs kaum eine Rolle.

Dass in Frankreich die Energieversorgung viel stärker als in Deutschland als Aufgabe der Daseinsvorsorge betrachtet wird, zeigt sich am deutlichsten in dem Beitrag von „La Tribune“ (Gegen-Koalition) vom 18.06.2008 „Quelle Europe de l'énergie ?“. Hierin reklamiert „La Tribune“, dass der Staat sich seine Mitentscheidungsrechte nicht nehmen lassen sollte. Im Gegensatz zur deutschen Berichterstattung appelliert die Gegen-Koalition in Frankreich also für einen starken regulativen Einfluss des Staates.

Die in Teil II identifizierte französische Selbstwahrnehmung, in Europa als Vorreiter zu gelten, wird im französischen Diskurs an vielen Stellen sichtbar. So ist bereits 2007 die Rede davon, dass eine Lösung für das 3. Energiepaket unter französischer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gefunden werden könne. Diese Sicht auf die eigene Vorreiterrolle bestätigt auch die Darstellung französischer Medien, dass der deutsch-französische Alternativvorschlag auf Initiative Frankreichs in die Wege geleitet worden sei.

Der Einfluss der Energiemonopolisten in Deutschland wurde in der Untersuchung vor allem am Beispiel des Energieversorgers E.ON deutlich. Das lange Zeit starre System der deutschen Energiewirtschaft mit ihren politischen Verflechtungen ist im Zuge der Liberalisierung in Bewegung geraten. Das zeigt sich z.B. daran, dass E.ON und später auch andere Energieversorgungsunternehmen sich zu einem Verkauf ihrer Netze entschlossen haben und damit der deutschen Regierung, die dies im Interesse der Energieversorger verhindern wollte, in den Rücken gefallen sind. Ein derartiger Affront der Energieversorgungsunternehmen gegenüber der eigenen Regierung ist im staatlich kontrollierten Energiesektor Frankreichs nur schwer vorstellbar.

Schluss - Wir haben keine Energie. Aber haben wir dafür Ideen?

Die Fragestellung dieser Arbeit lautete: *Wie konstituiert sich eine gemeinsame europäische Energiepolitik und was fördert bzw. hemmt sie?* Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildete der russisch-ukrainische Gaskonflikt von 2005/2006. Dieses Krisengefühl („perceived crisis“) ließ die Rufe nach einem verstärkten europäischen Handeln im Politikfeld der Energie lauter

werden,²⁴¹ was am Beispiel des 3. Legislativpakets der Europäischen Kommission zum Energie-Binnenmarkt verdeutlicht wurde. Das 3. Legislativpaket, das vor allem den europäischen Wettbewerb und den grenzüberschreitenden Handel mit Strom und Gas fördern soll, ist für eine gemeinsame Energiepolitik ein vielversprechender Ansatz, wenn man berücksichtigt, „dass die Europäische Union in kaum einem anderen Bereich so erfolgreich und vielseitig aktiv ist, wie in der Politik zur Angleichung der Binnenmarktnormen und im Wettbewerbsrecht.“²⁴² Warum sollte eine gemeinsame Energiepolitik also nicht gelingen?

Mit Blick auf den Stand der Forschung konnte allerdings festgestellt werden, wie sehr die Mitgliedstaaten der EU, wie Deutschland und Frankreich, Energiepolitik als nationale Domäne verstehen. Das französische Streben nach Autarkie im Energiesektor und die darüberhinaus auch in anderen Mitgliedstaaten feststellbare Politik der „nationalen Champions“ untergräbt das Ziel einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Durch den diskursgestützten Identitätsansatz wurde in zwei Vorstudien vergleichend analysiert, was das deutsche bzw. französische energiepolitische Selbstverständnis ausmacht und festgestellt, dass sich die „energiepolitischen Identitäten“ der beiden Staaten stark voneinander unterscheiden. Im Rahmen der im dritten Teil der Arbeit durchgeführten Diskursanalyse zum 3. Legislativpaket wurde untersucht, wie sich bestimmte Aussagepraktiken auf die zuvor herausgearbeiteten Identitätselemente beziehen und damit deutsche bzw. französische Handlungspräferenzen erklären. Sowohl in den Vorstudien als auch in der Diskursanalyse wurde deutlich, dass die ‚Schnittmengen‘ im Feld der Energie zwischen Deutschland und Frankreich klein ausfallen, was ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene hemmt. Gemeinsam haben Deutschland und Frankreich lediglich den Anspruch, auf dem globalen energiepolitischen Spielfeld entscheidende Akteure zu sein. Dieser Anspruch hat zwar die europäische Kooperationsdynamik nicht vorangebracht, jedoch konnten Deutschland und Frankreich in Bezug auf die umstrittene eigentumsrechtliche Entflechtung einen Kompromiss nach ihren Vorstellungen schmieden. Dies macht deutlich, dass die beiden Mitgliedstaaten auch im Hinblick auf die stark vergrößerte Staatengemeinschaft der EU, immer noch in der Lage sind, einen bestimmenden Einfluss auszuüben. Résumé dieser Arbeit ist, dass sich die europäische Energiepolitik zum untersuchten Zeitpunkt zwar als wortreich, aber wirkungslos darstellt.

²⁴¹ Vgl. Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 67.

²⁴² Zit. Fischer, Severin (2009): Energie- und Klimapolitik im Vertrag von Lissabon : Legitimationserweiterung für wachsende Herausforderungen, In: Integration (Baden-Baden), S. 56.

Die herausgearbeiteten energiepolitischen Identitäten haben Aufschluss über getroffene Entscheidungen in der Energiepolitik von Deutschland und Frankreich gegeben und zu einem besseren Verständnis ihrer Handlungsmotive geführt. Die Untersuchung hat allerdings auch die Grenzen des Ansatzes deutlich gemacht. So kann z.B. keine Erklärung dafür gegeben werden, warum bei der Gewinnung von Schiefergas, also der Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Quellen, Frankreich das Vorsichtsprinzip walten lässt und ein gesetzliches Verbot dagegen erlassen hat, Deutschland sich hingegen viel pragmatischer verhält.

Bei der Diskursanalyse konnte eine ähnliche Feststellung gemacht werden: Trotz eines starken Diskurses gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung haben sich letztendlich drei der vier großen deutschen Energieversorger für den Verkauf ihrer Übertragungsnetze und damit für ein unbundling entschieden. Es wird also deutlich, dass die Dominanz eines bestimmten Diskurses nicht zwangsläufig auch zu einer konkreten, dem Diskurs entsprechenden Handlung, führen muss. Vielmehr wird sichtbar, dass das Zusammenspiel vieler Interessen und Präferenzen sich im Kontext der Entwicklung der europäischen Energiepolitik rasant neu organisiert.

Konkrete politische Entscheidungen lassen sich also weder mit der Diskursanalyse noch mit dem Identitätsansatz erklären oder vorhersagen. Allerdings konnte gezeigt werden, dass die energiepolitischen Identitäten sich in Deutschland und Frankreich sehr stark unterscheiden. Dies wiederum führt zu der Schlussfolgerung, dass die Möglichkeitsräume für eine gemeinsame europäische Energiepolitik auch noch gering sind. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes ist eine ambitionierte Idee, die von den Mitgliedstaaten vor allem aus Angst vor Versorgungsengpässen unterstützt wird. Die Bestrebungen der Europäischen Kommission, eine gemeinsame europäische Energiepolitik mit funktionierendem Wettbewerb zu schaffen, haben aber ihr Ziel noch nicht erreicht. Ein funktionierender „Wettbewerb kann [allerdings] nicht als absolute Kategorie gelten“²⁴³, weil beispielsweise eine nationale Entscheidung für eine Technologie die Energiepreise stärker bestimmt als der Grad der Öffnung für die Konkurrenz. Unabhängig davon, wie man zur eigentumsrechtlichen Entflechtung steht, wird deutlich, dass die Europäische Union in die grenzübergreifenden Infrastrukturen investieren muss, um einen gemeinsamen Energiebinnenmarkt zu schaffen. Nur durch die Förderung grenzüberschreitender Kooperation werden die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Markt geschaffen.

²⁴³ Zit. Linkohr, Rolf (2007): EnBW und EDF - Strategische Zusammenarbeit mit Hindernissen, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/07. S.68.

Anhang

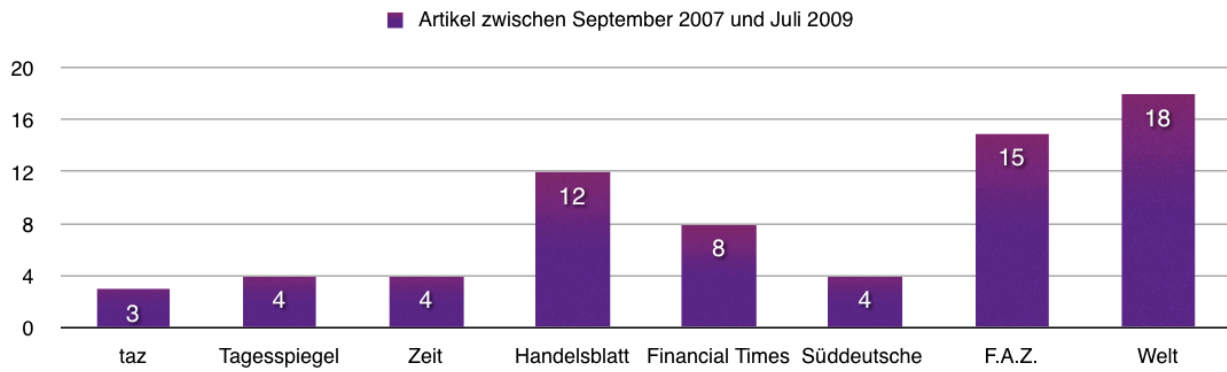


Schaubild 1

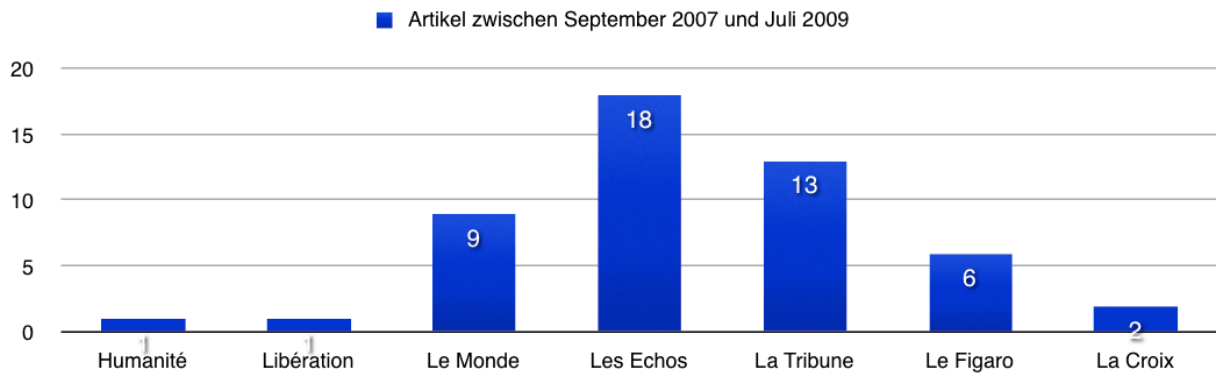


Schaubild 2

Literatur und Quellen

Primärquellen

- AFP (2008): EU-Minister beraten über Abtrennung der Stromnetze, In: Die Welt, 51, 29.02.2008, S.11.
- AFP/cl (2008): RWE will Gasnetz in Deutschland verkaufen, Welt Online, 31.05.2008, URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article2054130/RWE_will_Gasnetz_in_Deutschland_verkaufen.html, Stand: 07.12.2011 17:36.
- AFP/ddp//phj (2008): Vattenfall verkauft sein deutsches Stromnetz, Welt Online, 25.07.2008, URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article2247735/Vattenfall-verkauft-sein-deutsches-Stromnetz.html>, Stand: 07.12.11 17:34.
- Ami. / ppl. / F.A.Z. (2007): Die Entflechtung ist kein Allheilmittel, faz.net, 19.09.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/strom-und-gas-die-entflechtung-ist-kein-allheilmittel-1461997.html>, Stand: 07.12.2011 18:07.
- AP (2007): EU will Energiekonzerne aufspalten, faz.net, 19.09.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/strom-und-gas-eu-will-energiekonzerne-aufspalten-1463612.html>, Stand: 07.12.2011 18:08.
- Avril, Pierre/ De Monicault, Frédéric (2008): Énergie: le plan de Paris et Berlin pour ne pas séparer les réseaux, In: Le Figaro, 25.01.2008, S.22.
- Avril, Pierre (2008): EDF et GDF échappent à la vente de leurs réseaux de distribution, In: Le Figaro, 07.06.2008, S23.
- Bezat, Jean-Michel (2007): Ecofrictions, Séparation à l'européenne, In: Le Monde, 26.09.2007, S.32.
- Bezat, Jean-Michel (2008): L'ouverture du marché de l'énergie n'a pas séduit les consommateurs, In: Le Monde, 10.07.2008, S.13.
- Bocey, Pierre/ Avril, Pierre (2008): Le géant de l'électricité E.ON bouscule Berlin et Paris, In: Le Figaro, 29.02.2008, S.24.
- Bolesch, Cornelia (2008): Auf dem dritten Weg zu billigem Strom, In: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2008, S.19.
- Bü (2007): Energischer Kampf, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.4.
- Bü./Theu.; F.A.Z. (2007): Kartellamt will Zwangsverkauf von Stadtwerken, faz.net, 10.12.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiekonzerne-kartellamt-will-zwangsverkauf-von-stadtwerken-1489824.html>, Stand: 07.12.11 18:06.

- Chs (2008): Frankreich manipuliert Preise, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.12.2008, S.14.
- Corbier, Marie-Christine (2007): La France vent debout contre les projets de Bruxelles, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.
- Corbier, Marie-Christine (2007): Deux options complexes pour assurer l'indépendance des réseaux, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.
- Corbier, Marie-Christine (2008): Énergie: Paris et Berlin proposent une "troisième voie", In: Les Echos, 31.01.2008, S.17.
- Counis, Alexandre/ Pogam, Pascal (2008): Séparation des réseaux électriques : la résistance française faiblit, In: Les Echos, 06.06.2008, S.20.
- Counis, Alexandre (2008): La menace d'un démantèlement s'éloigne pour EDF et GDF, In: Les Echos, 09.06.2008, S.21.
- Counis, Alexandre (2008): L'Europe bride les acquisitions des géants de l'énergie, In: Les Echos, 13.10.2008, S.19.
- De Boissieu, Christian/ Cohen, Elie/ Chévalier, Jean-Marie/ Herzog, Philippe (2007) Communauté européenne de l'énergie : surmonter nos divisions, In: Les Echos, 10.10.2007, S.17.
- De Meyer, Karl (2007): Energie: la Commission européenne lance l'assaut contre les grands groupes intégrés, In: Les Echos, 19.09.2007, S. 21.
- De Meyer, Karl (2007): Energie: Paris et Berlin bloquent les projets de la Commission européenne, In: Les Echos, 22.11.2007, S.19.
- De Meyer, Karl (2007): Energie: Paris et Berlin imposent une troisième voie à Bruxelles, In: Les Echos, 04.12.2007, S.25.
- De Meyer, Karl (2008): Energie: E.ON lance une bombe dans le débat en vendant ses réseaux, In: Les Echos, 29.02.2008, S. 18.
- De Monicault, Frédéric (2007): Dominique de Maillard: "La séparation patrimoniale n'est pas obligatoire", In: Le Figaro, 15.11.2007, S.22.
- De Monicault, Frédéric (2007): Le projet de Bruxelles qui inquiète Paris, In: Le Figaro, 15.11.2007, S.18.
- De Monicault, Frédéric (2009): Les deux gestionnaires de réseaux se sont donné les moyens de leur indépendance vis-à-vis EDF, In: Le Figaro, 11.03.2009, S.23.

- De Santis, Gaël (2009): Les eurodéputés pour la libéralisation de l'énergie, In: l'Humanité, 23.04.2009, S.7.
- Dgw/dat (2008): Stromnetz ist an seiner Leistungsgrenze, Welt Online, 01.02.2008, URL: http://www.welt.de/welt_print/article1620429/Deutsches_Stromnetz_ist_an_seiner_Leistungsgrenze.html, Stand: 07.12.2011 17:38.
- Doll, Nikolaus (2007): IHK Berlin will Energiekonzerne enteignen; Abgabe von Kraftwerken und Netzen - Drastischer Forderungskatalog, In: Die Welt 286, 07.12.2007, S. 12.
- Dpa/Reuters/dma (2007): E.on fürchtet EU mehr als Russland, Welt Online, 12.11.2007, URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article1355032/E_on_fuerchtet_EU_mehr_als_Russland.html, Stand: 07.12.2011 17:39.
- FAZ.NET (2007): „Kein funktionsfähiger Wettbewerb“ bei Strom und Gas, faz.net, 06.11.2007, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/monopolko...n-kein-funktionsfaehiger-wettbewerb-bei-strom-und-gas-1491747.html>, Stand: 07.12.2011 18:07.
- FAZ.NET (2008): Barroso will hart bleiben, faz.net, 13.03.2008, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/entflechtung-der-stromnetze-barroso-will-hart-bleiben-1514648.html>, Stand: 07.12.2011 18:03.
- FAZ.NET (2008): EU-Kommission und RWE verhandeln über Gasnetze, 28.05.2008, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energie-eu-kommission-und-rwe-verhandeln-ueber-gasnetze-1539526.html>, Stand: 07.12.2011 18:02.
- FAZ.NET (2008): RWE ist bereit, Gasnetz zu verkaufen, 01.06.2008, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/wettbewerbsverfahren-rwe-ist-bereit-gasnetz-zu-verkaufen-1549552.html>, Stand: 07.12.2011 18:01.
- FAZ.NET mit Dow Jones (2008): Rat einig über Grundsätze der Energieentflechtung, 07.06.2008, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/europaeisc...on-rat-einig-ueber-grundsaeetze-der-energieentflechtung-1537103.html>, Stand: 07.12.2011 17:59.
- Flauger, Jürgen (2008): „Ein Bären dienst für die Branche“, Handelsblatt 29.02.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ein-baerendienst-fuer-die-branche/v_detail_tab_print,2928198.html, Stand: 07.12.2011 17:51.
- Frese, Alfons (2007): Ohne Netz, mit doppeltem Boden; Die EU-Kommission will, dass sich die Energiekonzerne von ihren Strom- und Gasnetzen trennen. Was würde das den Verbrauchern bringen?, In: Der Tagesspiegel, 21.09.2007, S.2.
- Frese, Alfons (2007): Die Politik greift ein, In: Der Tagesspiegel, 29.12.2007, S.17.

- Frese, Alfons (2008): Wem das Netz gehört; Besser regulieren, In: Der Tagesspiegel, 22.01.2008, S.16.
- Hagelüken, Alexander/ Bauchmüller, Michael (2007): EU will Preise für Strom drücken, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.1.
- Hauschild, Helmut (2008): Barroso düpiert Merkel im Netzstreit, Handelsblatt, 12.03.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/barroso-duepiert-merkel-im-netzstreit/v_detail_tab_print,2952608.html, Stand: 07.12.2011 17:50.
- Hauschild, Helmut (2008): Barroso bleibt gegenüber Merkel hart, Handelsblatt, 12.03.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/barroso-bleibt-gegenueber-merkel-hart/v_detail_tab_print,2933414.html, Stand: 07.12.2011 17:50.
- Hauschild, Helmut (2008): EU sucht Kompromiss im Netzstreit, Handelsblatt, 15.05.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-sucht-kompromiss-im-netzstreit/v_detail_tab_print,2958552.html, Stand: 07.12.2011 17:49.
- Hauschild, Helmut (2008): Europäisches Parlament fordert Abspaltung der Netze, Handelsblatt, 06.06.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/europaeisches-parlament-fordert-abspaltung-der-netze/v_detail_tab_print,2967630.html, Stand: 07.12.2011 17:48.
- Hauschild, Helmut (2008): Energiekonzerne dürfen ihre Netze behalten, Handelsblatt, 09.06.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/energiekonzerne-duerfen-ihre-netze-behalten/v_detail_tab_print,2968826.html, Stand: 07.12.2011 17:48.
- Hoenighaus, Reinhard (2008): Zeit für die Kapitulation, In: Financial Times Deutschland, 21.05.2008, S.27.
- Hoenighaus, Reinhard (2008): EU-Kommission ermittelt gegen Gaz de France, In: Financial Times Deutschland, 23.05.2008.
- Hoenighaus, Reinhard (2009): Brüssel geißelt französische Strompreis-Regulierung, In: Financial Times Deutschland, 11.03.2009, S.5.
- Hoenighaus, Reinhard/ Meier, Lutz (2009): Brüssel attackiert EDFs Marktmacht, In: Financial Times Deutschland, 12.03.2009, S.4.
- Janzing, Bernward (2008): EU zerschlägt Energiekonzerne nur ein wenig; Unternehmen müssen die Kontrolle über ihre Netze nicht abgeben - aber Produktion und Übertragung stärker trennen, In: Die Tageszeitung, 09.06.2008, S.7.
- Janzing, Bernward (2008): Stromnetze in Deutschland, In: Die Tageszeitung, 12.12.2008, S. 13.
- Juf (2007): Eon-Chef kritisiert Fusion von GDF und Suez, In: Handelsblatt, 12.09.2007. S.14.

- J.M. (2008): EDF et GDF préservés du démantèlement par l'Union ? ; Coulisses, In: Libération, 29.02.2008, S.20.
- Kafsack, Hendrik (2008): Ein dritter Weg zur Energiemarktreform, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.01.2008, S.11.
- Kafsack, Hendrik (2009): Die Energiekonzerne dürfen ihre Netze behalten, 24.03.2009, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/strom-und-gas-die-energiekonzerne-duerfen-ihre-netze-behalten-1923475.html>, Stand: 07.12.2011 17:57.
- Koch, Brigitte (2008): Die Reise von Eon, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.03.2008, S.24.
- Kuchenbecker, Tanja (2009); EU durchsucht Zentrale von EDF, Handelsblatt, 12.03.2009, S. 18.
- Lepage, Corinne (2009): Le choix nucléaire, erreur historique, Ce sera un boulet pour l'économie française, In: Le Monde, 06.06.2009, S.19.
- Liw (2007): Aufspaltung; Entweder Netz oder Produktion, In: Der Tagesspiegel, 11.11.2007, S.22.
- Made, Thibaut (2008): Une commission nommé pour remettre à plat les tarifs de l'électricité, In: Les Echos, 03.11.2008, S.18.
- Maillard, Sébastien (2007): Bruxelles veut davantage de concurrence sur les marchés de l'énergie, In: La Croix, 19.09.2007, S.12.
- Maillard, Sébastien (2008): L'énergie et le climat au coeur du sommet franco-allemand; Nicolas Sarkozy et Angela Merkel se retrouvent aujourd'hui en Allemagne afin de trouver un front commun dans un cadre européen de plus en plus contraignant, In: La Croix, 09.06.2008, S.12.
- Meier, Lutz / Hollinger, Peggy (2007): Electricité toujours, In: Financial Times Deutschland, 03.09.2007.
- Müller-Thederan, Dirk (2007): E.on-Chef greif EU-Kommission frontal an; Wulf Bernotat: Behörde rechnet mit falschen Zahlen, In: Die Welt 232, 05.10.2007, S.12.
- Müller-Thederan, Dirk/ Wetzel, Daniel (2008): Verbraucherschützer wollen Netz verstaatlichen, Welt Online, 28.02.2008, URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article1736975/Verbraucherschuetzer_wollen_Netz_verstaatlichen.html, Stand: 07.12.2011 17:38.
- Müller-Thederan, Dirk/ Wetzel, Daniel (2008): E.on gibt das Stromnetz preis, Welt Online, 29.02.2008, URL: http://www.welt.de/welt_print/article1738238/E_on_gibt_das_Stromnetz_preis.html, Stand: 07.12.2011 17:33.

- Müller-Thederan, Dirk/ Schiltz, Christoph B. (2008): EU-Kommission geht im Energiestreit auf Deutschland zu, Welt Online, 14.05.2008, URL: http://www.welt.de/welt_print/article1992449/EU_Kommission_geht_im_Energiestreit_auf_Deutschland_zu.html, Stand: 07.12.2011 17:36.
- Paoloni, Marc (2007): Bruxelles persiste à vouloir séparer la production et le transport de l'énergie, In: La Tribune, 19.09.2007, S.6.
- Paoloni, Marc (2007): Une Agence européenne de coopération des régulateurs nationaux en projet, In: La Tribune, 19.09.2007, S.6.
- Paoloni, Marc/ Lacour, Jean-Philippe (2007): Paris et Berlin déterminés à s'opposer à la scission des groupes énergétiques, In: La Tribune, 20.09.2007, S.12.
- Paoloni, Marc (2007): Paris et Berlin cherchent un compromis sur l'énergie, In: La Tribune, 04.12.2007, S.7.
- Piebalgs, Andris (2007): Europe de l'énergie : priorité au citoyen, In: Les Echos, 20.09.2007, S.15.
- Pogam, Pascal (2007): Electricité: 9.500 particuliers ont changé de fournisseur depuis le 1er juillet, In: Les Echos, 02.10.2007, S.24.
- Pogam, Pascal (2008): Un an après, l'ouverture du marché de l'énergie laisse les Français de marbre, In: Les Echos, 01.07.2008, S.26.
- Pogam, Pascal (2008): Une concurrence qui profite d'abord à ... EDF et Gaz de France, In: Les Echos, 01.07.2008, S.26.
- Proissl, Wolfgang (2007): EU knickt vor Stromlobby ein, In: Financial Times Deutschland, 13.09.2007. S.12.
- Proissl, Wolfgang (2007): Barrosos letzter Wurf, In: Financial Times Deutschland, 20.09.2007, S.25.
- Proissl, Wolfgang/ Mai, Christine (2007): Regierung kämpft für Stromkonzerne, In: Financial Times Deutschland, 04.12.2007, S.12.
- Reimer, Nick (2007): Interview mit Energieforscher Luhmann „Welche Rechte hat der Netzverwalter?“, taz.de, URL: <http://www.taz.de/Energieforscher-Luhmann!/4904/>, Stand: 08.12.2011 10:19.
- Reuters (2007): Konzerne sollen Netze abgeben, Zeit Online, 20.09.2007, URL: , Stand: 12.01.2012, 12:53 Uhr.
- Ricard, Philippe (2008): Énergie - La commission veut séparer distribution et production; Bataille à Bruxelles sur la concurrence dans le secteur de l'électricité, In: Le Monde, 01.03.2008, S.12.

- Ricard, Philippe (2008): Paris et Berlin refusent de scinder la production et le transport d'énergie, In: Le Monde, 21.05.2008, S.12.
- Rifkin, Jeremy (2007): Mit aller Energie gegen die Konzerne, In: Süddeutsche Zeitung, 19.09.2007, S.2.
- Rinke, Andreas (2007): Regierung warnt die Strombranche, Handelsblatt, 24.10.2007, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/regierung-warnt-die-strombranche/v_detail_tab_print,2877376.html , Stand: 07.12.2011 17:53.
- Schraven, David (2007): Versorger wollen mehr Kontrollen zulassen, Welt Online, 20.09.2007, URL: http://www.welt.de/welt_print/article1198076/Versorger_wollen_mehr_Kontrollen_zulassen.html, Stand: 07.12.2011 17:41.
- Schraven, David (2008): Experte gegen Enteignung der Stromnetze, Welt Online, 09.07.2008, URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article2196099/Experte_gegen_Enteignung_der_Stromnetze.html, Stand: 07.12.2011 17:36.
- Schraven, David (2008): Monopolkommission gegen Enteignung der Stromnetze, Welt Online, 10.07.2008, URL: http://www.welt.de/welt_print/article2197373/Monopolkommission_gegen_Enteignung_der_Stromnetze.html, Stand: 07.12.11 17:35.
- Schraven, David (2007): Energiekonzerne am Pranger, Welt Online, 07.11.2007, URL: http://www.welt.de/welt_print/article1337715/Energiekonzerne_am_Pranger.html, Stand: 07.12.2011 17:39.
- Schubert, Christian (2007): Energische Industriepolitik, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.09.2007, S.11.
- Steltzner, Holger / Sturbeck, Werner (2008): F.A.Z.-Gespräch mit RWE-Chef zum Wettbewerbsverfahren, 02.06.2008, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/rwe-chef-zum-wet...fahren-eine-illusion-dass-netzentgelte-weiter-sinken-1541437.html>, Stand: 07.12.2011 18:00.
- St./km/hmk., F.A.Z. (2008): Vattenfall sucht Käufer für sein Hochspannungsnetz, 25.07.2008, URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energieversorgung...ucht-kaeufuer-fuer-sein-hoehchstspannungsnetz-1668581.html>, Stand: 07.12.2011 17:58.
- Stratmann, Klaus (2007): Kartellamt macht Stromriesen Druck, Handelsblatt, 19.11.2007, URL: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/kartellamt-macht-stromriesen-druck/v_detail_tab_print,2895596.html, Stand: 07.12.2011 17:52.
- Stratmann, Klaus (2008): Berlin sucht den „dritten Weg“, Handelsblatt, 16.01.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/international/berlin-sucht-den-dritten-weg/v_detail_tab_print,2887668.html, Stand: 07.12.2011 17:52.

- Sturbeck, Werner (2007): Widerstand gegen Entflechtung, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2007, S.15.
- Stürmer, Michael (2008): Deutscher Sonderweg, In: Die Welt, 24.01.2008, S.9.
- Therin, Frédéric (2007) En Europe centrale et orientale, les compagnies énergétiques se marient pour survivre, In: Les Echos, 19.09.2007, S.18.
- Thumann, Michael (2008): Machiavelli für Gas und Öl, In: Die Zeit, 03.01.2008.
- Toustou-Cheldize, Élodie (2009): L'Europe de l'électricité et du gaz face à de nouveaux enjeux, In: Le Monde, 28.05.2009, Spécial Énergie.
- Toustou-Cheldize, Élodie (2009): La réponse aux défis énergétiques passe par la construction du marché européen de l'énergie, In: Le Monde, 28.05.2009, Spécial Énergie.
- Toustou-Cheldize, Élodie (2009): Les consommateurs, premiers destinataires du paquet énergie européen, In: Le Monde, 28.05.2009, Spécial Énergie.
- Uken, Marlies (2007): Abschied vom billigen Strom, Zeit Online, 19.09.2007, URL: , Stand 12.01.2012 12:59 Uhr.
- Uken, Marlies (2009): Ärger über die Macht der Stromkonzerne, Zeit Online, 24.02.2009, URL: , Stand 12.01.2012 12:59 Uhr.
- Unbekannt (2007): Paris s'interroge sur un "Schengen de l'énergie", In: La Tribune, 26.10.2007, S.7.
- Unbekannt (2007): Kartellamt will E.on & Co. Stadtwerke abnehmen, Welt Online, 10.12.2007, URL: http://www.welt.de/wirtschaft/article1448291/Kartellamt_will_E_on_amp_Co_Stadtwerke_abnehmen.html, Stand: 07.12.2011 17:39.
- Unbekannt (2007): Libéralisation de l'énergie : une fausse bonne idée !, In: La Tribune, 28.12.2007, S.23.
- Unbekannt (2008): Strombranche: Unsicher, In: Die Zeit, 21.02.2008, S.30.
- Unbekannt (2008): Poker menteur dans l'Europe de l'électricité, In: La Tribune, 14.03.2008, S.32.
- Unbekannt (2008): Gaz de France im Visier der EU-Kommission, Handelsblatt, 22.05.2008, URL: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/gaz-de-france-im-visier-der-eu-kommission/v_detail_tab_print,2961550.html, Stand: 07.12.2011 17:49.
- Unbekannt (2008): Vive la concurrence !, In: Le Monde, 6. Juni 2008, S.21.
- Unbekannt (2008): Les industriels prennent les devants, In: La Tribune, 06.06.2008, S.8.

- Unbekannt (2008): Compromis européen en vue dans l'électricité et le gaz, In: La Tribune, 06.06.2008, S.8.
- Unbekannt (2008): Quelle Europe de l'énergie ?, In: La Tribune, 18.06.2008, S.31.
- Unbekannt (2008): Les géants électriques européens menacés, In: La Tribune, 19.06.2008, S.6.
- Unbekannt (2008): Vattenfall Europe vend son réseau électrique, In: La Tribune, 28.07.2008, S.5.
- Wetzel, Daniel (2008): EU-Minister ordnen Strom- und Gasmarkt; Weitgehende Trennung von Produktion und Netz . Kein EU-Chefregulierer, In: Die Welt, 239, 11.10.2008, S. 12.
- Wetzel, Daniel (2009): RWE entlässt Netz-Tochter in die Unabhängigkeit, Welt Online, 01.07.2009, URL: <http://www.welt.de/die-welt/article4033579/RWE-entlaesst-Netz-Tochter-in-die-Unabhaengigkeit.html>, Stand: 09.01.2012 14:03.

Sekundärquellen

- Aarebrot, Frank H. & Bakka, Paul (1987): Die vergleichende Methode in der Politikwissenschaft, In: Vergleichende Politikwissenschaft, (Hrsg.) Berg-Schlossen, D. & Müller-Rommel, F., UTB Leske + Budrich, Opladen, S. 45.
- Bauby, Pierre/ Varone Frédéric (2007): Europeanization of the French electricity policy: four paradoxes, In: Journal of European Public Policy, 14:7, S. 1049.
- Baumann, Florian / Notz, Kristina (2007): Erfolgreiche Zusammenarbeit zur (Fort-)Entwicklung einer Europäischen Energie- und Klimapolitik, In: Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft - Analyse und Bewertung des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) , Bertelsmann Forschungsgruppe Politik.
- Barroso, José Manuel (2006): Speech: Speaking with a common voice: Energy policy in the 21st century, Georgetown University, Washington, DC, 09.02. 2006.
- Boeckle, Henning/ Nadoll, Jörg/ Stahl, Bernhard (2000): Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken - Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise, PAFE-Arbeitspapier Nr.1, Universität Trier, S. 10.
- Bogensperger, Johann Alexander (2007): Die Zukunftsperspektiven einer gemeinschaftlichen Europäischen Energiepolitik - Warum besitzt die gemeinsame Europäische Energiestrategie aktuell nur eine geringe Realisierungschance?, GRIN - Verlag für akademische Texte, München.

- Deshaies, Michael (2007): Energie und Umweltpolitik - Energiepolitische Optionen in Frankreich und Deutschland, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn.
- Europäischer Rat (2006): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März 2006, Brüssel, S.4.
- Evrard, Aurélien/ Sauter, Raphael (2010): La politique énergétique et climatique : entre défis communs et préservation des intérêts nationaux, In: La France et l'Allemagne face aux crises européennes / sous la dir. de Claire Demesmay [u.a.]. - Pessac : Presses Univ. de Bordeaux. S. 184 ff.
- Fischer, Severin (2009): Energie- und Klimapolitik im Vertrag von Lissabon: Legitimationserweiterung für wachsende Herausforderungen, In: Integration (Baden-Baden), S. 50.
- Götz, Roland (2006): Deutsch-russische Energiebeziehungen . auf einem Sonderweg oder auf europäischer Spur?, Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland / GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik. S. 1.
- Grewe, Hartmut (2007): Klimaschutz und Energieeffizienz - Gegensätzliche Antworten auf das „Energiepaket“ der EU, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.77.
- IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_analyse.php.
- IEP (2009): EU Energy Policy Monitoring. Erdgas und Elektrizitätsbinnenmarkt. http://energy.iep-berlin.de/php/1_binnenmarkt_entwicklung1.php.
- Joerißen, Britta/ Stahl, Bernhard (2003): Europäische Außenpolitik und nationale Identität - Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Lit Verlag Münster.
- Keller, Reiner (2004): Diskursforschung . Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Kleinwächter, Kai (2007): Das „Eiserne Pentagramm“ Strommarktregulierung in Deutschland, In: Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kleinwächter, Lutz (2007): Deutsche Energiepolitik, Kleinwächter, Lutz (Hrsg.), Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kurze, Kristina 2009: Europas fragile Energiesicherheit: Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Berlin, LIT Verlag Dr. W. Hopf. S.14.

- Linkohr, Rolf (2007): EnBW und EDF - Strategische Zusammenarbeit mit Hindernissen, In: Dokumente - Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/07.
- Maillard, Sébastien (2007): Ein strategisches Gut - Die Energieversorgung ist die große Herausforderung für Europa, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.83 -87.
- Milliken, Jennifer (1999): The Study of Discourse in International Relations: : A Critique of Research and Methods, *European Journal of International Relations* 5, S.229, ff.
- Parlemeter January 2011, European Parliament Eurobarometer (Standard EB 74.3 on Energy), The Europeans and energy, 31. Januar 2011.
- Percebois, Jacques (2008): Französische Energiepolitik von der Unabhängigkeit zur Interdependenz, DGAP Analyse Frankreich, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, S.6.
- Pollak, Johannes (2011): Die europäische Energiepolitik: ein magisches Dreieck?, Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim vom 17.01.2011 in Wien.
- Ruhbaum, Charlotte (2011): Eine Netz AG für Deutschland? Die Debatte um die Neuordnung der Stromübertragungsnetze, Freie Universität Berlin, S. 14.
- Schild, Joachim (2007): Sarkozys Europapolitik: Das zunehmende Gewicht der Innenpolitik, In: *Integration* 3/2007, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.246 .
- Schlierer, Hans-Jörg (2007): Atomkraft - Ja, bitte! Der unbeschwerte Umgang Frankreichs mit der Kernenergie, In: Dokumente Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 06/07, Bonn, S.72.
- Schmidt, Vivien A./ Radaelli, Claudio M. (2004): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues, *Western European Politics*, Vol. 27, No.2, S. 197.
- Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? - Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.26.
- Stark, Hans (2008): Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – zwischen aktuellem Krisenmanagement und strategischer Weichenstellung, In: *Integration*, Juli 2008; Nomos Verlagsgesellschaft, Baden- Baden, S.239.
- Stahl, Bernhard/ Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/ Harnisch, Sebastian (Hg.): *Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008*, Baden-Baden: Nomos, S.31.

- Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Stahl, Bernhard/Harnisch, Sebastian (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten. Die Europäische Union im Kosovo-Konflikt 1996-2008, Baden-Baden: Nomos, S. 42.
- Steinvorth, Daniel (2005): Deutsch-französische Energiepolitik im europäischen Kontext. In: Frankreich - Info Nr. 3, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik - theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, VS Verlag für Sozialwissenschaften /GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, S.10.
- Wechtl, Norbert (2010): Die Eigentumsrechtliche Entflechtung der Strom- und Gasversorgungsunternehmen in der Europäischen Union, Universität Wien, S. 14.
- Wittenbrink, Pablo (2009): Die französische Ratspräsidentschaft 2008 – Zwischen europäischen und französischen Interessen“ von, Bachelorarbeit im Bachelor-Studiengang Europäische Studien der Universität Osnabrück, vorgelegt am: 24.07.2009.
- Ziebur, Gilbert (1994): Anfang vom Ende der Europäischen Union?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/1994, S.1105.

Internetseiten

Unbekannt (2009): Noch mehr nationale Champions in Frankreich, Handelsblatt Online, 05.12.2009, URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/noch-mehr-nationale-champions-in-frankreich/3319438.html?p3319438=all>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

URL: <http://www.rwe.com/web/cms/de/257730/rwe/rwe-konzern/ueber-rwe/rwe-geschichte/im-wandel-energiepolitik/>.

Alexander Schwabe / Carsten Volkery (2005): Neuer Job -Schröder verrubelt seinen Ruf, Spiegel Online, 12.12.2005, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,389956,00.html>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

Debatte mit Yves Cochet und Friedemann Müller, ARTE Themenabend Gas Monopoly, 10.01.2012 20.15 UHR, ARTE.

Unbekannt (2005): RAG-Chef Werner Müller bezog als Minister EON-Rente, Stern.de, 18.01.2005, URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/politiker-nebeneinkuenfte-rag-chef-werner-mueller-bezog-als-minister-eon-rente-535287.html>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

Unbekannt (2006): Rezzo Schlauch neu im EnBW-Beirat, 14.03.2006, URL: <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2006/03/rezzo-schlauch-neu-im-enbw-beirat/>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

Unbekannt (2004): CDU General bekam irgendeine Ausschüttung, Spiegel Online, 13.12.2004, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-38546620.html>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

Criad (2007): Les conditions d'exploitation de l'uranium par les filiales d'AREVA... et les normes ISO, URL: <http://www.mondialisation.ca/index.php?context=va&aid=5476>, Stand: 22.01.2012 14:41 Uhr.

Erklärung der Verfasserin

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne unerlaubte fremde Hilfe angefertigt, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keinem anderen Prüfungsamt vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Neustadt, 23. Januar 2012